



★ STAR TREK: STRANGE NEW WORLDS ★



Paramount+

A MOUNTAIN OF ENTERTAINMENT

STREAM DIR BLOCKBUSTER, NEUE SERIEN
UND EXKLUSIVE ORIGINALS

7,99 € IM MONAT

PARAMOUNTPLUS.DE

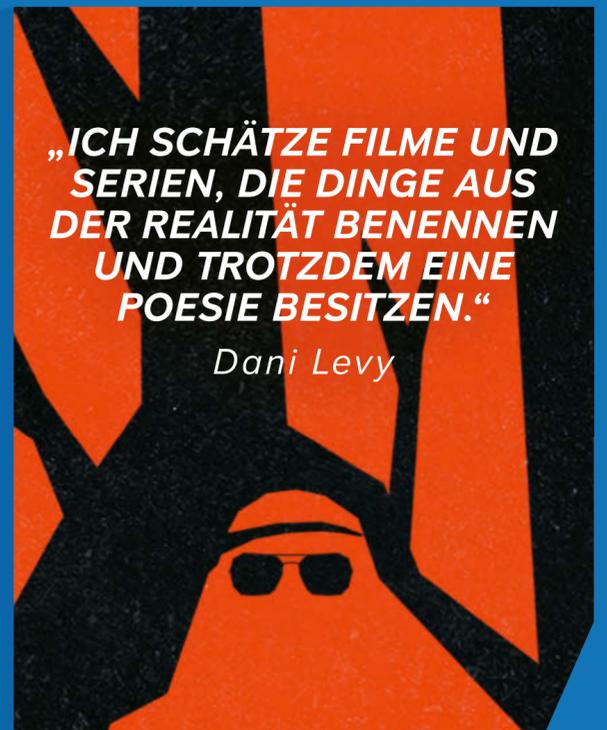
INSPIRIERT VON WAHREN LÜGEN



DER SCHEICH

EINE SERIE VON DANI LEVY

Paramount+
ORIGINAL



Paramount+
A MOUNTAIN OF ENTERTAINMENT

STREAM DIR **DER SCHEICH** UND WEITERE EXKLUSIVE LOKALE PRODUKTIONEN

NUR AUF **PARAMOUNTPLUS.DE**



INSPIRIERT VON WAHREN LÜGEN

In **DER SCHEICH** (verfügbar ab 22. Dezember auf Paramount+) erzählt der preisgekrönte Filmemacher Dani Levy („Die Känguru-Chroniken“) die Geschichte einer beispiellosen Hochstapelei. In acht Folgen erfindet sich Familienvater Ringo (Björn Meyer) neu und erobert als unehelicher Sohn einer milliardenschweren arabischen Dynastie die Züricher Finanzwelt – mit nichts als einem Haufen fantasievoller Geschichten und einem gefälschten Kontoauszug über 8 Milliarden Dollar. Ringos Frau Carla (Petra Schmidt-Schaller) gerät gleichzeitig selbst in ein gefährliches Netz aus Lügen, Geld und Gier.

★ PAW PATROL:
DER KINOFILM ★

★ DEXTER®
NEW BLOOD ★

★ YELLOWJACKETS ★



Paramount+
A MOUNTAIN OF ENTERTAINMENT

NUR FÜR KURZE ZEIT: JETZT EXKLUSIVES JAHRESANGEBOT
UNTER [PARAMOUNTPLUS.DE](https://www.paramountplus.de) SICHERN*

*GÜLTIG BIS 8. JANUAR 2023

[PARAMOUNTPLUS.DE](https://www.paramountplus.de)

US-Investoren meiden deutsche Start-ups

Die Gründerszene verliert nirgendwo sonst in Europa so stark an Investitionen. Geldgeber fürchten Nähe zu Moskau

Eine deutsche Erfolgsfahrt gerät ins Schlingern: der Aufbau einer starken Gründerszene. In keinem anderen größeren europäischen Land ist die Summe des in Start-ups investierten Kapitals im laufenden Jahr so stark zurückgegangen wie in Deutschland. Der Geldfluss ist fast um die Hälfte eingebrochen, genauer um 43 Prozent auf 10,3 Milliarden Euro. Das zeigt eine Studie des Londoner Investors Atomico.

VON CHRISTOPH KAPALSCHINSKI

Die Hauptursache für die Skepsis der amerikanischen Investoren ist der Ukraine-Krieg. „Meine US-Kollegen sehen, dass Deutschland nicht nur geografisch nahe an Russland liegt, sondern auch wirtschaftlich eng verflochten war“, sagt Damian Polok, Berliner Bürochef der Silicon Valley Bank. Im wichtigsten europäischen Start-up-Markt, Großbritannien, lag der Rückgang nur bei 22 Prozent. Französische Gründer sammelten sogar 18 Prozent mehr Geld ein. Paris schiebt sich auch dank starker staatlicher Förderung im Metropolen-Ranking vor Berlin auf Platz zwei hinter London.

„Um nicht weiter den Anschluss zu verlieren, müssen wir handeln“, fordert der Geschäftsführer des Start-up-Verbands, Christoph Stresing. So müsse die Bundesregierung Altersvorsorge-Gelder für Risikokapitalgeber zugänglich machen. „Es ist derzeit sehr schwierig, US-Investoren für Risikokapital in Europa zu begeistern“, bestätigt Oliver Holle, Chef des europäischen Gründerfinanzierers Speedinvest. So schrumpfen auch in Gesamteuropa die Investitionen in die Gründerszene – allerdings weniger stark als in Deutschland. Die Kennzahl dürfte von 103,6 Milliarden Euro im Vorjahr auf 84,5 Milliarden Euro sinken, damit ist sie allerdings mehr als doppelt so hoch wie 2019 und 2020.

Das begünstigt die Interpretation, dass der Rückgang der Investitionen europaweit kein Krisensignal ist, sondern eine Korrektur von Übertreibungen im Boomjahr 2021. „Die Konsolidierung wird wehtun – aber es wird eine ge-

sunde Bereinigung“, rechnet Holle mit Übernahmen und Pleiten. Vor allem solche Start-ups, die 2021 sehr große Finanzierungsrunden erhalten haben, kämpfen damit, die hohen Bewertungen zu erhalten. So soll der Schnelllieferdienst Gorillas, dessen Firmenbewertung innerhalb von nur einem Jahr von null auf eine Milliarde Euro hochgeschossen war, kurz vor einer Fusion mit dem türkischen Konkurrenten Getir stehen – eine Art Notverkauf, weil die Berliner kein frisches Geld aufreiben konnten. Der eRoller-Verleiher Tier hat 180 Stellen gestrichen. Das sei „eine Reaktion auf das gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzierungsklima“, begründete Tier-Gründer Lawrence Leuschner den Wegfall fast jeder fünften Stelle. Der Finanzdienstleister Solaris hat zehn Prozent seiner Stellen gestrichen und prüft, laut Medienberichten, frisches Geld aufzunehmen – möglicherweise zu einer schlechteren Bewertung.

Vor allem bei solchen älteren Gründungen, im Szene-Jargon Grown-ups genannt, zögern die Investoren. Klassische Ausstiegsmöglichkeiten wie Börsengänge fallen wegen des schlechten Börsenklimas auf absehbare Zeit aus: 2022 gab es in Europa nur zwei größere Börsengänge solcher Unternehmen – nach 22 im Vorjahr. Kurzfristig nur wenig Abhilfe bringen wird da auch das Zukunftsfinanzierungsgesetz, das Finanzminister Christian Lindner (FDP) in Kürze zur Erleichterung von Börsengängen ins Kabinett einbringen will.

Im kommenden Jahr könnte es daher weitere tiefe Einschnitte bei Start-ups geben. Es gibt einen Restrukturierungsstau: Nur 1247 angekündigte Jobstreichungen verzeichnet die Studie in den vergangenen zwölf Monaten in Europa. Im Rest der Welt – vor allem den USA – waren es bereits fast 63.000. Trotz der schlechten Nachrichten: Hervorragende Gründer können weiter auf Investorengeld hoffen – insbesondere, wenn ihre Geschäftsmodelle Aussicht auf schnelle Wirtschaftlichkeit haben. Holle: „Die Start-up-Welt teilt sich jetzt scharf in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft: Eine kleiner Teil der Gründer kann sich seine Investoren weiterhin aussuchen, der Rest kämpft mit sinkenden Bewertungen.“

KOMMENTAR

Schluss mit der Dauer-Furcht

Die deutschen Katastrophenszenarien von Gas-knappheit, Stromsperrn und Pleitewellen haben offenbar eine unerwünschte Wirkung: Investoren aus Übersee ziehen sich aus der hiesigen Gründerszene zurück.

Politik, Behörden und sogar Deutschlands Wirtschaftsverbände überbieten sich seit Beginn des Ukraine-Kriegs mit Horrorprognosen. Die Motivation ist innenpolitisch. Jede Branche will ihr eigenes Hilfspaket erhalten, die Politik Zustimmung zu unpopulären Schritten bekommen. Doch dabei vergisst das stets selbstbezogene Deutschland, welches Bild vom eigenen Standort im Ausland entsteht. Investoren in den Grundoptimistischen USA haben wenig Verständnis für die urdeutsche Lust am Untergang. Sie nehmen die überzogenen Warnungen für bare Münze – trotz gut gefüllter deutscher Gasspeicher und erstaunlich robuster Konjunktur. Sie schicken ihr Risikokapital bereits jetzt lieber ins englischsprachige London oder nach Paris, wo Präsident Emmanuel Macron die Start-up-Förderung zur Chefsache gemacht hat.

CHRISTOPH KAPALSCHINSKI

Das verdeckt die immensen Erfolge, die die deutsche Gründerszene vorzuweisen hat. In der vergangenen Dekade ist in Berlin ein echtes Start-up-Ökosystem entstanden, München ist zu einem europäischen Hightech-Standort avanciert. Es sind unternehmerische Großtaten, zuletzt zunehmend positiv begleitet von der Politik: vom Impfstoffhelden Biontech über den Modeversender Zalando bis hin zu ambitionierten Entwicklern von Leichttraketen, Flugtaxen und Krebs-therapien, die ihren Erfolg noch beweisen wollen.

Dabei ist der Zugang zu amerikanischen und asiatischen Investoren für den internationalen Erfolg der ambitioniertesten deutschen Gründer entscheidend – viel wichtiger als jeder staatliche Start-up-Unterstützungsfonds aus Berlin und Brüssel. Deshalb muss Deutschland schleunigst in der Welt wieder ein optimistisches Bild abgeben – von einem Land, in dem es sich auch für Ausländer zu investieren, zu gründen und zu arbeiten lohnt. Mit dem ständigen Hervorheben von Worst-Case-Szenarien geht das nicht. Die Politik muss unternehmerischen Mut vermitteln, keine Dauer-Furcht.

christoph.kapalschinski@welt.de

Heute wird landesweit feierlich der Warn-tag begangen. Der Feiertag wurde eingeführt, um davor zu warnen, dass Warnungen überhört werden könnten. Am Warn-tag wird auch davor gewarnt, dass nur wenige Sirenen funktionieren, und es wird eindringlich davor gewarnt, ein älteres oder gar kein Handy zu besitzen, weil sonst kaum eine Chance besteht, dass die Warnung ankommt. Per Festnetz kann nämlich nicht gewarnt werden, das ist technisch zu herausfordernd. Es wird aber auf den Anzeigetafeln der Bahn gewarnt, und zwar nicht vor Ver-

ZIPPERT ZAPPT

spätungen und geänderter Wagenreihung, sondern vor dem Ausfall des Bordbistros. Es wird davor gewarnt, den Warn-tag mit dem Warn-tag zu verwechseln, den gibt es nämlich gar nicht.

Den Warn-tag gibt es, aber, wie gesagt, möglicherweise kommt für Millionen Menschen trotzdem jede Warnung zu spät. Wer ohne Handy mitfeiern will, soll einfach um 11.00 Uhr seine Warnweste anziehen, die Warnblinkanlage einschalten und ein Warn-dreieck aufstellen. Sicherheitshalber wird das Bundesamt für Bevölkerungsschutz jedem Bürger eine Warnung per Post schicken.



Bei einer Razzia gegen sogenannte „Reichsbürger“ führen Polizisten Heinrich XIII. Prinz Reuß ab. Er gilt als einer der Anführer

Terrorgruppe soll Umsturz geplant haben

25 Personen bei Großrazzia festgenommen. Faeser: „Abgrund einer Bedrohung“

Sie sollen einen Umsturz der Bundesregierung geplant und dafür teilweise auch mit Waffen trainiert haben: Die Bundesanwaltschaft hat 25 Menschen aus der „Reichsbürger“-Szene festnehmen lassen. Rund 3000 Beamte waren laut Polizei bei der Großrazzia am Mittwochmorgen in elf Bundesländern im Einsatz. Die terroristische Vereinigung habe die staatliche Ordnung in Deutschland stürzen und durch eine eigene ersetzen wollen, die in Grundzügen schon ausgearbeitet sei. Dafür hätte sie auch Tote in Kauf genommen. Die Reaktionen aus der Politik sind dementsprechend deutlich. Ein Überblick.

VON ALEXANDER DINGER, CORNELIA HENDRICH, ULRICH KRAETZER UND ALEXANDER NABERT

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) begrüßte den Schlag gegen Reichsbürger in Deutschland. Auf die Frage nach einer Reaktion des Kanzlers sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit, dass die Aktivitäten und die Planungen etwa eines bewaffneten Überfalls auf den Bundestag „brandgefährlich“ gewesen seien. „Wir tolerieren keinen Terrorismus“, fügte er hinzu.

Ein „neues Niveau“ sieht Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Bei einem Besuch im sächsischen Freiberg sagte Steinmeier dem MDR, er kenne das, was den Ermittlern vorliege, noch nicht im Detail. Es sei „allerdings ein

neues Niveau“. Sollte sich bestätigen, dass terroristische Straftaten in Vorbereitung seien, „dann muss auch gehandelt werden, dann muss auch das Strafrecht Grenzen setzen“. Deutschland sei eine liberale Demokratie. „Aber diese liberale Demokratie muss auch eine wehrhafte sein.“

Bundesinnenministerin Nancy Faeser sagte den Reichsbürgern den Kampf an. „Die Ermittlungen lassen in den Abgrund einer terroristischen Bedrohung aus dem Reichsbürger-Milieu blicken“, erklärte die SPD-Politikerin. Die mutmaßliche terroristische Vereinigung sei „nach dem Stand der Ermittlungen von gewaltsamen Umsturzphantasien und Verschwörungsideologien getrieben“, betonte die Ministerin. „Militante Reichsbürger verbindet der Hass auf die Demokratie, auf unseren Staat und auf Menschen, die für unser Gemeinwesen einstehen.“

Der amtierende Bürgermeister von Bad Lobenstein (Thüringen) begrüßte den Großeinsatz der Ermittlungsbehörden gegen die Reichsbürger. „Meine erste Reaktion: Es wird Zeit“, sagte Klaus Möller (Linke). „Wir haben immer mal wieder Probleme mit Reichsbürgern in unserer Stadt gehabt. Es ist gut, dass da jetzt mal durchgegriffen wird.“

Der SPD-Innenpolitiker Sebastian Fiedler beobachtet eine neue Entwicklung: „Seit Beginn der Corona-Proteste spreche ich über den neuen Verschwörungsextremismus. Der Verfassungsschutz nennt diese Leute Staatsdelegier-

timierer“, sagte der frühere Vorsitzende des Bunds Deutscher Kriminalbeamter WELT.

Irene Mihalic, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, sagte WELT: „Die Razzien im gesamten Bundesgebiet sind ein bedeutender Schlag gegen ein Netzwerk aus Reichsbürgern und Rechtsextremen.“ Die Berichte des Generalbundesanwalts würden die „gefährliche Melange, die sich bereits seit Langem aus Reichsbürgern und QAnon-Anhängern entwickelt hat“, aufzeigen. Mihalic kündigte an: „Wir werden uns daher auf allen Ebenen im Deutschen Bundestag intensiv mit den Ergebnissen der Ermittlungen befassen und auch die Sicherheitslage hier im Haus erneut diskutieren.“

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alexander Throm, lobte Deutschland als wehrhafte Demokratie: „Die heutigen Razzien gegen eine mutmaßliche terroristische Vereinigung der sogenannten Reichsbürger- und QAnon-Ideologie haben gezeigt, dass unsere Demokratie wehrhaft und entschlossen gegen Extremismus vorgeht“, sagte er WELT.

Die Umsturzpläne zeichneten sich nach Einschätzung der Thüringer Linken-Politikerin Katharina König-Preuss schon länger ab. „Thüringen ist seit Jahren ein Rückzugsort für Reichsbürgerstrukturen, bei denen sich zuletzt auch neue Treffpunkte verstetigt haben, so etwa in Pfiffelbach bei Weimar.“

Seiten 2/3

KOMMENTAR

Die Verrohung des Denkens führt in den Abgrund

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik seit 1949 hatte mit der inneren Stabilität dieser Demokratie-Neugründung zu tun. Die Erschütterungen nach 1968 und der Terror der RAF haben die Loyalität der Bürger zu dem als fragil wahrgenommenen Großen und Ganzen gestärkt. Wichtig dabei waren die Grundsätze, die Kanzler wie Brandt, Schmidt und Kohl miteinander verbanden: Fixierung auf die Mitte der Gesellschaft, klare Kante gegen Extreme, Unduldsamkeit gegen jedwede Relativierung des Gewaltmonopols des Staates.

Diese Klarheit ist in der Berliner Republik in Teilen verdampft. Die Koalitionen mit dem linken Rand sind auf Länderebene normal geworden. Der „Kampf gegen Rechts“ heißt so, weil er von einigen in die Richtung missverstanden

wird, alles infrage zu stellen, was rechts von Angela Merkels CDU passiert. Dabei sollte es im Zweifel immer um den Kampf gegen jede Form des Extremismus gehen.

Das „Reichsbürgertum“ ist eine ebenso stumpfe wie naive, aber auch gemeingefährlich irre Form des Rechtsextremismus, in der Nostalgie und Intoleranz, Hass und Verblödung eine einzigartige Symbiose eingegangen sind. Die Razzia am Mittwochmorgen zeigt, wie gut die Dienste informiert und wie rechtzeitig sie in der Lage sind, auch mit dem „großen Besteck“ (3000 Beamte) zu reagieren. Jetzt ist es Sache

ULF POSCHARDT

der ermittelnden Behörden, nachzuspüren, welche Verbindungen es zum Flügel der AfD gibt, wie die Strukturen innerhalb der Reichsbürger organisiert sind und wer da mithilft.

Die Verrohung von Denken und Sprache, das Suhlen in albernen Verschwörungstheorien scheint auch an diesem gesellschaftlichen Rand Standard zu sein. Wer seine politischen Hoffnungen eintauscht gegen aggressive Wirklichkeitsverleugnung, landet im Abgrund. Die „Reichsbürger“ illustrieren dies mit dem verbrauchten Prinzen wie in einer bitterbösen Real-satire. Die Freunde der liberalen Demokratie aber müssen lernen: Unsere Rechtsstaatlichkeit lebt von der Wehrhaftigkeit und dem Respekt vor dem Gesetz, vor dem alle gleich sein müssen.

ulf.poschardt@welt.de

PLATZ DER REPUBLIK

ELKE BODDERAS

Endlich tut Karl Lauterbach mal genau das Richtige

Es ist eine Revolution“, sagt Gesundheitsminister Karl Lauterbach. Das mag großmütig klingen, dürfte aber den Kern der Sache treffen. Für diesen Entwurf einer Gesundheitsreform haben Experten und Politiker seit fast drei Jahrzehnten gefochten. Immer im Blick: die Krankenhäuser, was sie kosten, was sie leisten, und dass beides immer weniger in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen ist. Jetzt steht ein Defizit der Krankenkassen von 17 Milliarden Euro einer Gesundheitsversorgung gegenüber, die ihr Geld nicht wert ist. Lauterbachs Reform greift nach dem größten Übel: zu viele Kliniken, zu viele OPS, zu viele leere Betten. Im EU-Vergleich gibt es in Deutschland rekordverdächtig viele Klinikbetten pro Kopf – und viele Übernachtungen, oft ohne Grund. „Organisierte Freiheitsberaubung“, ätzt da ein Gesundheitsexperte. Reinhard Busse, Gesundheitsökonom und Mitglied der Expertenkommission, die den Entwurf zur Krankenhausreform vorgelegt hat, drückt es so aus: „Wir behandeln Patienten im Schnitt doppelt so häufig stationär wie die europäischen Nachbarn.“

Im Kern besteht das Reformkonzept aus einem Satz: Wir brauchen sehr viel weniger, dafür aber besser ausgestattete Kliniken. Jedes dritte der fast 2000 deutschen Krankenhäuser will Busse erst gar nicht „Krankenhaus“ nennen: „Das sind einfach nur Gebäude mit Betten.“ In Dänemark kennt man das Problem. Dort ist eine mustergültige Krankenhausreform gelungen, kleine Kliniken machten dicht, auf die großen konzentrierten sich die besten Ärzte in modernen Versorgungszentren. Busses Lösung: „Es müssen weniger Krankenhäuser werden, damit wir mehr Personal pro Haus und pro Bett haben.“

Die Reform sieht drei Klinik-Typen vor: die Grundversorger für gängige chirurgische Eingriffe und Notfälle. Sie rechnen per Tagespauschale ab statt wie bisher pro behandeltem Fall. Zweitens die Regel- und Schwerpunktversorger für Patienten, die bei Ersteren nicht optimal aufgehoben sind. Drittens die Maximalversorger. Hier wird das Beste an Spezialisten und Gerät aufgebaut. Für den Aufwand soll es eine „Vorhaltevergütung“ geben. Fachlich gibt es am Plan nichts zu rütteln. Doch Kliniken sind Ländersache. Landräte und Ministerpräsidenten kämpfen traditionell für den Erhalt auch kleinster Häuser. Lauterbach muss nun Verbündete organisieren. Das Beispiel des wichtigsten Mitstreiters, NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU), lässt jedoch erahnen, dass das schiefgehen könnte. Laumann ist bei der Reform schon weiter. Die „große Operation“, wie der Minister den Umbau der NRW-Kliniklandschaft nennt, ist in vollem Gang. 337 Krankenhäuser sollen sich in Spezialkliniken verwandeln, manche zusammengelegt oder geschlossen werden. Obwohl einig in der Sache, fuhr Lauterbach seinem Verbündeten in die Parade. Laumann, so verbreitete Lauterbach in seinem Wahlkreis, sei drauf und dran, die größte lokale Klinik zu schließen. Laumann dementierte umgehend. Vor zwei Tagen dann war er im Lager der eher reformkritisch Gestimmten zu finden: „Glasklar muss sein: Die Länder sind für die Krankenhausplanung zuständig, und das muss so bleiben.“

IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (1985*)

Herausgeber: Stefan Aust
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
 Stellvertreter des Chefredakteurs:
 Oliver Michalsky
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe:
 Dr. Jan Philipp Bungard,
 Dagmar Rosenfeld, Jennifer Wilton
 Stv. Chefredakteur: Robin Alexander
 Geschäftsführender Redakteur:
 Thomas Exner
 Redaktionsleiter Digital:
 Stefan Frommann
 Leitung Editionsteam:

Christian Gaertner
 Creative Director: Cornelius Tittel
 Artredaktion: Juliane Schwarzenberg
 Politik: Claudia Kade, Dr. Jacques
 Schuster Forum: Eva Marie Kogel, Lucas
 Wiegelmann Investigation/Reportage:
 Annette Dowidit Schwerpunktreche-
 che: Tim Röhn Außenpolitik: Klaus
 Geiger Wirtschaft und Geld: Jan Dams,
 Olaf Gersemann, Thomas Exner (Senior
 Editor) Feuilleton: Dr. Mara Delius,
 Andreas Rosenfelder Stil/Reise/Leben:
 Adriano Sack Sport: Matthias Brügel-
 mann Wissen: Stv. Elke Hartmann-Wolff
 Nachrichten/Gesellschaft: Thore Barfuß
 Community/Social: Franziska Zimmerer
 CVD Produktion: Patricia Plate
 Foto: Stefan A. Runne
 Infografik: Karin Sturm
 Chefökonomin: Dr. Dorothea Siems
 Auslandskorrespondent: Athem:
 Carolina Drütten Brüstel: Dr. Tobias
 Kaiser, Dr. Christoph Schiltz Kapstadt:
 Christian Putsch London: Stefanie
 Bolzen Marrakesch: Alfred Hackens-
 berger Moskau: Pavel Lokshin New York:
 Hannes Stein Paris: Martina Meister
 Tel Aviv: Christine Kensch Warschau:
 Philipp Fritz Washington: Dr. Daniel
 Friedrich Sturm

Ständige Mitarbeit: Prof. Michael
 Stürmer Autoren: Henryk M. Broder,
 Peter Huth, Alan Posener, Hans Zippert
 WELT kooperiert mit „El País“
 (Spanien), „Gazeta Wyborcza“ (Polen),
 „La Repubblica“ (Italien), „Le Figaro“
 (Frankreich), „Le Soir“ (Belgien),
 „Tages-Anzeiger“ und „Tribune de
 Genève“ (beide Schweiz)
 Verantwortlich im Sinne des Pressege-
 setzes: Seite 1/Auf einen Blick: Christian
 Gaertner Deutschland: Claudia Kade
 Ausland: Caroline Turzer Forum: Lucas

Wiegelmann Wissen: Oliver Michalsky
 Wirtschaft und Geld: Olaf Gersemann
 Sport: Matthias Brügelmann
 Feuilleton: Andreas Rosenfelder
 Alle: c/o Axel Springer SE, 10888 Berlin.
 Anzeigen: Judith Umlauf, Axel Springer
 SE, 10888 Berlin
 Axel Springer SE vertreten durch
 den Vorstand Dr. Matthias Döpfner
 (Vorsitzender), Jan Bayer (stellv.
 Vorsitzender), Dr. Julian Deutz,
 Dr. Ulrike Handel, Nidal Salah-Eldin
 Sprecher der Geschäftsführung
 WeltN24 GmbH: Dr. Ulf Poschardt
 Geschäftsführerin Print: Merrit Kraus
 Stv. Verlagsleiter Print: Heiko Rudat
 Anzeigen: Judith Umlauf Vertriebs-
 leitung: Ludger Seggewies WELT
 Editorial Studio: Matthias Leonhard
 Verlag und Druck: Axel Springer SE
 Vertrieb: Sales Impact GmbH & Co. KG;
 alle 10888 Berlin, Axel-Springer-Str. 6;
 Tel.: 030 / 259 10. DIE WELT wird als
 Zeitung und digital vertrieben. Alle Rechte
 vorbehalten. Informationen zum Daten-
 schutz finden Sie unter www.welt.de/
 datenschutz. Sie können diese auch
 schriftlich unter Axel Springer SE,
 Datenschutz, Axel Springer Straße 65,
 10969 Berlin anfordern. Die Rechte für die
 Nutzung von Artikeln für elektr. Presse-
 spiegel erhalten Sie über PMG Presse-
 monitor GmbH & Co. KG, www.presse-
 monitor.de, E-Mail: info@presse-moni-
 tor.de. Für Syndication-Rechte wenden
 Sie sich an nachdrucke@welt.de. Abon-
 nementpreis: www.welt.de/produktinfo.
 Abo-Bestellmöglichkeit auf www.leser-
 shop24.de/lie-welt oder unter Kunden-
 service Tel. 0800 9 358537 (Mo.-Sa.: 7-19
 Uhr, kostenfrei), E-Mail: kundenservice@
 welt.de. ISSN 0173-8437. DIE WELT,
 USPS No. 0603-590. Es gilt die WELT-
 Preisliste Nr. 100, gültig ab 1.1.2022, sowie
 die Preisliste Märkte, Ergänzung zur
 WELT-Preisliste Nr. 100, gültig ab
 1.1.2022. E-Mail: anzeigen@welt.de. Tel:
 030 / 58 58 90. Amtliches Publikations-
 organ aller deutschen Wertpapierbörsen.
 Keine Gewähr für unverfälschte
 Kursnotierungen. Für unverlangt einge-
 sandene Material keine Gewähr.
 Sie erreichen die Redaktion unter:
 DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin
 Tel. 030/25 910 E-Mail kontakt@welt.de

THEMA DES TAGES

Die gefährlichen Fantasien der „Reichsbürger“

Eine Terrorgruppe wollte offenbar mit Waffen in den Bundestag eindringen. Auch eine frühere AfD-Abgeordnete soll darin verwickelt sein

Die gefährlichen Fantasereien von einem gewaltsamen Umsturz und von einem neuen Fürstentum auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland endeten am Mittwochmorgen mit dem Einsatz einer Ramme eines Spezialeinsatzkommandos der Berliner Polizei. Als die Beamten in dem noblen Villenviertel im Berliner Ortsteil Wannsee anrückten, ist es noch dunkel. „Was ist denn hier los?“, fragt eine vom Schein der Taschenlampen geweckte Anwohnerin. Ein SEK-Beamter antwortet ihr: „Dies ist ein Polizeieinsatz. Bitte schließen Sie das Fenster.“

VON ULRICH KRAETZER, ALEXANDER DINGER, IBRAHIM NABER UND UWE MÜLLER

Der Beamte hätte auch sagen können: Wir führen gerade den bisher größten Schlag gegen die Reichsbürger-Szene durch. Bitte passen Sie auf. Ein Teil der Gruppierung ist bewaffnet und schreckt auch nicht vor Todesopfern zurück.

Was der SEK-Beamte aus nachvollziehbaren Gründen nicht sagte, brachte am frühen Mittwochnachmittag der Leiter der obersten deutschen Anklagebehörde auf den Punkt. Generalbundesanwalt Peter Frank sagte, die Aktion der Sicherheitsbehörden in der Reichsbürger-Szene habe sich gegen eine Gruppierung gerichtet, die sich das Ziel gesetzt habe, das politische System der Bundesrepublik „unter Einsetzung von Gewalt und militärischen Mitteln zu beseitigen“. Die Gruppe habe eine „neue deutsche Armee“ aufbauen und gewaltsam in das Reichstagsgebäude eindringen wollen.

Die vom Bundeskriminalamt koordinierte Razzia gegen die Reichsbürger-Szene markiert in der Tat einen Wendepunkt. Denn Reichsbürger galten noch bis vor wenigen Jahren als harmlose Spinner. Eine Fehl-

schätzung. Davon zeugen die im Zuge der Razzia bekannt gewordenen Ermittlungsergebnisse des Generalbundesanwaltes.

Denn die Planungen der Gruppierung für einen Umsturz waren offenbar weit gediehen. Die Gruppe soll über Waffen und bemerkenswerte finanzielle Mittel verfügt haben. Den Ermittlungen zufolge waren in der Vereinigung zudem Personen mit einigem gesellschaftlichen und politischen Einfluss und erheblichem Gefahrenpotenzial aktiv: eine frühere Bundestagsabgeordnete der AfD, die in Berlin als Richterin arbeitete, ein Abkömmling eines alten Adelsgeschlechts, sowie frühere und noch aktive Bundeswehrsoldaten und ein bereits zuvor vom Dienst suspendierter Polizist aus der Szene der Corona-Leugner.

Die von langer Hand vorbereitete Razzia startete am Mittwochmorgen gegen sechs Uhr mit rund 3000 Polizisten. Spezialeinheiten aus Bund und Ländern durchsuchten laut Generalbundesanwalt Frank rund 150 Objekte in elf Bundesländern, sowie im österreichischen Kitzbühel und in der italienischen Stadt Perugia. Die Ermittlungen werden wegen des Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung geführt. Nach Informationen von WELT wurden bislang eine scharfe Schusswaffe, Schreckschusswaffen, Prepper-Vorräte und Tausende Euro Bargeld gefunden.

Laut Generalbundesanwalt wurden 22 mutmaßliche Mitglieder, sowie drei Unterstützer festgenommen. Die Festnahmen erfolgten in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Thüringen. Weitere Durchsuchungen gab es in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Bis zum frühen Abend ergingen gegen elf Beschuldigte Haftbefehle. In Untersuchungshaft sitzt auch einer der mutmaßlichen Rädelführer: Heinrich XIII. Prinz Reuß, ein Nachfahre einer Adelsfamilie, die einst Gebiete im heutigen Thüringen beherrschte.

Den Angaben zufolge sollen die Mitglieder der Gruppe spätestens ab November 2021 geplant haben, „die bestehende staatliche Ordnung in Deutschland zu überwinden und durch eine eigene, bereits in Grundzügen ausgearbeitete Staatsform zu ersetzen“. Dabei sollen sie auch „den Einsatz militärischer Mittel und Gewalt gegen staatliche Repräsentanten“, sowie „die Begehung von Tötungsdelikten“ erwogen haben.

GRUPPE GLAUBTE AN BEDROHUNG DURCH „DEEP STATE“

Die Gruppe soll einem Konglomerat aus Verschwörungsmethoden und Erzählungen der „Reichsbürger“, sowie der QAnon-Ideologie gefolgt sein. Sie seien davon überzeugt gewesen, dass Deutschland von einem als „deep state“ bezeichneten Geheimbund regiert wird. Eine „Allianz“ von Regierungen, Nachrichtendiensten und Militär anderer Staaten plante der Ideologie zufolge in naher Zukunft einen Angriff auf diesen „deep state“, also „tiefen Staat“.

Den Ermittlungen des Generalbundesanwaltes zufolge wollten die „Reichsbürger“ die nach dem Angriff der „Allianz“ verbleibenden staatlichen Institutionen durch sogenannte „Heimatschutzkompanien“ bekämpfen. Die Gruppe habe in ihren Planungen auch Todesfälle „zumindest billigend in Kauf“ genommen. Laut Generalbundesanwalt stehen Mitglieder der Vereinigung zudem im Verdacht, Vorbereitungen getroffen zu haben, „mit einer kleinen bewaffneten Gruppe gewaltsam in den Deutschen Bundestag einzudringen“. Aus Sicherheitskreisen verlautete, die Gruppe hätte den Angriff eigentlich im September dieses Jahres durchführen wollen. Die Aktion sei aber aus bisher nicht bekannten Gründen abgeblasen worden. Die Behörden hätten durch Abhörmaßnahmen und Observationen von den Planungen erfahren und einen etwaigen Angriff durch die engmaschige Überwachung der Gruppe vereiteln können.



Dem „militärischen Arm“ der Gruppe gehörten laut Generalbundesanwalt auch ehemalige Bundeswehr-Soldaten an. Darunter soll auch ein noch aktiver Stabsfeldwebel der Bundeswehr-Spezialeinheit „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) gewesen sein. Der Geheimdienst der Bundeswehr, der Militärische Abschirmdienst (MAD) teilte auf Anfrage mit, die Maßnahmen der Bundesanwaltschaft seien dem MAD bekannt. „Die Ermittlungen richten sich unter anderem gegen einen aktiven Soldaten sowie mehrere Reservisten“, erklärte der Sprecher.

Im Oktober dieses Jahres inspizierten Mitglieder der Gruppe laut Generalbundesanwalt „für die Unterbringung eigener Truppen“ Bundeswehrkasernen in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg.

Für die Zeit nach dem erhofften Umsturz wollte die Gruppe den Ermittlungen zufolge eine Art Übergangsregierung etablieren.

INNENPOLITIK

UMFRAGE ZUR AMPEL-REGIERUNG

Zwei Drittel sind unzufrieden

Nach einem Jahr Ampel-Regierung zeigt sich die Koalition mit ihrer Arbeit weitgehend zufrieden, die Opposition verteilt naturgemäß schlechte Noten. Aber wie kommt Rot-Grün-Gelb beim Wähler an? Die Antwort fällt deutlich aus: Zwei Drittel der Deutschen sind unzufrieden mit der Regierung von Kanzler Olaf Scholz (SPD). In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov zeigen sich 33 Prozent eher unzufrieden und weitere 33 Prozent sehr unzufrieden mit der Arbeit des Bündnisses von SPD, Grünen und FDP. Sehr zufrieden sind nur drei Prozent, eher zufrieden 23 Prozent. Der Kanzler kommt in der Umfrage nur etwas besser weg als die gesamte Regierung: 64 Prozent sind unzufrieden mit seiner Arbeit, 29 Prozent zufrieden.

ILLEGALE EINREISEN

2022 schon mehr als 85.000 Fälle

Die Bundespolizei hat in diesem Jahr nach eigenen Angaben bisher bereits mehr als 85.000 illegale Einreisen nach Deutschland festgestellt. Demnach zeichnet sich eine neuerliche deutliche Steigerung der Zahl illegaler Einreisen ab. Im vergangenen Jahr hatte die Bundespolizei insgesamt rund 57.600 Fälle gezählt. Bereits dies war eine erhebliche Steigerung von 63 Prozent gegenüber dem Vorjahr 2020 gewesen – und hatte nach früheren Angaben der Bundespolizei den höchsten Stand bei illegalen Einreisen seit 2017 bedeutet.

ISLAMKONFERENZ

Keine ausländischen Imame mehr

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will den Einfluss ausländischer Imame auf islamische Gemeinden in Deutschland deutlich mindern. „Ich will die staatliche Entscheidung von Imamen aus dem Ausland nach Deutschland schrittweise reduzieren, mit dem Ziel, sie zu beenden“, sagte sie zum Auftakt der Deutschen Islamkonferenz in Berlin. Dies betreffe insbesondere die Türkei. Die Bundesregierung sei mit den türkischen Stellen im Austausch. Faeser betonte, sie halte es für wichtig, dass mehr in Deutschland sozialisierte und in deutscher Sprache ausgebildete Imame in islamischen Gemeinden tätig würden. Weniger ausländische Abhängigkeiten oder Einflussnahme erleichterten es deutschen Muslimen, mit ihrem Glauben in Deutschland heimisch zu werden. Die Islamkonferenz wurde 2006 für den Dialog zwischen Staat und Muslimen ins Leben gerufen.

AUSSENPOLITIK

CORONA-POLITIK

China vollzieht Kehrtwende

Nach heftigen Protesten gegen die Null-Covid-Politik in China hat die Regierung in Peking einen Kurswechsel eingeleitet. Die nationale Gesundheitskommission kündigte an, einige der strengsten Maßnahmen gegen die Pandemie aufzuheben. Bei lokalen Ausbrüchen sollten künftig nicht mehr ganze Wohnviertel abgeriegelt werden. Lockdowns sollten eher auf einzelne Gebäude oder Stockwerke beschränkt bleiben und nach fünf Tagen enden, falls keine neuen Fälle entdeckt werden. Bürger sind laut Gesundheitskommission künftig nicht mehr gezwungen, grundsätzlich den Nachweis eines negativen Corona-Tests bei sich zu tragen. Die neue Flexibilität ist nach Darstellung des Vizedirektors der Gesundheitskommission, Li Bin, eine Reaktion auf die „Instabilität der Epidemie“.

NEW YORK

Urteil gegen Trump-Firma

Es läuft gerade nicht rund für Ex-US-Präsident Donald Trump: Ein US-Gericht hat sein Immobilienunternehmen wegen krimineller Pläne zum Steuerbetrug verurteilt. Im Mittelpunkt des Verfahrens in New York standen unter anderem Vorwürfe, die Trump Organization habe persönliche Ausgaben für Spitzenmanager wie ihren Ex-Finanzchef Allen Weisselberg gezahlt. Die Trump Organization betreibt Hotels, Golfplätze und andere Immobilien auf der ganzen Welt. „Dies war ein Verfahren über Gier und Betrug“, sagte Manhattans oberster Staatsanwalt Alvin Bragg. Das Strafmaß steht noch nicht fest. Das Urteil vergrößert die Probleme, mit denen Trump während seiner Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2024 konfrontiert sein könnte. Seine Chancen sind zudem durch das Ergebnis der Stichwahl in Georgia um den letzten offenen Senatssitz gesunken. Dort siegte der demokratische Kandidat. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 5.

WISSEN

EVOLUTION

Älteste bekannte DNA entdeckt

Im Norden Grönlands haben Forscher zwei Millionen Jahre altes Erbgut entdeckt – eine Million Jahre älter als das bisher bekannte älteste, das in gefrorenen Mammutknochen im Permafrost Sibiriens gefunden worden war. Die

aktuellen Minischnipsel stammen von verschiedenen Tieren und Pflanzen, darunter Rentiere und Lemminge, Birken und Pappeln. Die Moleküle waren im Eis und Permafrostboden konserviert, ungestört vom Menschen. „Revolutionäre neue Erkenntnisse“ seien durch die Analyse jetzt möglich, so die Einschätzung von Experten. Wie neueste Technologien helfen, die DNA zu entschlüsseln und was sie über die damaligen Lebensbedingungen aussagt, erfahren Sie auf Seite 8.

CHEMIE-NOBELPREISTRÄGERIN

Trend zu mehr Frauen

Die diesjährige Chemie-Nobelpreisträgerin Carolyn Bertozzi sieht eine Entwicklung hin zu mehr Frauen unter den Ausgezeichneten. Es gebe fünf lebende Nobelpreisträgerinnen in der Kategorie Chemie, gleich vier davon seien in den jüngsten vergangenen Jahren mit dem Preis geehrt worden, sagte die US-Forscherin in Stockholm. „Ich denke, das ist ein sehr positiver Trend“, sagte die Biochemikerin. Sie fühle sich zutiefst geehrt, zu diesen Frauen zu zählen. Seit der ersten Vergabe 1901 sind die Nobelpreise 954 verschiedenen Persönlichkeiten und 27 unterschiedlichen Organisationen zugesprochen worden. 61 Mal ging ein Nobelpreis dabei an Frauen. Auf dem Podium bei der Pressekonferenz in der Königlich-Schwedischen Akademie der Wissenschaften saßen die neun diesjährigen Preisträger in den Kategorien Physik, Chemie und Wirtschaftswissenschaften – acht davon Männer, Bertozzi als einzige Frau.

DIE GUTE NACHRICHT

EUROZONE

Ein bisschen mehr Wachstum

In der Eurozone hat die Wirtschaftsleistung im Sommer etwas stärker als erwartet zugelegt. Im dritten Quartal wuchs das Bruttoinlandsprodukt der 19 Euro-Länder zum Vorquartal um 0,3 Prozent, wie das Statistikamt Eurostat nach einer dritten Schätzung mitteilte. Eine vorangegangene Erhebung für Juli bis September wurde um 0,1 Prozentpunkte nach oben revidiert. Analysten hatten nur ein Wachstum um 0,2 Prozent erwartet. Die Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Ländern fällt unterschiedlich aus. Während die großen Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien jeweils moderat gewachsen sind, ist die Wirtschaft in Lettland um 1,7 Prozent im Quartalsvergleich und in Estland um 1,8 Prozent geschrumpft.



Ein Verdächtiger wird vom Polizei-Hubschrauber in Karlsruhe weggeführt. In der Stadt sitzt der Generalbundesanwalt

Selbst die Ressorts für das „Reichsbürger-Kabinett“ seien schon verteilt gewesen. Den Bereich der Justiz hätte demnach die einstige AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann übernehmen sollen. Reporter von WELT beobachteten, wie Spezialeinsatzkräfte gegen 6 Uhr morgens in das von der Familie bewohnte Reihenhaus in Berlin-Wannsee eindrangen. Malsack-Winkemann wurde festgenommen und mit einem Konvoi des Bundeskriminalamtes weggeführt.

Die studierte Juristin ist Mitglied der AfD und gehörte für ihre Partei von 2017 bis 2021 dem Bundestag an. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag kehrte sie als Richterin an das Berliner Landgericht zurück. Die Berliner Justizsenatorin, Lena Kreck (Linke), beantragte im Juni dieses Jahres, die 58-Jährige wegen Zweifeln an ihrer Verfassungstreue in den einstweiligen Ruhestand zu ver-

setzen. Das Verwaltungsgericht wies den Antrag jedoch zurück.

Angesichts der Erkenntnisse des Generalbundesanwaltes endet die juristische Karriere der AfD-Politikerin nun aber doch. Eine Sprecherin des Berliner Landgerichts erklärte auf Anfrage von WELT, dass die 58-Jährige aufgrund einer „Eilverfügung des Präsidenten des“ vom Mittwoch an als Richterin ausscheidet.

EIN SCHLOSS ALS TREFFPUNKT

Als zentrales Gremium wollte die Gruppierung den Ermittlungen zufolge einen „Rat“ etablieren. Die Mitglieder des „Rates“ trafen sich demnach seit November 2021 regelmäßig im Verborgenen, „um die angestrebte Machtübernahme in Deutschland und den Aufbau eigener Staatsstrukturen zu planen“.

Als Vorsitzender des „Rates“ war ein Mitglied einer alten deutschen Adelsfamilie

auserkoren: Heinrich XIII. Prinz Reuß. Laut Generalbundesanwalt ist er einer der „Rädelstörer“ der „Reichsbürger“-Gruppe. Er wurde in Frankfurt am Main abgeführt. Ein Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes erließ einen Haftbefehl.

Das Haus Reuß herrschte bis zur Novemberrevolution 1918 über Gebiete im heutigen Bundesland Thüringen. Der verbliebene Zweig der Familie verfügt über Schlösser, unter anderem in Niederösterreich, bei Leipzig und bei Saalfeld in Thüringen.

Prinz Heinrich XIII. gehört ein Anwesen in Saaldorf an der Saale: das kleine neugotische Jagdschloss Waidmannsheil. Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden zufolge nutzten die „Reichsbürger“ das Schloss für Vernetzungstreffen – und die Planungen für den erhofften Umsturz. Abseits der „Reichsbürger“-Treffen residierte der Prinz nach Informationen von WELT in Frankfurt am

Main, im noblen Westend. Hier schlugen die Behörden auch bei der Razzia zu.

Prinz Heinrich XIII. Reuß trat bereits vor dem heutigen Zugriff der Sicherheitsbehörden durch „Reichsbürger“-Propaganda in Erscheinung. Im Jahr 2019 fabulierte er in einer Rede bei einem angeblich in Zürich abgehaltenen „Worldwebforum“ darüber, dass die Bundesrepublik Deutschland kein souveräner Staat sei. Im Fürstentum Reuß hätten die Menschen „ein glückliches Leben“ geführt, denn die Verwaltungsstrukturen seien „überschaubar und klar“ gewesen. „Lief etwas nicht rund, ging man zum Prinzen“, sagte Reuß.

Mit der Demokratie weiß Reuß offenbar nichts anzufangen. Die Gewaltenteilung sei „eine Illusion“. Deutschland sei ein „tributpflichtiger Vasallenstaat“. Beim „Worldwebforum“ verbreitete Reuß zudem kaum verhohlene antisemitische Verschwörungsmethoden. Hinter Umstürzen wie der Französischen Revolution steckten „Repräsentanten der Dynastie Rothschild“. Das Hitler-Regime hätte die USA finanziert. Kriege seien initiiert worden, „um die Verbreitung der jüdischen Bevölkerung voranzutreiben“.

„VERWIRRTER ALTER MANN“

Fürst Heinrich XIV., der als Sprecher des Hauses Reuß in Erscheinung tritt, bezeichnete den auf Abwege geratenen Familienspross im Juli dieses Jahres als „verwirrten alten Mann“, der „nunmehr verschwörungstheoretischen Irrmeinungen aufsitze“. Heinrich XIII. habe den Familienverbund bereits vor 14 Jahren auf eigenen Wunsch verlassen.

In der Familie gilt Prinz Heinrich XIII. Reuß angesichts seiner wüsten Verschwörungserzählungen als „persona non grata“. In der „Reichsbürger“-Szene erarbeitete er sich dagegen einen Ruf als mutiger Aufklärer. Seine Videos werden in einschlägigen Kanälen des Messengerdienstes Telegram geteilt. Zustimmung finden sie auch in Kanälen der „Querdenker“-Szene.

In seinen „Reichsbürger“-Vorstellungen strebten Reuß und seine Mitstreiter den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden zufolge möglicherweise an, ein „Fürstentum Reuß“ zu etablieren.

Zur Aushandlung eines nach Ansicht der Gruppe ausstehenden „Friedensvertrages“ mit den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges soll Heinrich XIII. sogar Kontakt mit Vertretern Russlands aufgenommen haben. Unterstützung soll die Gruppe dabei von der russischen Staatsbürgerin Vitalia B. erhalten haben. Anhaltspunkte, dass die russischen Ansprechpartner positiv auf die Anbahnung eines „Friedensvertrages“ reagierten, gibt es laut Generalbundesanwalt nicht.

Die russische Botschaft in Berlin wies umgehend jegliche Verbindungen zu „Reichsbürger“-Gruppen in Deutschland zurück. Die „russischen diplomatischen und konsularischen Büros in Deutschland unterhalten keine Kontakte zu Vertretern terroristischer Gruppen oder anderen illegalen Einheiten“, zitierten russische Nachrichtenagenturen eine Erklärung der Botschaft.

DIFFAMIERUNGEN UND BEDROHUNGEN GEGEN IMPFÄRZTE

Ein Schwerpunkt der Razzien war laut Sicherheitskreisen Baden-Württemberg. Allein dort wurden nach Informationen von WELT rund 30 Objekte durchsucht. Die Behörden gingen dabei gegen Personen vor, die im Zuge der Corona-Pandemie Ärzte öffentlich diffamiert und bedroht haben sollen. Die von den Drohungen betroffenen Mediziner führten in ihren Praxen Impfungen durch und sprachen sich teilweise auch öffentlich dafür aus.

Im Fall eines Kinder- und Jugendarztes etwa sollen die Verdächtigen Aufkleber mit dessen Bild auf Wände, Autos und Briefkästen geklebt haben. Die dazugehörige Aufschrift konnte sowohl mit „nächster Spritze“ als auch mit „nächster Schuss“ übersetzt werden. Auch andere Ärzte und politische Vertreter erhielten ähnliche Drohungen. Die Verdächtigen sollen auch Pläne verfolgt haben, um an bekannten Impfärzten ein Exempel zu statuieren, heißt es aus Sicherheitskreisen.

Die Sicherheitsbehörden kamen den „Reichsbürgern“ durch Beobachtungen des hessischen Verfassungsschutzes, sowie durch ein Verfahren der Generalstaatsanwaltschaft München auf die Spur. Worum es bei diesem Verfahren ging, wurde bisher nicht bekannt.

Die Szene der „Reichsbürger“ gilt als äußerst heterogen. Ihr verbindendes Element ist die Überzeugung, dass Deutschland kein souveräner Staat sei. Viele „Reichsbürger“ betrachten die Bundesrepublik als eine von fremden Mächten gelenkte „Firma“. Die deutsche Rechtsordnung erachten „Reichsbürger“ als illegitim.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet die Szene der „Reichsbürger“ offiziell seit 2016. Die Behörde rechnet ihr rund 21.000 Anhänger zu. Etwas mehr als tausend von ihnen gelten zudem als Rechtsextremisten. „Reichsbürger“ gelten als waffenaffin. Als Wendepunkt bei der Beurteilung der „Reichsbürger“-Szene gilt der 19. Oktober 2016. Ein Anhänger der Szene erschoss damals im bayerischen Georgensmünd einen SEK-Beamten. Die Beamten waren zu dem Einsatz ausgerückt, um die Waffen des Mannes zu beschlagnahmen. Bei dem Einsatz am Mittwoch kam kein Polizist zu Schaden.

WIRTSCHAFT UND GELD

KUNDEN SOLLTEN VERBRAUCH REDUZIEREN

Alarm vom Netzbetreiber

In Baden-Württemberg informiert der Netzbetreiber TransnetBW seit einigen Wochen per App über die Stabilität des Stromnetzes. Am gestrigen Mittwoch warnte das System erstmals vor einer „angespannten Situation“: Ab 14 Uhr sollten Stromkunden in dem Bundesland eine Stunde lang ihren Verbrauch reduzieren. Über seine App rief TransnetBW dazu auf, elektrische Haushaltsgeräte vorher zu nutzen und Akkus aufzuladen, damit sie ab 14 Uhr nicht benötigt wurden. Wie es zu der Lage kam, lesen Sie auf [Seite 9](#).

EURO-GRUPPEN-CHEF

Zurückhaltung bei Energiehilfen

Irlands Finanzminister Paschal Donohoe ist kürzlich erneut zum Vorsitzenden der Euro-Gruppe gewählt worden, und er hat WELT das erste Interview nach seiner Wahl gegeben. Vor der Währungsunion liegt eine turbulente Zeit: Donohoe beharrt darauf, dass die Mitgliedstaaten sich bis März auf neue Schuldenregeln einigen, erteilt neuen EU-Schulden eine Absage und drängt darauf, dass die Staaten sich mit Energiehilfen zurückhalten, um die Inflation nicht weiter anzukurbeln. Lesen Sie das Gespräch auf [Seite 10](#).

DEUTSCHE POST

Aufschlag für schnellere Briefe?

Die Deutsche Post prüft, für die schnellere Zustellung von Briefen einen Zuschlag zu verlangen. Das sagte Nikola Hagleitner, im Konzernvorstand für Briefe und Pakete verantwortlich, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Die Kunden könnten dann entscheiden, ob ihnen eine besonders schnelle Zustellung einen Aufpreis wert sei, erläuterte Hagleitner. In Deutschland ist die Post demnach gesetzlich verpflichtet, wenigstens 80 Prozent der Briefe am folgenden Tag zuzustellen.

TAG AN DER BÖRSE

Dax weiter unter Druck

Die schwache Tendenz am deutschen Aktienmarkt hat sich am Mittwoch fortgesetzt. Der Leitindex Dax knüpfte im Handelsverlauf mit einem Minus von 0,25 Prozent auf etwa 14.300 Punkte an seine Verluste seit Wochenbeginn an, nach-

dem er am Freitag bei 14.584 Punkten noch den höchsten Stand seit Juni erreicht hatte. Für den MDax der mittelgroßen deutschen Werte ging es am Mittwoch zunächst um 0,78 Prozent auf 25.427 Punkte bergab, und der Eurozonen-Leitindex EuroStoxx 50 sank um 0,25 Prozent auf 3929 Zähler. Weitere Börsendaten finden Sie auf [Seite 9](#).

SPORT

FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT

Marokko schreibt Geschichte

Marokkos Einzugs ins WM-Viertelfinale hat das Land in Begeisterung versetzt. Tausende strömten am Dienstagabend nach dem Spiel auf die Straßen des nordafrikanischen Landes, um das 3:0 im Elfmeterschießen gegen Spanien zu feiern. Viele Fans hissten Flaggen oder Trikots ihrer Fußballhelden. Cafés waren während des Spiels rappellvoll, die Straßen verwaist. Die Marokkaner gehören erstmals bei einer Weltmeisterschaft zu den besten acht Mannschaften. Marokkos König Mohammed VI. gratulierte der Mannschaft zum Sieg. Die Viertelfinalpartien der WM versammeln nun die Großen des Weltfußballs – mit Marokko als Ausnahme. Mehr zur Fußball-Weltmeisterschaft lesen Sie auf [Seite 13](#).

AFGHANISTAN

IOC droht Taliban mit Sanktionen

Das IOC hat den sicheren Zugang zum Sport für Mädchen und Frauen in Afghanistan zur Bedingung für eine Teilnahme des Landes an Olympia 2024 in Paris erklärt. Zudem verlangt das Internationale Olympische Komitee, dass in afghanischen Teams bei internationalen Wettbewerben auch Frauen vertreten sein müssen, die in Afghanistan leben. Die IOC-Exekutive betrachte die jüngsten Beschränkungen der Taliban für Mädchen und Frauen mit großer Sorge und verurteile diese scharf, hieß es in einer Mitteilung.

KATAR

Tischtennis-WM 2025 in Doha

Fußball-WM-Ausrichter Katar wird 2025 auch Gastgeber der Tischtennis-Weltmeisterschaft im Einzel sein. Dies wurde bei der Jahreshauptversammlung des Weltverbandes ITTF in Jordanien beschlossen. Doha erhielt bei einer Abstimmung 57 Stimmen. Die katarische Hauptstadt setzte sich damit gegen die spanische Hafenstadt Alicante durch, die 39 Stimmen bekam. Bundesgesundheitsminister und Tischtennisfan Karl Lauterbach (SPD) kommentierte die Entscheidung auf Twitter wenig begeistert: „Auch das noch. Für

einen Tischtennisfan und Spieler wie mich ist das keine Verheißung.“

KULTUR UND GESELLSCHAFT

„BILD“

Künftige Chefredaktion steht fest

Die Zusammensetzung der künftigen Chefredaktion der „Bild“ steht fest. Neben Neuzugang „Focus“-Chefredakteur Robert Schneider als weiterem Chefredakteur verbleiben Alexandra Würzbach (Chefredakteurin „Bild am Sonntag“) und Claus Strunz (Chefredakteur TV und Video) an der Spitze. Alle drei berichten künftig an den „Bild“-Chefredakteur und Vorsitzenden der „Bild“-Chefredaktionen, Johannes Boie. Ein Sprecher des Medienkonzerns Axel Springer, zu dem neben „Bild“ auch WELT gehört, bestätigte dies.

NAHE BARCELONA

Zugunfall: Mehr als 150 Verletzte

Im morgendlichen Berufsverkehr sind die Vorortbahnen nahe der spanischen Metropole Barcelona meist voll, viele Menschen finden keinen Sitzplatz. Durch einen starken Ruck wurden viele nun umgerissen: Beim Zusammenprall von zwei Zügen sind am Mittwochmorgen rund 150 Passagiere verletzt worden. Drei Menschen seien in ein Krankenhaus gebracht worden, teilte der Zivilschutz auf Twitter mit. Die meisten kamen aber mit leichten Verletzungen davon. „Ich war in dem Zug, der stand und auf den ein anderer auffuhr. Es gab Panik, Schreie und Angst. Diese Sicherheitsmängel sind nicht hinnehmbar“, zitierte die Zeitung „La Vanguardia“ den Passagier Josep Jorge. Die Ursache des Unfalls, der sich in der Station Montcada i Reixac ereignete, war zunächst unbekannt. Es gibt jedoch immer wieder Kritik, es werde zu wenig in das Bahnsystem investiert.

ENGAGEMENT GEGEN RASSISMUS

Harry und Meghan erhalten Preis

Der Preis für Prinz Harry (38) und Herzogin Meghan (41) kommt zu einem brisanten Zeitpunkt: Gerade erst musste sich der Buckingham-Palast wegen rassistischer Äußerungen einer bisherigen Hofdame rechtfertigen. Nun sind Harry und Meghan für ihr gesellschaftliches Engagement ausgezeichnet worden. Bei einer Gala in New York erhielt das Paar für seine Arbeit im Bereich psychische Gesundheit und gegen Rassismus den „Ripple of Hope“-Preis (deutsch: „Welle der Hoffnung“-Preis) der Menschenrechtsorganisation Robert F. Kennedy Human Rights (RFKHR). Die Auszeich-

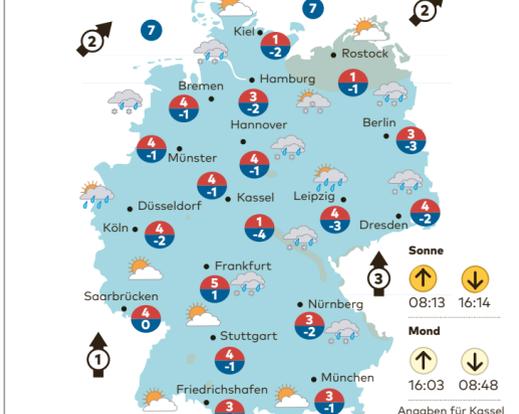
nung wird an Menschen verliehen, die sich für Gerechtigkeit, Menschenrechte und sozialen Fortschritt hervortun.

ILLERKIRCHBERG

Beerdigung nach tödlichem Angriff

Polizisten am Friedhof, damit die Trauerfeier geordnet ablaufen kann: Zwei Tage nach dem Angriff in Illerkirchberg ist das getötete Mädchen beigesetzt worden. Zahlreiche Menschen trauerten um die 14-Jährige. Das Mädchen und eine Mitschülerin waren am Montag in Illerkirchberg bei Ulm auf dem Schulweg angegriffen und schwer verletzt worden, sie starb später in der Klinik. Die Obduktion ergab, dass die 14-Jährige mit türkischem Migrationshintergrund nach Stichverletzungen verblutete. Die Polizei fand bei dem 27-jährigen tatverdächtigen Eritreer ein Messer, das als Tatwaffe in Betracht kommt. Gegen ihn wurde Haftbefehl wegen Mordes und versuchten Mordes erlassen. Der Mann befand sich zuletzt verletzt in einem Justizvollzugskrankenhaus. Warum er die Schülerinnen angriff, ist weiter unklar. Einen Bericht aus Illerkirchberg lesen Sie auf [Seite 5](#).

WETTER



Lokal Regen, Schnee und Glätte

Heute: Im Tagesverlauf lassen die Regen- und Schneefälle im Norden nach und ziehen langsam über die Mitte weiter. Dabei kann es auf einigen Straßen glatt sein. Im Süden bleibt es überwiegend trocken, und die Wolken lockern hier und da auch mal für die Sonne auf. Die Temperaturen liegen am Nachmittag bei Höchstwerten zwischen minus 3 und plus 5 Grad.

Biwetter: Heute müssen sich Asthmatiker auf Atembeschwerden einstellen. Herz und Kreislauf werden besonders belastet, daher wird Patienten mit Bluthochdruck empfohlen, sich zu schonen. Bei Rheumakranken verschlimmern sich die Schmerzen.

EU-Visionen des Kanzlers mit Rückhalt aus Karlsruhe

Urteil der Verfassungsrichter bestätigt Scholz in dem Kurs, mehr Souveränität an Brüssel abzugeben

Dem Staat stehen schon viele Wege zur Verfügung, um sich – beziehungsweise seine Bürger – zu verschulden: Vor allem über die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch über die von der Ampel-Regierung noch einmal ausgebauten Schattenetats.

VON MARCEL LEUBECHER

Eine neuartige Methode um Geld auszugeben, das man nicht hat, bietet der am Dienstag vom Bundesverfassungsgericht abgesegnete Corona-Fonds der EU. Der Bundesrechnungshof nennt den 807 Milliarden Euro umfassenden Fördertopf eine „Zäsur für die europäische Finanzarchitektur“, und tatsächlich wird eine Premiere aufgeführt: Erstmals nimmt die EU-Kommission mit diesem gigantischen Fonds selbst Schulden auf und agiert insofern finanzpolitisch wie ein Staat. Haften müssen für die Schulden die Mitgliedstaaten, vor allem das wirtschaftsstarke Deutschland.

Dass die Verfassungsrichter diesen enormen Machtzuwachs für die Brüsseler Institutionen für mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar erklärten, ist eine Bestätigung für den Kurs von Bundeskanzler Olaf Scholz. Der Sozialdemokrat ist davon überzeugt, dass Deutschland auch Souveränität in der Finanzpolitik an die EU abtreten soll. Scholz sprach im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit dem Corona-Fonds von einem „Hamilton-Moment“ für die EU – in Anlehnung an den früheren US-Finanzminister Alexander Hamilton, der in der Entwicklung der USA zum Bundesstaat die Schulden vergemeinschaftet hatte.

Als das „Handelsblatt“ Scholz zwei Wochen vor der Bundestagswahl darauf ansprach, sagte er: „Hamilton hat seinerzeit dem Bundesstaat die Möglichkeit geschaffen, eigene Einnahmen zu generieren – das war der eigentliche Clou, und darauf bezog sich mein Vergleich.“ Bei dem Corona-Fonds folge „irgendwann Phase zwei, in der die Kredite zurückgezahlt werden. Dafür braucht die EU eigene Einnahmen, diese Aufgabe steht als Nächstes an.“

Die deutsche und europäische Geschichte ist in Bewegung – auch bezüglich der Frage, welche Institutionen Regierungsmacht ausüben dürfen. Scholz schwebt ein Zustand vor, den er bei vielen Auftritten und auch im August in seiner Rede in Prag über seine EU-Visionen als „europäische Souveränität“ bezeichnete.

Scholz vertritt, wie viele Politiker der Ampel-Parteien, die These, dass gerade durch die weitgehende Übertragung von Gestaltungsmacht und Kompetenzen aus den Mitgliedstaaten an die EU ein „souveränes Europa“ entstehe. Die als paradox oder dialektisch, je nach Perspektive, zu bezeichnende Logik dahinter: Die Souveränität ist ja nicht weg – die hat jetzt nur jemand anderes.

Der ehemalige Verfassungsrichter Dieter Grimm untersuchte in einem Aufsatz für die „Frankfurter Allgemeine

ne Zeitung“ im September die Polit-Vokabel der „europäischen Souveränität“. Grimm definiert „Souveränität“ im juristischen Sinne als das „Recht einer politischen Einheit zur Selbstbestimmung“ über ihre Daseinsform, ihre innere Ordnung, ihre politische Ausrichtung oder ihre Beziehungen zu anderen politischen Einheiten. Dieses Recht erkenne das Völkerrecht jedem Staat zu. Zwergstaaten wie Liechtenstein seien juristisch nicht weniger souverän als die Weltmacht China. Dagegen hätten internationale oder supranationale Organisationen keine Souveränität in diesem Sinn erlangt. Sie seien vielmehr „Geschöpfe souveräner Staaten und werden von diesen getragen und bestimmt. Das gilt auch für die EU.“

Souveränität sei allerdings ein vieldeutiger Begriff und beschreibe politisch die „Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit von politischen Einheiten in ihren internationalen Beziehungen“. In der Staatenwelt herrschten aber ungleiche Kräfteverhältnisse, weswegen Liechtenstein trotz juristischer Souveränität hinsichtlich seiner politischen Souveränität nicht mit China zu vergleichen sei. Die Trennlinie zwischen den beiden Souveränitätsbegriffen verlaufe also zwischen Können und Dürfen. „Hier ist Souveränität eine Rechtsfrage, dort eine Machtfrage.“

Für Grimm wird es kritisch, sobald der EU rechtliche Souveränität zukommen soll, damit würden „die Mitgliedstaaten zu dem, was in der Bundesrepublik die Länder sind“. Der Bundesregierung schein das „klar zu sein, sie strebt laut Koalitionsvertrag einen „föderalen europäischen Bundesstaat“ an.“

Dabei habe Karlsruhe im Lissabon-Urteil von 2009 klargestellt, dass das Volk seinen Staatsorganen bisher kein Mandat erteilt habe, die „souveräne Staatlichkeit der Bundesrepublik preiszugeben“. Die Entscheidung, die Bundesrepublik in einen „europäischen Überstaat einzufügen, könne daher nicht im Routineweg der Grundgesetzänderung erfolgen, sondern nur vom deutschen Volk selbst in einer neuen Verfassung getroffen werden.“

Das EU-Parlament hatte im vergangenen Jahr bereits die Einberufung eines Verfassungskonvents beantragt. Im Ampel-Koalitionsvertrag hielten SPD, Grüne und FDP fest, dass die sogenannte Konferenz zur Zukunft Europas „in einen verfassungsgebenden Konvent münden und zur Weiterentwicklung zu einem föderalen europäischen Bundesstaat führen“, solle.

Im Juni sorgte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne), Anhängerin eines EU-Bundesstaats, für Verwunderung, weil sie sich skeptisch gegenüber einem Verfassungskonvent äußerte. Nach einigen Medienberichten darüber, unter anderem auch in WELT, stellte sie aber im „Spiegel“ klar, dass sie prinzipiell immer noch einen Konvent für eine EU-Verfassung unterstütze. „Er bleibt die Idealvorstellung für die große Reform, auch als visionärer Weg hin zu einem europäischen Bundesstaat.“



Leise EROSION

Überall fehlt Personal, es gibt in der Republik so viele unbesetzte Stellen wie nie. Hektisch sucht die Politik nach Abhilfe – doch sie hat kaum Hebel

Es war nur eine kleine Episode, nicht spektakulär oder dramatisch, und doch blieb sie dem Kölner Meinungsforscher Stephan Grünewald nach zahlreichen Tiefeninterviews besonders im Gedächtnis. Für eine Studie seines Instituts „Rheingold“ zum Thema „Mitarbeiterbindung“ hatte eine Angestellte berichtet, warum sie trotz vieler Jahre Betriebszugehörigkeit ihre Firma verließ: Ein Vorgesetzter hatte sie vor Kollegen nicht sachlich kritisiert, sondern regelrecht bloßgestellt. „Das war so beschämend, dass sie noch in diesem Moment beschloss, sich eine andere Stelle zu suchen.“

VON HANNELORE CROLLY

Noch vor wenigen Jahren hätte die Frau ihren Ärger womöglich heruntergeschluckt, ohne so folgenscher zu handeln. Doch die demografische Entwicklung, gepaart mit dem Corona-Rückzug ins Homeoffice und zu digitalen Arbeitsformen, befeuern das, was der Arbeitsmarktexperte Tobias Zimmermann vom Job-Portal Stepstone „Arbeiterlosigkeit“ nennt: „Bewerber haben am Arbeitsmarkt eindeutig die Wahl“, so Zimmermann. Und wer die Wahl zum Wechseln hat, der ist eben

schnell weg, wenn etwas übel aufstößt.

Der Frage, wie man Mitarbeiter an sich bindet oder warum man Beschäftigte verliert, hatte sich Grünewalds Institut wegen des Schocks zugewandt, den eine andere Studie im Frühjahr ausgelöst hatte. Laut einer Erhebung des Forschungsinstituts Gallup bezeichnen sich in Deutschland nämlich nur noch 17 Prozent der Beschäftigten als „engagiert“ am Arbeitsplatz und emotional an ihren Arbeitgeber gebunden. Sagenhafte 83 Prozent sind nach eigenem Bekunden nicht oder nicht mehr engagiert – und von diesen würden drei Viertel am liebsten binnen drei Jahren wechseln. Die Loyalität zum Arbeitgeber erodiere massiv, so der Befund des weltweit tätigen Gallup-Instituts. Auch die Rheingold-Studie, in Auftrag gegeben von der Unternehmensberatung Pawlik, bestätigt den Trend: „Die Erosion war noch nie so stark, die Identifikation mit Unternehmen und das Gefühl, mit ihnen verbunden zu sein, sinken massiv“, sagt Psychologe Grünewald. Laut Gallup gibt es dafür zahlreiche Gründe, unter anderem der wachsende Stress, weil wegen Spardiktats und Personalknappheit immer weniger Beschäftigte immer mehr Aufgaben stemmen müssen. Der Hauptfaktor für den Verdross allerding: schlechte Chefs. Nur ein

ganz kleiner Anteil der Arbeitnehmer erlebe am Arbeitsplatz gute Führung.

Das Problem betrifft nicht nur die Unternehmen selbst, sondern die Gesellschaft insgesamt. Wenn demnächst die Boomer-Generation in Rente geht und sich immer mehr Senioren von immer weniger Erwerbstätigen versorgen, pflegen und finanzieren lassen wollen, drohen ohnehin gewaltige Verwerfungen. Schon jetzt fehlt an allen Ecken und Enden Personal, nie gab es in der Bundesrepublik so viele unbesetzte Stelle wie in diesem Jahr. Hektisch denkt die Politik über Abhilfen nach, die schnellere Einbürgerung von Zuwanderern, mehr Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, weniger Teilzeitarbeit, die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen.

Doch den Frust über Vorgesetzte und Unternehmensführungen können politische Maßnahmen nicht oder allenfalls nur sehr mittelbar beseitigen. Unzufriedene Mitarbeiter verursachen aber höhere Fehlzeiten und Arbeitsunfälle, gefährden Kundenzufriedenheit und Vertriebsergebnisse, die Wettbewerbsfähigkeit. Volkswirtschaftlich schätzt Gallup die Kosten der Fluktuation von Mitarbeitern derzeit auf 93 bis 115 Milliarden Euro jährlich in Deutschland. Fatal ist auch, dass die Arbeit selbst immer

mehr an Stellenwert verliert. Vier von zehn Befragten würden laut Gallup heute noch aufhören zu arbeiten, wenn sie durch einen Lottogewinn genug Geld hätten – vor sechs Jahren hatten das nur 24 Prozent bejaht. Zugleich steigt offenbar die Zahl jener, die nur noch Dienst nach Vorschrift machen wollen. „Quiet quitting“ lautet das aus den USA importierte Stichwort: Die Mitarbeiter arbeiten nur noch so viel wie nötig, um nicht gefeuert zu werden. Keine Überstunden, keine Mails nach Feierabend, kein spontanes Einspringen für einen kranken Kollegen.

„Corona war auch ein Entschleunigungsvirus, es hat das Zeitempfinden und die Relevanz privater Zeitznutzung verändert“, sagt Stephan Grünewald. Vor allem die Lockdown-Phasen hätten die Wünsche vieler Menschen verstärkt, die Taktung ihres Lebens herunterzufahren und das Hamsterrad abzubauen. Viele Arbeitnehmer, Manager und Selbstständige wollten weniger arbeiten, am liebsten nur vier Tage oder halbtags, mehr Urlaub oder Sabbaticals machen. „Vor allem weniger Überstunden stehen auf der persönlichen Wunschliste“, insbesondere jüngere Leute wollten mehr Raum für Freizeit, Beziehung, Freunde oder Familie. Da aber schon jetzt die verfügbaren Arbeitskräfte, von denen viele noch Bereitschaft zur Mehrarbeit zeigen, kaum mehr die gesellschaftlichen Aufgaben bewältigen, stehen schwere Zeiten bevor.

Rheingold hat daher genauer angeschaut, welche Faktoren überhaupt zur emotionalen Bindung beitragen. Dabei schnitt neben dem Wunsch nach Flexibilität der „Werkstolz“ am wichtigsten ab: Je zwei Drittel der Arbeitnehmer wollen am Abend stolz auf ihr Tagwerk schauen können. „In einer zunehmend fragmentierten Arbeitswelt ist das ein Problem“, so Grünewald. Viele wüssten nach einem Tag voll Meetings, Online-Konferenzen und abgearbeiteten Mails nicht mehr, was sie eigentlich getan hätten. Doch Beschäftigte wollten, dass ihr eigener Beitrag zum großen Ganzen erkennbar sei. Großgeschrieben wird zudem Teambezug und Wertschätzung. Unternehmensberater Joachim Pawlik, ein früherer Fußball-Profi, hält es beispielsweise für einen großen Fehler, wenn Firmen wegen des Trends zum Homeoffice nun Büros schließen und ein Drittel der Schreibtische entsorgen. „Wer einen Mitarbeiter bei jedem Büroaufenthalt einen freien Schreibtisch suchen lässt, unterstützt das durch Corona ohnehin erzeugte Gefühl der Heimatlosigkeit noch.“

Auch Grünewald warnt: Da die Beschäftigten sich nicht mehr im automatisch im Gesichtskreis ihrer Vorgesetzten aufhielten, sei es wichtig, früh zu erkennen, wie es ihnen gehe und was sie brauchen. Die Studie zeigte zudem: Vielen Arbeitnehmern ist gar nicht bewusst, auf welche Weise die Bindung zum Unternehmen beschädigt wird. „Daher wird das Defizit auch kaum artikuliert“, so Unternehmensberater Pawlik. „Bindung erodiert leise.“ Massive „Bindungskiller“ sind unter anderem zu starke Kontrolle oder Misstrauen sowie die Angst, gesetzte, überzogene Ziele nicht erreichen zu können. Sebastian Dettmers, Chef des zu Axel Springer gehörenden Job-Portals StepStone, ist überzeugt: „Viele Unternehmen werden durch den Fachkräftemangel untergehen, weil ihnen schlicht die Mitarbeiter ausgehen.“ Wer überlebensfähig sein wolle, müsse in der Lage sein, Mitarbeiter zu finden – und zu halten.

„Auch Menschen mit Durchschnittseinkommen kommen nicht mehr zurecht“

Die Energiepreise bringen immer mehr Menschen auch aus der Mittelschicht in Nöte, warnt Pia Zander, Verbraucherberaterin mit Schwerpunkt Energie

Pia Zander ist Beraterin bei der Verbraucherzentrale im nordrhein-westfälischen Krefeld. Sie erklärt, was zu beachten ist, um ohne Finanznöte oder Stromsperrn durch den Winter zu kommen.

VON KRISTIAN FRIGELJ

WELT: Frau Zander, Sie arbeiten als Beraterin mit Schwerpunkt Energiesperren. Wie sieht Ihre Tätigkeit genau aus?

PIA ZANDER: Bei uns sagen wir, es geht ums Feuerlöschen. Wir helfen Verbraucherinnen und Verbrauchern, Gas- und Stromsperrn zu vermeiden oder die Sperrn aufzuheben. Entscheidend ist dabei, dass sie sich früh genug an uns wenden. Dann versuchen wir, eine Stundung der Forderung zu erwirken, um dann mit den Versorgern Regulierungen, wie zum Beispiel eine Ratenzahlung, zu vereinbaren. Und wenn Zeit bleibt, dann machen wir Präventionsarbeit über Vorträge oder Gruppengespräche.

Welche Kenntnisse sind für Sie wichtig als Verbraucherberaterin?

In diesem Bereich muss man sich auf jeden Fall mit dem Energierecht auskennen, ab wann dürfen Strom- und Gaszufuhr gesperrt werden, sind alle rechtlichen Schritte eingehalten worden bei Mahnungen und Sperrankündigungen. Wir müssen uns auch mit Transferleistungen auskennen, denn viele Betroffene, etwa 80 Prozent der Fälle, die sich bisher an uns gewandt haben, befinden sich im Leistungsbezug nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch SGB II. Menschen, die aus anderen Herkunftsländern stammen, ist nicht bewusst, dass sie den Strom von ihrer Grundversicherung bezahlen müssen. Auf Antrag beim Jobcenter können die Abschlagszahlungen jedoch direkt aus dem Regelsatz an den Energieversorger gezahlt werden.

Wenn die Energiepreise steigen, dann bleibt ihnen noch weniger übrig. Darüber wird in der sozialpolitischen Debatte viel zu wenig gesprochen. Es gab auch von der Arbeitsgemeinschaft

der Jobcenter einen Appell an unseren Bundesarbeitsminister, dass der Regelsatz auch unterjährig an die Energiekosten angepasst werden sollte.

Sie erwähnten Hilfesuchende aus anderen Herkunftsländern. Kommen überwiegend Migranten zu Ihnen? Nein, die Herkunft der Verbraucher ist sehr heterogen.

Wie hat sich Ihre Arbeit durch die Energiekrise verändert?

Seit der zweiten Jahreshälfte 2022 hat sich das schon gewandelt. Die Zahl der Fälle ist bei mir um etwa 20 Prozent im

Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Aktuell sind es für dieses Jahr insgesamt 180 Fälle.

Ist Krefeld da eine Ausnahme?

Nein. Einige Beratungsstellen sind zwar weniger betroffen als andere, aber von Kolleginnen und Kollegen höre ich, dass dies insgesamt ein Trend in Nordrhein-Westfalen ist. Wir gehen davon aus, dass der Beratungsbedarf nächstes Jahr zunehmen wird, wenn die Jahresrechnungen kommen.

Wer wendet sich neuerdings an Sie?

Es sind jetzt mehr Geringverdienere dabei, die bisher ohne Sozialleistungen über die Runden kamen. Sie kommen durch den stark verteuerten Spritverbrauch und die erhöhten Energieablässe nicht mehr zurecht und müssen mit Wohngeld oder Sozialleistungen aufstocken. Ganz neu ist, dass sich auch Verbraucher aus dem Mittelstand bei uns melden. Da ist eine Familie mit einem alleinverdienenden Vater, der etwa 2200 Euro netto verdient. Man kann sa-

gen, auch Menschen mit einem Durchschnittseinkommen kommen nicht mehr zurecht. Die Verbraucher, die bis jetzt irgendwie allein klargekommen sind, sind schon verzweifelt.

Wie hoch ist Ihre Erfolgsquote?

Ich würde sagen, dass ich etwa 90 bis 92 Prozent der Betroffenen helfen kann. Entscheidend ist, dass sie sich früh genug melden und dass sie die Abschlagszahlungen bisher geleistet haben. Wir haben hier in Krefeld ein sehr gut funktionierendes kommunales Netzwerk, und ich habe teilweise direkten Kontakt zum Forderungsmanagement der Energieanbieter.

Wie lange kümmern Sie sich um einen Betroffenen?

Das ist ganz unterschiedlich. Im Durchschnitt dauert es ein bis zwei Wochen. Aber ich habe auch einen Fall seit vier Monaten in den Akten. Wichtig ist, dass jemand mit allen Unterlagen kommt und auch Einblicke in die Einnahmen- und Ausgabenseite gibt. Ich mache eine

Budgetberatung und versuche dann, beim Versorger einen Aufschub der Sperrung zu erreichen. Eine Ratenzahlung über zwölf Monate ist die Regel. Bevor eine Sperrung abgewandt oder wieder aufgehoben wird, müssen erst mal die Abschlagszahlungen ausgeglichen werden.

Wie sollte man sich grundsätzlich verhalten, um in dieser Zeit über die Runden zu kommen?

Gerade in Zeiten wie in dieser Energiekrise, aber auch sonst, ist es wichtig, einen genauen Überblick über die eigene finanzielle Situation zu haben. Hier sollte man sich jeden Monat die Einnahmen und die fixen Ausgaben gegenüberstellen. Dabei bekommt man dann den Überblick, wie viel Budget im Monat noch für Lebensmittel, Drogerie-Artikel, Bekleidung und Freizeit zur Verfügung stehen. Wir raten den Verbrauchern dazu, ein Haushaltsbuch zu führen. Auch wenn dafür Zeit investiert werden muss, kann man nur so Einsparpotenziale entdecken und unnötige beziehungsweise unwichtige Ausgaben reduzieren.



Pia Zander, Beraterin bei der Verbraucherzentrale in Krefeld

PHOTO: FRIEDHELM RILZ



Der türkische Botschafter Ahmet Basar Sen (l.) spricht am Tatort mit Trauernden

„Die Welt ist jetzt vorbei“

Insgesamt Tausend Besucher sollen es sein, und es könnte durchaus stimmen. Eine wohl dreistellige Zahl Menschen drängt sich vor der schmalen Eingangstür des Alevitischen Gemeindezentrums am Rande von Ulm, auch der türkische Botschafter ist gekommen. Weil dahinter Dutzende die Treppe in den ersten Stock blockieren, wo zwischen hunderten weiteren nichts mehr vor und nichts zurückgeht. Im Hauptsaal des hellen, weißen Quader-Hauses mit den luftigen Fensterfronten dominieren schwere Luft und schwarze Kleidung. Die Gemeinde trauert um eine der ihren, die am frühen Morgen des Vortags umgebracht worden ist. Gelegentlich durchbricht ein Schreien die Stille, von der Art, wie es nur tiefe, frische Trauer hervorbringen kann.

VON FLORIAN SÄDLER

Auf dem Weg zum Schulbus trat Ece S. am Montagmorgen gegen 7.30 Uhr nach aktuellem Stand ein 27-jähriger Mann entgegen, stach unvermittelt mit einem Messer auf sie und eine Freundin ein und ging zurück in seine sich direkt daneben befindende Wohnung. Weil diese Wohnung eine Flüchtlingsunterkunft ist, weil der Mann aus Eritrea stammt, weil Ece S. mit ihm offenbar in keinerlei Verbindung stand, weil sie ein unschuldig Kind ist, weil sie später im Krankenhaus starb und ihre Freundin noch immer schwer verletzt dort liegt, ist das Drama binnen Stunden ein Politikum geworden. Gegen den Mann, der sich offenbar auch selbst schwer verletzte, wurde Haftbefehl erlassen. Über Motiv oder psychische Verfassung ist noch nichts bekannt. Die zuständigen Stellen versprechen umfassende Aufklärung.

Seit der Tat im baden-württembergischen Oberkirschberg, Ortsteil der Gemeinde Illerkirchberg bei Ulm, keinen halben Kilometer von der Grenze zu Bayern entfernt, steht Deutschland Kopf – die Rechten wegen der Nationalität des mutmaßlichen Täters, die Linken wegen der Schuldzuweisungen der Rechten und der große Rest, weil ein junger Mensch so grausam wie unvermittelt aus dem Leben gerissen wurde. Oben im Saal des Alevitischen Gemeindezentrums sagt eine Angehörige von Ece S. der bleichen Menge ins Mikrofon: „Die Welt ist jetzt vorbei.“

14 Jahre war Ece S. alt, ein allem Vernehmen nach ständig lachendes Mädchen, das seit Jahren im Verein tanzte, einen Zwillingenbruder und eine Schwester hatte. Noch am Samstag, erzählen mehrere Oberkirschberger, hätten sie S. mit ihren Eltern auf dem Ulmer Weihnachtsmarkt getroffen. Überhaupt sei die ganze Familie auch Teil der Dorffamilie gewesen – beliebt, involviert, hilfsbereit. Jetzt stehen mitten in Oberkirschberg zwischen den noch sichtbaren Markierungen der Spurensicherung dutzende Kerzen an dem Ort, an dem sie attackiert wurde. Oft im Minutentakt kommen Mitschülerinnen hier her, Familien mit verstört dreinblickenden Kindern, Freunde vom Tanzen. Drumherum stehen Polizisten, die den Tränen und dem Schluchzen über Stunden am Stück schweigend beiwohnen.

Die an dem Mädchen verübte Bluttat ist schrecklich genug. Eine zusätzliche Krise politische Brisanz bekommt der Fall dadurch, dass der Schock dieser Woche für das 5000-Einwohner-Dorf nicht

Nach dem tödlichen Messerangriff auf zwei Mädchen steht die Region um Illerkirchberg unter Schock. Zumal es dort schon einmal ein Verbrechen an einem jungen Mädchen gab

neu ist. Bereits Ende 2019 war hier eine 14-Jährige von einer Gruppe Syrer und Iraker vergewaltigt worden, teils mehrfach. Die Männer hatten das Mädchen überredet, mit ihnen in ihre Asylunterkunft zu gehen, sie dort mit Betäubungsmitteln wehrlos gemacht und sich anschließend an ihr vergangen. Der Rest Deutschlands nimmt dieses drei Jahre alte Verbrechen erst jetzt in sein kollektives Gedächtnis auf. Just, als man im sich sanft zwischen Hügel und Wälder schmiegenden Dorf gerade das Gefühl hatte, darüber hinweggekommen zu sein.

Der damalige Fall hatte sich in einer anderen Unterkunft zugetragen, das Gebäude wurde, wohl auf Betreiben des Eigentümers, kurz nach der Tat abgerissen. So macht man das hier auf dem Dorf, sagen dessen Bewohner. Nun hat der überwunden geglaubte Schrecken den Ort auf grausame Weise eingeholt, noch brutaler, noch verstörender.

Abseits aller Tragik passiert der Fall zur Unzeit. Denn die Ankunftsahlen in Deutschland steigen schon seit Längerem wieder – die Akzeptanz der Aufnahme fremder Menschen droht nach Verbrechen wie diesen zu bröckeln. Auch der Alb-Donau-Kreis sucht gerade händelnd nach Unterkünften für geflüchtete Menschen. Die rund 1200 verfügbaren Plätze waren laut „SWR“ schon im September nahezu voll, in einzelnen Ortschaften ist man bereits wieder dazu übergegangen, Mehrzweckhallen umzufunktionieren und Wohncontainer aufzustellen. Laut Lokalpresse „brodelt“ es daher ohnehin in der Gegend. Einem Ortsvorsteher zufolge seien einige designierte Nachbarn geplanter Unterkünfte in seinem Büro in Tränen ausgebrochen.

Zu einer Ortschaftsratssitzung im wenige Kilometer entfernten Gögglingen-Donaustetten, bei der es um die Unterbringung von Flüchtlingen gehen sollte, musste im November laut „Südwestpresse“ die Polizei anrücken. Es waren deutlich mehr Teilnehmer aufgetaucht als erwartet, einige von ihnen weigerten sich, zu gehen. Im Nachgang der Bluttat von Oberkirschberg sagte die Stadt Ulm nun zunächst jede dieser anstehenden Sitzungen ab. Es scheint, dass auch hier die zuständigen Behörden kalt erwisch wurden – von der Zahl der Flüchtlinge, aber auch vom Unmut in den Gemeinden.

Auch in Oberkirschberg gibt es Beschwerden. Die Kommunikation zu den Details der Lage sei unzureichend, heißt es dort. Vor einigen Jahren lehnte es das Land zweimal ab, die 50-Prozent-Stelle einer Integrationsbeauftragten zur Hälfte zu finanzieren. Aus Stuttgart sei eine „Standard-Absage“ gekommen, das

sei „enttäuschend“ gewesen, weil die Betreuung der Menschen eben enormen Aufwand bedeute, wird der damalige Hauptamtsleiter von einer lokalen Zeitung zitiert. Die Gemeinde finanzierte die Stelle dann selbst. Unterstützung aber sieht wohl anders aus.

Dennoch war das Dorf lange eine Art Idyll. Offenbar hat sich hier bislang kaum jemals jemand unsicher gefühlt. „Hier gab es in den vergangenen Jahren zwei große Verbrechen. Und beide Male waren es Flüchtlinge“, sagt ein Mann, dessen Kinder im Dorf aufwachsen. Er weiß, wie das rüberkommen kann, was er gesagt hat. Man merkt ihm die Verunsicherung an. Und nicht nur ihm – zumindest, wenn es um die Unterkunft geht, vor der Ece S. niedergestochen wurde. Es ist ein heruntergekommenes Haus mit teils kaputten Fenstern, marode wirkenden Türen. Ein Müllsack liegt in einer Art Vorgarten, auf dem Dach hängen Bälle an einem Schneefanggitter fest. Die Flüchtlinge sind im Ort dezentral untergebracht, nur einige wenige leben in diesem Haus. Markus Häußler, der parteilose Bürgermeister, sagte zu der Unterkunft gegenüber Medien: „Es herrschte dort eine gute soziale Kontrolle.“

In der Nachbarschaft sieht man das anders. Die Männer dort seien nie Teil der Gemeinschaft geworden. Eine Anwohnerin erzählt, die Bewohner hätten ihrer kleinen Tochter hinterhergepfiffen. Weitere Mütter sagen im Grunde das gleiche – die dort lebenden Männer seien als „Gaffer“ bekannt gewesen, man sei irgendwann nur noch mit abgewandten Blick so schnell wie möglich vorbeigelaufen und hätte die Sprüche ignoriert, die einem hinterhergerufen worden seien. Nachbarn berichten von gelegentlichem Chaos samt Polizeieinsätzen, davon, dass die Männer „ständig nur draußen gesessen und gekifft“ hätten.

Nun haben die Bewohner der Unterkunft offenbar auch häufig gewechselt, vermutlich verdichten sich die Beschwerden nicht auf die zuletzt dort lebenden Männer samt des mutmaßlichen Täters. Auch ist den meisten Anwohnern wichtig zu betonen, dass sie die Aufnahme von Flüchtlingen grundsätzlich richtig fänden. Klar ist aber: Dieses Haus und seine Bewohner waren in der Nachbarschaft unbeliebt.

Dass das Gebäude weiterhin als Unterkunft genutzt wird, kann sich kaum jemand vorstellen. Was bleibt, ist ein Dorf unter Schock. Weil ein junges Mädchen tot ist, ein weiteres schwer verletzt und wohl auch traumatisiert. Und weil der Tatort zwar eine schwer einsehbare Gasse ist, aber kein zwielichtiger Hinterhof. Sie verbindet eine Grundschule, einen Spielplatz, einen Kindergarten und eine Bushaltestelle – eine kleine Hauptverkehrsader für Fußgänger. Weil die eigenen Kinder im Zweifel auch ständig diesen Weg genommen haben und weil die Behörden keine Anhaltspunkte dafür haben, dass Angreifer und Opfer sich gekannt haben, dämmert den Oberkirschberger Eltern in den Stunden nach der Tat, dass es womöglich auch ihre Kinder hätte treffen können. „Ich hatte völlig vergessen, dass meine Tochter seit Samstag krank zu Hause lag“, sagt ein Vater, der mit seiner Familie Blumen am Tatort niederlegen will, über den Montagmorgen. Er sei wie im Tunnel gewesen. Erst einige hektische Minuten später sei ihm

eingefallen, dass seine Tochter natürlich außer Gefahr sei.

Die Tochter wiederum erzählt, sie sei mit Ece S. befreundet gewesen, schon seit dem Kindergarten. Auch mit dem anderen angegriffenen Mädchen. Als sie am Montag hörte, was passiert war, habe sie „so ein Gefühl gehabt, dass es die beiden getroffen hat“. Das Alter, der Schulweg, alles habe zu den zunächst verfügbaren Informationen gepasst. Ein anderer Freund habe heute, einen Tag später, ganz normal den sonst troppenvollen Bus zur Schule genommen. „Er saß ganz alleine darin“, sagt sie. Ihre Mutter ergänzt, was hier an diesem Tag viele sagen: So schnell werden sie ihre Kinder nicht mehr alleine vor die Tür lassen. Vielleicht hat Oberkirschberg im zweiten Drama seine Leichtigkeit verloren.

Demokraten bauen ihre Mehrheit im US-Senat aus

Republikanischer Kandidat Walker unterliegt

Knapp einen Monat nach den Kongresswahlen in den USA ist es der Demokratischen Partei von Präsident Joe Biden gelungen, ihre Mehrheit im Senat auszubauen. In einer Stichwahl um den letzten offenen Sitz in der Parlamentskammer setzte sich im Bundesstaat Georgia der demokratische Senator Raphael Warnock gegen seinen republikanischen Herausforderer Herschel Walker durch. Für Biden bedeutet das ebenfalls einen Erfolg. Dessen abgewählter Vorgänger Donald Trump von den Republikanern, der 2024 zurück ins Amt will, musste hingegen erneut eine Schlappe einstecken.

In Georgia standen sich Amtsinhaber Warnock (53), ein schwarzer Pastor, und der ebenfalls schwarze einstige Football-Star Walker (60) gegenüber. Im ersten Anlauf Anfang November blieben beide knapp unter 50 Prozent. Nach dem Wahlergebn wurde damit eine Stichwahl nötig. Wegen der herausragenden Bedeutung für das Machtgefüge im Senat schalteten sich namhafte Politiker beider Parteien in den Wahlkampf ein. Warnock wurde von Ex-Präsident Barack Obama unterstützt, Walker von Trump. Der wiedergewählte Senator sagte nach seinem Erfolg am Dienstagabend: „Nach einem hart geführten Wahlkampf ist es mir eine Ehre, die vier mächtigsten Worte auszusprechen, die es in einer Demokratie zu sagen gibt: Das Volk hat gesprochen.“ Im Unterschied zu Ex-Präsident Trump, der bis heute ohne jeden Beweis von Wahlbetrug fabuliert, gestand Walker seine Niederlage ein.

Die Demokraten hatten sich bei den sogenannten Midterms im November bereits 50 der 100 Sitze im Senat gesichert – und damit abermals die Kontrolle in der wichtigen Kongresskammer. Das liegt daran, dass die demokratische US-Vizepräsidentin Kamala Harris – zugleich Präsidentin des Senats – in einer Pattsituation mit abstimmen darf. Nun haben die Demokraten in der Kammer 51 Sitze – eine etwas komfort-

ablere Mehrheit. Die erste Hälfte von Bidens Amtszeit hat gezeigt, wie wichtig ein 51. Sitz sein kann. Insbesondere zwei Senatoren aus den eigenen Reihen machten Biden in den ersten beiden Jahren das Leben schwer und blockierten mehrere seiner politischen Vorhaben. Vor allem der Demokrat Joe Manchin stellte sich immer wieder quer. Mit dem 51. Sitz sind die Demokraten zumindest von Manchin alleine nicht mehr auszubremsen.

Biden zeigte sich sehr erfreut. „Heute Abend haben die Wähler in Georgia für unsere Demokratie eingetreten“, schrieb er auf Twitter. Der amtierende Präsident ließ sich im Wahlkampf vor der Stichwahl nicht in Georgia blicken – mit seinen geringen Beliebtheitswerten wäre ein Auftritt für Warnock wohl eher politischer Ballast gewesen. Stattdessen kam der beliebte Ex-Präsident Obama nach Georgia. Dort im Süden ist der Anteil schwarzer Wähler höher als in vielen anderen Bundesstaaten.

Der Wahlkampf hatte aber auch sonst viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Walker geriet durch Anschuldigungen zweier Frauen unter Druck, die ihm vorwarfen, sie nach Affären zu Abtreibungen gedrängt zu haben. Pikant war dies auch, weil Walker als strikter Abtreibungsgegner antrat. Er wies die Vorwürfe zurück. Der Republikaner erhielt kurz vor der Wahl noch einmal Unterstützung von Trump. Allerdings sah auch Trump vor der Stichwahl von einem gemeinsamen Wahlkampfauftritt ab. Er hatte vor drei Wochen verkündet, dass er 2024 erneut als Präsidentschaftskandidat der Republikaner ins Rennen gehen will. Nachdem sein Einfluss in der Partei bereits abgenommen hat, ist eine weitere Schlappe eines von ihm unterstützten Kandidaten besonders bitter für ihn. Generell hatten die Demokraten bei der Kongresswahl unerwartet gut abgeschnitten. Ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus verloren sie zwar, allerdings knapper als weithin erwartet.

dpa

ANZEIGE

Vom Lehrling. Zum Meister. Zum Mentor. Gemacht für was Großes.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz



Unsere Fachkräfte geben ihre Erfahrungen im Beruf an die nächste Generation weiter. Auch das macht die Ausbildung in unseren Unternehmen so stark. Jetzt mehr erfahren auf [bmwk.de/fachkraefte-land](https://www.bmwk.de/fachkraefte-land)

Iraner setzen Proteste gegen das Regime fort

Präsident Raisi zeigte sich bei einer Rede kämpferisch

Zahlreiche Ladenbesitzer im Iran haben am dritten Tag in Folge ihre Geschäfte aus Protest nicht geöffnet. Das berichteten unter anderem Bewohner der Provinz Kurdistan am Mittwoch. Der Staat hat in der Region schon ein massives Aufgebot von Sicherheitskräften zusammengezogen. Auch gepanzerte Fahrzeuge sollen in den Kasernen stationiert worden sein. In der Hauptstadt Teheran berichteten Augenzeugen aus Sorge vor Ausschreitungen von einer angespannten Lage.

Für Verwirrung sorgte eine Erdbebenwarnung am Nachmittag. Die mutmaßlich durch einen Hackerangriff ausgelöste Warnung forderte alle Empfänger auf, ihre Häuser zu verlassen. Von Behörden wurde später ein Hackerangriff dementiert, es soll sich um einen fehlgeschlagenen Warnetest gehandelt haben. Präsident Ebrahim Raisi zeigte sich bei einem Treffen mit systemtreuen Studenten kämpferisch. Er erneuerte seine Behauptung, dass die USA die Proteste anheizten und den Iran zerstören wollten. Beobachter sehen darin jedoch ein Manöver, um von den eigentlichen Ursachen der Proteste abzulenken.

Am Dienstag war Irans Staatsoberhaupt Ajatollah Ali Chamenei mit dem Obersten Rat der Kulturrevolution zusammengelassen. Bei dem Treffen mit Raisi, Parlamentspräsident Bagher Ghalibaf und Justizchef Gholam-Husein Mohseni-Edschi soll es Berichten zufolge um eine mögliche Entscheidung über die Zukunft der Sittenpolizei gegangen sein. Nach Einschätzung von Experten könnte der Kopftuchzwang auch bei einer Abschaffung der berechtigten Einheit weiter verfolgt werden, etwa durch Videoüberwachung. dpa

Plötzlich steht der Außenminister vor der offenen Tür des „Ambassadors' Waiting Room“, dem Wartezimmer für Diplomaten im Foreign Office. „Guten Tag! Wie geht's?“, sagt James Cleverly auf Deutsch und führt in sein prächtiges Büro mit Blick auf den St. James's Park. Der 53-Jährige wurde von Ex-Premier Liz Truss Anfang September zum Außenminister ernannt. Rishi Sunak beließ ihn auf dem Posten. Am Freitag trifft Cleverly seine deutsche Amtskollegin Annalena Baerbock (Grüne) zur jährlichen Königswinter-Konferenz, dieses Mal in London. Eine Institution der deutsch-britischen Beziehungen, die 1950 als „Deutsch-Englische Gespräche“ ihren Anfang nahm.

VON STEFANIE BOLZEN
AUS LONDON

WELT: Herr Minister, viele in Deutschland betrauern immer noch, das Vereinigte Königreich als EU-Partner verloren zu haben. Teilen Sie diese Trauer?

JAMES CLEVERLY: Aber wir Briten sind doch immer noch da! Keine zwei Flugstunden selbst vom südlichsten Ende Deutschlands entfernt. In gewisser Weise freut es mich zu hören, dass die Deutschen uns zurück wollten. Besser als wenn sie sagten: Hättet Ihr nicht früher gehen können! Sicher hätte ich mir die aktuelle Lage nie gewünscht – aber Russlands Invasion der Ukraine beweist die engen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Was die vergangenen neun Monate gezeigt haben ist, dass wir sehr eng zusammenarbeiten können, auch ohne EU-Strukturen.

Ihre Regierung will demnächst eine Konferenz der Europäischen Politischen Gemeinschaft ausrichten, eine Initiative von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. London nimmt auch an einem EU-Militärprogramm teil. Kehren Sie schrittweise zurück nach Brüssel?

Wir werden nicht in die EU zurückkommen. Unsere Beziehung zu anderen europäischen Ländern wird aber immer



James Cleverly im Interview mit WELT-Korrespondentin Stefanie Bolzen

„Wir sind noch da“

Der britische Außenminister spricht über das neue Verhältnis zur EU nach dem Brexit, lobt die deutsche Zeitenwende – und Baerbock

pragmatisch sein, geleitet von gegenseitigen Interessen. Sei es die Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen Russland zu unterstützen, sei es die Kooperation bei Sanktionen gegen russische Oligarchen oder Russland aus dem Swift-Bankensystem zu werfen. Oder auch in Hinblick auf Horizon (das EU-Forschungsprogramm, von dem Großbritannien seit dem Brexit ausgeschlossen ist, d. Red.). Das schauen wir uns derzeit genau an, es gibt keinen Grund, warum wir da nicht vorankommen sollten.

Der zähe Streit um das Nordirland-Protokoll findet kein Ende. Die deutsche Ampel-Koalition hat dessen volle Umsetzung sogar in ihren Koalitionsvertrag geschrieben. Warum sollte Ihre deutsche Amtskollegin davon abrücken?

Weil es mitunter einen subtilen Unterschied gibt zwischen dem, was Leute sagen, und was sie wollen. Ich denke, Deutschland will den durch das Karfreitagsabkommen hart errungenen Frieden sichern. Genau wie es die Integrität des EU-Binnenmarkts sichern will und eine regelbasierte, aber vor allem gegenseitig nützliche Handelsbeziehungen zwischen der EU und unserem Land. Im deutschen Koalitionsvertrag dient der Punkt zum Nordirland-Protokoll meiner Ansicht nach stellvertretend für all diese Ziele. Aber womöglich kann ich einen Weg aufzeigen, wie wir das Karfreitagsabkommen und den EU-Binnenmarkt auf praktische und weniger puristische, theoretische Weise schützen. Muss das unbedingt durch das Instrument des Nordirland-Protokolls in seiner jetzigen Form

sein? Das Perfekte sollte nicht Feind des Guten sein.

Im April jährt sich das Karfreitagsabkommen zum 25. Mal. Gibt es bis dahin eine Einigung?

Ich hoffe auf eine Einigung so schnell wie möglich. Aber wir müssen auch unseren eigenen Binnenmarkt schützen. Nordirland ist so sehr Teil des Vereinigten Königreichs wie mein Wahlkreis Nord-Essex. Das Karfreitagsabkommen schützt nicht nur die Nord-Süd-Beziehungen zwischen Nordirland und Irland. Sondern auch die von Osten nach Westen über die Irische See. Manche unserer EU-Freunde vergessen das bisweilen.

Berlin stellt bald die erste Nationale Sicherheitsstrategie vor. Sie soll Partnerschaften mit Ländern, die nicht al-

le unsere westlichen Werte teilen, nicht ausschließen und sich auch nicht gegen Russland richten. Teilen Sie diese deutsche Realpolitik?

Was international weniger beachtet wurde als ich erwartet hatte, ist die Bedeutung der Zeitenwende. Ein riesiger Wandel der deutschen Außenpolitik seit dem 24. Februar. Ich war einige Wochen vor Beginn des russischen Angriffs in Berlin. Was ich dort vernahm war: Wir sollten vorsichtig sein, Russland nicht zu provozieren. Man erklärte mir, Deutschland habe über Jahrzehnte versucht, Russland ins westeuropäische Bezugssystem zu bringen. Dass dies herausfordernd sei, aber die Investition wert. Und jetzt sehen wir diesen Wandel in Deutschland, der enorm mutig ist. Es ist schwierig für einen Politiker zuzugeben, dass sein Handeln falsch war und ein andere Weg gegangen werden muss. Die britische Regierung will dabei unterstützen. Wann immer ich mit Annalena (Baerbock, d. Red.) gesprochen habe, dann habe ich sie als umsichtig wahrgenommen in Hinblick auf die Welt, wie sie ist – nicht wie wir sie gern hätten.

Was bedeutet das für Sie in Bezug auf Russland?

Es ist wichtig, dass wir uns einerseits ganz klar gegen das stellen, was Wladimir Putin tut, was sein Militär tut. Aber das bedeutet nicht, generell anti-russisch zu sein. Wir müssen uns gegen Moskaus Desinformation über die angebliche Russophobie des Westens stellen. Daher ist es legitim, zwischen dem Handeln des Kremls und des Militärs auf der einen Seite und der breiten russischen Bevölkerung zu unterscheiden. Übrigens hätte ich generell nicht unbedingt erwartet, dass ein zutiefst konservativer Außenminister wie ich so oft mit einer grünen Amtskollegin einer Meinung ist!

Sie waren stets ein wichtiger Unterstützer von Boris Johnson. Würden Sie den Ex-Premier in Zukunft erneut als Parteichef unterstützen?

Wir haben einen fantastischen Premierminister. Wir brauchen jetzt für lange Zeit keinen neuen Premier mehr.

ANZEIGE



Jetzt
im Handel

Das Jahr der Zeitenwende

Ukrainekrieg, Energiekrise und Proteste in Iran – was die Welt 2022 bewegt hat.

Eine Sonderausgabe zu den großen Ereignissen dieses Jahres.

ESSAY

Das Ausmaß der heutigen Clankriminalität ist die Folge falscher Migrations- und Integrationspolitik. Eine Duldung folgt der nächsten, teilweise über Generationen hinweg erfolgt keine Entscheidung über den Aufenthalt. Damit bleibt vielen Menschen das Zugangsrecht zu Sprach- und Integrationskursen, Bildung, eine Arbeitserlaubnis und die Möglichkeit, sich eine Existenz aus eigener Kraft aufzubauen, verwehrt. In Kombination mit Personen, die in patriarchalischen Strukturen denken, sozialisiert sind in einer Kultur, die den Rechtsstaat verachtet und als schwach empfindet, entsteht daraus eine Parallelwelt, die nach anderen Regeln spielt.

Drogenhandel, Schutzgeldern, offene Drohungen, Schießereien, Morde und die allgemeine Verachtung des Staates sind keine Phänomene aus Hollywood-Blockbustern oder Netflix-Serien, sondern Alltag in bestimmten Bezirken in Berlin, Bremen und NRW. Kriminellen Organisationen, in diesem Fall Clans, die in Familienstrukturen arbeiten, ist es gelungen, die Herrschaft über die Straße zu übernehmen. Sie verbreiten Angst und Schrecken unter den Bewohnern. Noch schlimmer ist jedoch, dass die Clans für Gruppen von Jugendlichen zu Vorbildern geworden sind. Das schnelle Geld, die Luxusautos und die Verkörperung eines vermeintlich starken Männlichkeitsbildes wirken primär auf unsichere, perspektivlose und abhängige Jugendliche wie ein Magnet.

Ein kleiner Raum im Kellergeschoss eines Gefängnisses irgendwo in Deutschland. Durch vergitterte Fenster kann man den verschneiten Hof sehen. Der kleine Raum ist ein Klassenzimmer. An der Tafel stehen noch Matheaufgaben vom Vortag, die keiner weggewischt hat. Heute aber geht es um Wertevermittlung, um Biografiearbeit, um Emotionen, um den Versuch der Resozialisierung. Heute bin ich mit drei Kollegen hier, um mit 20 Gefangenen drei Stunden lang einen Workshop durchzuführen. Es werden keine leichten drei Stunden – für keinen von uns.

Wir möchten aufklären, reden, die Möglichkeit geben, mündiger zu werden und die Zeit im Gefängnis für einen neuen Start zu nutzen – nicht im Sinne von Radikalisierung, sondern im Sinne von Aufklärung und Demokratie. Meine Kollegen und ich wollen erreichen, dass die Insassen ihre Einstellungen und Meinungen hinterfragen und im besten Fall neu bewerten. Wir wollen dabei Denkanstöße geben und vor allem auch Alternativen aufzeigen. Und so sitzen heute Gefangene im Alter zwischen 16 und 60 Jahren mit uns im Klassenzimmer. Alle tragen schwarze Schuhe, dunkelblaue Hosen, blaue Pullis und weiße oder kakifarbene Parkas. Die Männer haben fast nichts gemein, außer ihrer Kleidung. Sie haben libysche Wurzeln oder afghanische, serbische oder marokkanische, deutsche, irakische, türkische, tschechische oder irische. Viele von ihnen sind Soldaten, erwischt beim Raubüberfall, bei der Einschüchterung von Mitgliedern anderer krimineller Organisationen, die meisten aber sitzen wegen unerlaubtem Handel mit Betäubungsmitteln.

Über die Hintermänner redet keiner, die Angst vor den Clans ist größer als die Angst vor der Gefängnisstrafe. Viele von ihnen sind „reingerutscht“, um schnelles Geld zu machen, besonders weil viele von ihnen unter enormem Druck stehen, ihre Familien im Heimatland endlich finanziell zu unterstützen. Deren Erwartungen sind hoch, schließlich leben sie jetzt

Verloren in der politischen Korrektheit

Die heutige Clankriminalität in Deutschland ist die Folge falscher Integrationspolitik. Über Jahrzehnte hinweg haben wir Migranten den Zugang zur Gesellschaft verweigert. Die Folgen sind verheerend

AHMAD MANSOUR



in Europa, wo Geld ja quasi auf der Straße liegt. Ich habe in den vergangenen Jahren Tausende getroffen, die an genau diesen Erwartungen zerbrochen sind. Für die Clans ein idealer Pool an nachwachsenden billigen Arbeitskräften für deren Vertrieb auf der Straße.

Lassen Sie mich klarstellen: Natürlich darf niemand unter Generalverdacht gestellt werden. Nicht jede Person, die einen Familiennamen wie Al-Zein, Abou-Chaker, Miri, Omeirat, Remo oder Chahrouh trägt, ist kriminell. Die Bezeichnung „Clankriminalität“ ist dennoch richtig und beschreibt am besten die Struktur innerhalb solcher Organisationen. Es sind im Kern Familien, und dies macht einen Teil ihres Erfolgs aus. Die Familie hat die absolute Loyalität. Das Familienoberhaupt ist zumeist auch der Boss dieser Organisationen. Auch der kulturelle Hintergrund spielt bei der Entstehung und Erhaltung solcher Clans eine entscheidende Rolle. Die patriarchalischen Strukturen, die propagierten Werte müssen erwähnt werden. Ohne diese Aspekte wären die Überlebenschancen einer solchen Organisation erheblich geringer.

Zudem ist die kollektive Verachtung des Staates bedeutsam für die kriminellen Machenschaften. Bei manchen werden Deutschland und dessen Werte als unmoralisch, unmuslimisch und verachtenswert angesehen. Den Staat zu erpressen oder zu bestehlen, gilt deshalb als legitim. Auch wird die Polizei allgemein als schwach und inkonsequent gesehen. Der Ursprung dieser Perspektive liegt zumeist in den Heimatländern, wo häufig ein Polizeistaat herrscht, dessen Ordnungshüter viel massiver reagieren. So wird Deutschland als schwach empfunden, weil es als Demokratie sehr großen Wert darauflegt, alle Menschen gerecht und gleichberechtigt zu behandeln. Denn in patriarchalischen Strukturen gewinnt der Mächtigere, nicht der Gerechtere.

Was passiert also mit Menschen, die aus Staaten kommen, in denen die Polizei autoritär auftritt und Gewalt dazu benutzt, den Bürgern

Angst zu machen? Staaten, in denen die Polizei jeden verhaften kann, ohne es begründen zu müssen, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden? Wie reagieren diese Menschen, wenn sie plötzlich in ein Land wie Deutschland kommen, das demokratisch funktioniert, in dem Menschen auch eine zweite und dritte Chance bekommen?

Wer die Chancen, die er bekommt, dann nicht im Sinne einer Chance versteht, sich zu verändern, sondern als Chance, so weiterzumachen wie bisher, wer dieses Land verachtet, schwach findet oder für moralisch minderwertig hält, dem wird es unmöglich sein, sich in eine Demokratie zu integrieren.

Die Lösung für dieses Problem ist sicher nicht, dass wir Polizisten mit Schlagstöcken auf die Straße schicken, damit sie ihre Autorität zurückholen. Diese Gesellschaft hat zu lange dafür gekämpft, genau solche Zustände abzuschaffen. Ich möchte als Bürger einer Demokratie in der Lage sein, mit Polizisten zu diskutieren, ihnen meinen Standpunkt zu schildern und sie im Zweifelsfall auch anklagen können, wenn sie ihren Dienst nicht rechtmäßig ausüben. Doch gleichzeitig benötigen Polizisten auch mehr Rückhalt in der Politik, der Gesellschaft und vor allem in der Justiz und mehr Unterstützung – insbesondere personell. Denn hier liegt ein weiterer Knackpunkt: In Deutschland müssen Polizisten für jede Kleinigkeit, die sie tun, einen Bericht schreiben und sich vor ihren Vorgesetzten und anderen Stellen rechtfertigen. Da ist es kein Wunder, dass Polizisten bei allem, was sie tun, immer diese Gedanken in sich tragen:

„Was passiert, wenn ich nicht alles richtig gemacht habe? Was ist, wenn ich eine Anzeige bekomme, obwohl ich alles richtig gemacht habe? Was ist, wenn ich, weil ich ein Verfahren am Hals habe, keine Beförderung bekomme oder suspendiert werde?“ Eigentlich reicht es, einem Polizisten Rassismus vorzuwerfen, um alle nervös zu machen. Wenn Polizisten Beleidigungen gegen sich als Teil ihrer Arbeit wahr-

nehmen und das nicht einmal irgendwo melden, weil sie denken, sie bekommen ohnehin keine Unterstützung, dann ist da eine gewaltige Schiefelage. Das in Kombination mit andauernder Unterbesetzung führt zu falscher Zurückhaltung und Frust.

Für die Verbesserung der Situation brauchen wir also Polizisten, Staatsanwälte und Richter – und zwar von allen viel mehr. Die meisten Intensivtäter können Dutzende von Straftaten begehen, bis sie überhaupt einmal belangt werden. Viele Polizisten erzählen mir, dass sie Menschen verhaften, die ihnen ins Gesicht grinsen und sagen: „Wir sehen uns hier morgen wieder.“ Verhaftungen und Anzeigen müssen Konsequenzen mit sich bringen – und zwar nicht für die Polizisten. Diejenigen, die in dieses Land kommen und kriminell werden, benötigen ganz klare Botschaften von der Gesellschaft. Man darf Gewalt und Kriminalität nicht immer mit einer Traumatisierung durch Flucht – die es zweifelslos gibt – rechtfertigen. Das ist der falsche Weg.

Es muss sich lohnen, gar nicht erst kriminell zu werden – oder es nicht mehr zu sein. Dafür brauchen wir drei Dinge: 1. eine Nulltoleranzstrategie. Wer Mist baut, muss dafür geradestehen, und zwar vom ersten Moment an. 2. Schnelle und konsequente Entscheidungen über eine Aufenthaltserlaubnis. Und 3. Vorbilder, die Alternativen aufzeigen, die die jungen Menschen ernst nehmen und mit ihnen individuell auf Augenhöhe arbeiten können.

Doch unter bestimmten Gruppen von politischen Aktivisten, vorwiegend im linken Spektrum, werden die Interventionen der Polizei und die öffentliche Debatte über den Umgang mit Clankriminalität als rassistisch bezeichnet. Warum? Weil die Täter in diesen Fällen nicht Thomas oder Jan heißen, sondern Ahmad und Ali. Sie sind Mitglieder einer Minderheit, die es in dieser woken, linken Ideologie vor der deutschen Dominanzkultur zu schützen gilt. Schnell ist von Generalverdacht, rassistischen Zuordnungen und Polizeigewalt die Rede. Statt neue Wege zu suchen, diese Art von Kriminalität zu bekämpfen, verlieren wir uns erneut in Debatten über die richtige und politische korrekte Bezeichnung und Begrifflichkeit. Dass jeden Tag vor allem Angehörige von Minderheiten Opfer dieser kriminellen Machenschaften werden, ignoriert die Antirassismus-Blase komplett. Mehr noch, das Desinteresse an den Zuständen in Berlin-Neukölln, Bremen oder Essen wird sogar als Ausdruck von moralischem Handeln und Differenziertheit wahrgenommen.

Nur wer in der Lage ist, ideologiefrei, differenziert und sachlich Ursachen zu benennen, kann eine wirkungsvolle Antwort auf diese Art von Kriminalität finden. Wer den Kampf gegen Clankriminalität nutzt, um Araber, Kurden oder andere Migranten zu verunglimpfen, ist genauso problematisch wie diejenigen, die die reine Thematisierung des Phänomens als rassistisch abstempeln. Beide Gruppen sind darauf fixiert, ihre ideologischen Einstellungen zu bestätigen, und sie vergessen darüber die Opfer, die ein legitimes Bedürfnis haben, in Sicherheit zu leben. Währenddessen wird die Clanchefs angesichts der Debatte wahrscheinlich vor Lachen kaum halten können.

Ohne eine nachhaltige Strategie zur Bekämpfung dieser kriminellen Clans werden wir bald neue Qualitäten erleben – mit verheerenden gesamtgesellschaftlichen Folgen.

Der Autor ist Psychologe und Islamismus-Experte. Soeben ist sein neues Buch erschienen: „Operation Allah. Wie der politische Islam unsere Demokratie unterwandern will“ (S. Fischer).

KOMMENTAR

Marshall-Plan für Russland



FELIX EICK

Der Westen unterstützt die Ukraine. Er schickt Waffen, Decken und Medikamente, Essen. Wie der Ukraine Support Tracker des Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) vom Mittwoch belegt, haben die USA und Europa rund 90 Milliarden Euro Hilfe – inklusive Waffen – geschickt. Die Europäische Union (EU) bereitet gerade das nächste Paket über 18 Milliarden Euro Finanzhilfen vor. Auch zum Wiederaufbau der Ukraine fand bereits eine Geberkonferenz der G-7-Länder statt. Westliches Geld ist richtig und lebenswichtig für die Ukraine und ihre Bevölkerung. Es muss auch künftig fließen, denn es ist elementar für den Frieden in Europa und der Welt.

Das ist die Kategorie, in der wir denken müssen. Und genau deshalb brauchen wir auch einen Rettungsplan für Russland – für den Aggressor und Feind.

Niemand weiß, wie schnell Putin, der Kopf allen Übels, verschwindet. Das unabhängige und mutige Medienportal Meduza erfuhr vor einer Woche von einer Umfrage des Kreml, die für den internen Gebrauch bestimmt war. Demnach ist gerade einmal noch ein Viertel der Bevölkerung für die Fortsetzung des Ukraine-Krieges. 57 Prozent sprechen sich für Verhandlungen mit der Ukraine aus. Die Zahlen haben sich binnen sechs Monaten ziemlich genau umgekehrt. Das ist ein Desaster für Putin, dessen Macht mit dem Krieg steht und fällt.

Sein Land und damit seine Macht degenerieren, einiges erinnert an das Afghanistan-Waterloo der Sowjets. Wie und wann es mit ihm endet wird, weiß keiner. Genau deshalb muss der Westen vorbereitet sein. Kurz: Wir brauchen einen Marshall-Plan für Russland, nachdem Putin weg ist. Und Deutschland als Profiteur des originären Marshall-Plans sollte der Advokat einer Neuaufgabe für den heutigen Weltfeind Nummer 1 sein.

So skrupellos und menschenfeindlich Putin ist: Hitlers Gräueltaten hätten die Welt das deutsche Volk erst recht hassen lassen müssen. Doch die Bundesrepublik erfuhr größtmögliche Hilfe, vor allem von den Amerikanern. Auch wir müssen großzügig und klug sein. Für den Fall eines Umsturzes, einer Kapitulation, eines Staatsbankrotts, eines sinnvollen Verhandlungsangebots muss der Westen einem Putin-Nachfolger direkt ein attraktives Angebot machen können.

Wenn der Krieg vorbei ist, wird Russland eine Art Entwicklungsland sein, das trotz Rohstoffen nur mit Hilfe von außen in die Weltgemeinschaft integriert werden kann. Dafür müssen wir uns schon jetzt in Stellung bringen. Für den langfristigen Frieden in Europa und der Welt sollte uns kein Preis zu hoch sein.

felix.eick@welt.de

LESERBRIEFE

Die Stunde der Schiene

Zu: „Agora fordert das Ende der Schonfrist für Autofahrer“ vom 5. Dezember

Wieder versäumt die Bundesregierung die notwendige Mobilitätswende. Der neue Bundesverkehrsminister setzt die Linie seiner Vorgänger fort: Auch er fordert einen stärkeren Ausbau der Straßen. Der aktuelle Bundesverkehrswegeplan lässt eine Wende in der Mobilitätspolitik nicht erkennen. Da ist es hilfreich, dass ein starker Interessenverband vernehmlich fordert, was Verkehrsexperten seit Jahrzehnten erfolglos anmahnen: Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Die Verlagerung ist ein Gebot der Vernunft: Die Schiene ist leistungsfähiger, umweltschonender, betriebssicherer und schneller. Gerade heute, da das Maß der Umweltentlastung entscheidend für die Systemwahl sein muss. Eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene entlastet zudem die vorhandenen Straßen, verringert Staus und Unfälle.

HANS LAFRENZ, WELT COMMUNITY

GASTKOMMENTAR

Das erstaunliche Comeback des Wörtchens „bürgerlich“

Erinnern Sie sich noch an die Zeit, als „bürgerlich“ zum Schimpfwort wurde? Von den „bürgerlichen Parteien“ bis zu „bürgerlicher“ Wissenschaft, Kunst und Literatur avancierte das Beiwort zum Unwort im Protest-Tsunami von 1968, der bekanntlich an den Universitäten begann. Nicht nur das Ideal wertfreier Objektivität in Lehre und Forschung, nach dem wir uns heute zurücksehnen, wurde radikal infrage gestellt, auch Philosophie, Jurisprudenz und Medizin, Sexualität und Familie. Und der pluralistische Konsens demokratischer Parteien zerbrach unter der Anschuldigung, einzig der Klassenherrschaft der Besitzenden über die Besitzlosen zu dienen. Letztere, so wurde behauptet, hätten außer ihren Ketten nichts zu verlieren, während die Eigentümer der Produktionsmittel sich schamlos bereichern würden. Angewandt auf die Dritte Welt hieß das: „Die Welt-Dörfer rüsten zum Sturm auf die Welt-Städte“ – ein Slogan, mit dem Maos Stellvertreter und designierter Nachfolger Lin Biao 1966 die Kulturrevolution in China einläutete.

Die Steigerung von „bürgerlich“ war „spätbürgerlich“, ein Relikt aus der Mottenkiste der DDR-Ideologie, häufig gepaart mit dem Wort dekadent. Unter dieses Verdikt fiel nicht bloß die Psychoanalyse, auch moderne Kunst, Architektur und Design wurden von Nazis und Stalinisten als spätbürgerlich-dekadent abgetan.

HANS CHRISTOPH BUCH



Im Rückblick fällt auf, mit welcher Chuzpe die für Marx und Engels zentrale Unterscheidung von *Citoyen* und *Bourgeois* eskamotiert und unter den Teppich gekehrt wurde – in linksradikalen Diskursen personifizierten beide ein- und dasselbe korrupte System. Richtig daran ist nur, dass das Wahlrecht ursprünglich dem steuerzahlenden Besitzbürgertum vorbehalten war und erst im 20. Jahrhundert für alle Mitglieder der Gesellschaft erstritten wurde – ohne Ansehen von sozialem Status. Ein *Citoyen* war und ist ein mündiger Staatsbürger, der gegen Feudalherren, Adel und Klerus seine Rechte erkämpft hat und sich gegen Gewalt-herrschaft zur Wehr setzen darf, wie es in der Unabhängigkeitserklärung der USA festgeschrieben ist. Die bürgerliche Gesellschaft heißt deshalb auf Englisch *Civic Society*.

Aber auch jenseits von Geschichte und Politik hat das Adjektiv bürgerlich einen markanten Bedeutungswandel durchgemacht. Bis zuletzt noch negativ besetzt, als zusammen mit dem Du auch der Grobianismus salonfähig wurde, werden bürgerliche Umgangsformen wieder als

Wohltat empfunden, seit ein von Asfa-Wossen Asserate, einem äthiopischen Prinzen, verfasstes Benimmbuch zum Bestseller wurde. Auch bürgerliche Küche, Tischsitten und Wohnkultur kamen wieder zu Ehren im Zuge der Rückbesinnung auf traditionelle Werte wie die Fähigkeit, zuzuhören und andere ausreden zu lassen – ganz zu schweigen von der im Zeitalter von Fake News und Hass-Mails als Tugend neu entdeckten Diskretion.

„Zwischen den Stühlen sitzt der Liberale auf seinem Sessel“ – mit diesem Bonmot brachte der Lyriker Arnfrid Astel den Zeitgeist von 1968 auf den Punkt, samt den mitschwingenden antidemokratischen Ressentiments. Auf den heutigen Bundestag übertragen bedeutet dies, dass die Linkspartei sowie ihr Gegenpart, die rechtsextreme AfD, bis heute nicht in der westlichen Demokratie angekommen sind – stattdessen trauern sie gescheiterten Diktaturen nach. Auch wenn Alexander Gauland und Alice Weidel sich vom Piefke-Image distanzieren – den Durchmarsch von Höckes „Flügel“ nahmen sie billigend in Kauf. Ähnliches gilt *mutatis mutandis* für Bodo Ramelow sowie die marxistische Plattform. „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“, heißt eine auf beiden Seiten angestimmte Litanei, die gut klingt, aber ernste Fragen aufwirft. Gerechtigkeit ist ein vager Begriff, während der liberale Rechtsstaat auf Gesetz und Verfassung beruht, die,

anders als bloße Bauchgefühle, vor Gericht einklagbar sind.

Die Frage ist, ob der Konsens bürgerlicher Parteien – zu denen längst auch SPD und Grüne gehören – gegen Sonderwege linker und rechter Extremisten dauerhaft hält. Das hängt nicht nur von innenpolitischen Faktoren, sondern auch vom internationalen Kontext ab. Der amerikanische Präsident Joe Biden war und ist ein Muster höflicher Zurückhaltung im Vergleich zu einem Marktschreier wie Trump, der sein Herz auf der Zunge trägt. Wladimir Putin hingegen ist ein vulgärer Emporkömmling und Meister der Kunst, nie zu sagen, was er wirklich denkt – das hat er von Stalin gelernt. Es lässt aufhorchen, wenn Putin, dessen Machtbereich nah am Polarkreis liegt, sich neuerdings als Sprecher des „globalen Südens“ geriert und zugleich als Kolonialherr agiert, der über abtrünnige Kolonien das Kriegsrecht verhängt. In Afrika oder Haiti hörte ich stets aufs Neue einen Satz, der sich bruchlos auf Russlands Oligarchie und Autokratie übertragen lässt: „Die derzeitigen Machthaber hatten genug Zeit, sich zu bereichern; wenn sie stürzen, fängt das Stehlen von Neuem an!“

Hans Christoph Buch (Jg. 1944) ist Schriftsteller und Weltreisender. Er lebt in Berlin. Zuletzt erschien von ihm „Nächtliche Geräusche im Dschungel: Postkoloniale Notizen“ (Transit).

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

EINE MINUTE PHYSIK

Artemis kommt zurück zur Erde

NORBERT LOSSAU



Noch ist das Raumschiff „Orion“ nicht wieder auf der Erde gelandet, da nennt Nasa-Chef Bill Nelson den unbemannten Flug zum Mond bereits einen „außergewöhnlichen Erfolg“. Tatsächlich ist bislang bei der Mondmission „Artemis-1“ alles nach Plan gelaufen – wenn man mal von den jahrelangen Verzögerungen im Vorfeld und der mehrfachen Verschiebung des Starttermins aufgrund technischer Probleme absieht.

Der Start der neuen Mondrakete „Space Launch System“ – mit dem zum Teil in Deutschland gebauten Raumschiff „Orion“ an der Spitze – glückte am 16. November am Welt-raumbahnhof Cape Canaveral im US-Bundesstaat Florida. Die „Orion“ flog zum Mond, umrundete den Erdtrabant eine Woche lang und machte sich dann am vergangenen Montag wieder auf den Rückflug zu Erde. Die unbemannte Kapsel soll an diesem Sonntag um 19.07 Uhr mitteleuropäischer Zeit vor der kalifornischen Küste landen und dann von einem Spezialschiff in den Hafen von San Diego gebracht werden.

Die Landung der „Orion“ ist neben dem Start die kritischste Phase der Mission. Das Raumschiff wird mit mehr als 30-facher Schallgeschwindigkeit auf die Atmosphäre der Erde treffen. Bei rund 40.000 Kilometern pro Stunde entsteht an der Oberfläche des Raumschiffs extrem viel Reibungswärme. Das Hitzeschutzschild der „Orion“ muss Temperaturen von rund 2800 Grad Celsius aushalten. Was es bedeutet, wenn das nicht funktioniert, hat das Unglück des Shuttles „Columbia“ gezeigt, bei dem sieben Astronauten in der Erdatmosphäre verglüht sind.

Bei dieser Testmission sind jedoch keine Menschenleben in Gefahr. An Bord der „Orion“ sind lediglich drei Puppen, die verschiedenen Forschungszwecken dienen. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) hat zwei sogenannte Astronautinnen-Phantome beigesteuert. Mit den beiden, auf Zohar und Helga getauften Puppen, soll eine neu entwickelte Schutzweste getestet werden, die insbesondere den weiblichen Körper effektiv vor der gesundheitsschädlichen kosmischen Strahlung schützen soll. Beide Puppen sind mit zahlreichen Strahlungssensoren ausgestattet. Zohar trägt die Schutzweste, Helga nicht. Die an Bord gespeicherten Messdaten werden sich nur auswerten lassen, wenn die Landung des Raumschiffs glückt.

Nachdem die „Orion“-Kapsel durch die Reibung in der Atmosphäre auf ungefähr 480 Kilometer pro Stunde abgebremst worden ist, sollen fünf Fallschirme für eine weitere Verringerung der Geschwindigkeit sorgen. Wenn die Kapsel auf der Meeresoberfläche trifft, soll sie nur noch gut 30 Stundenkilometer schnell sein.

Während der Mission hat die „Orion“-Kapsel mit mehr als 400.000 Kilometer Entfernung von der Erde einen Rekord aufgestellt. Die Nasa stellte fest, dass dies die bislang weiteste Distanz für ein für Menschen gemachtes Raumschiff ist – auch wenn sich dieses Mal eben noch keine Menschen an Bord befunden haben. Bei der für 2024 geplanten Mission „Artemis-2“ soll das anders sein. Dann werden Astronauten mit der „Orion“ zum Mond fliegen und ihn umrunden – so wie bei „Artemis-1“.

Erst bei der dritten Mission sollen frühestens 2025 Menschen erneut auf dem Mond landen. Schon jetzt hat die Nasa verkündet, dass dann auch erstmals eine Frau den Erdtrabanten betreten wird. Zuletzt hatten zwei Astronauten der „Apollo 17“-Mission im Jahr 1972 den Mond betreten. „Orion“ hat jetzt die Heimat im Visier“, sagt Sandra Jones von der Nasa-Bodenkontrolle. Vor der 380.000 Kilometer langen Rückreise zur Erde flog das Raumschiff noch bis auf 130 Kilometer an der Rückseite des Mondes vorbei, um sich von der Schwerkraft des Mondes in Richtung Erde beschleunigen zu lassen.

Vor zwei Millionen Jahren gab es im nördlichen Grönland blühende Landschaften statt wie heute eine polare Wüste. Nun haben Forscher dort DNA aus dieser Zeit von vielen verschiedenen Lebewesen gefunden. Das Erbgut ist damit eine Million Jahre älter als das bisher älteste, das in gefrorenen Mammutknochen im Permafrost Sibiriens gefunden worden war. Die Mischschnipsel stammen von Tieren, Pflanzen und Mikroorganismen, darunter Rentiere, Hasen, Lemmings, Gänse, Birken und Pappeln. Die Wissenschaftler hoffen, dass sich spezielle genetische Anpassungen der nachgewiesenen Pflanzen nutzen lassen, um heutige Arten widerstandsfähiger gegen den aktuellen Klimawandel zu machen.

VON ANNETT STEIN

Überall in der Umwelt finden sich genetische Spuren von Lebewesen: Sie stammen von ausgefallenen Haaren und Federn, Hautschuppen, Kot, Pollen und etlichem mehr. In Wasser- und Bodenproben kann man allein über die darin enthaltenen DNA-Spuren die verschiedenen Tierarten der Gegend identifizieren. Man spricht von Umwelt-DNA, auch eDNA genannt – „e“ vom englischen Wort „environmental“, „aus der Umwelt“. Unter bestimmten Bedingungen lässt sich vor allem in dauerhaft gefrorenem Sediment auch uralte Umwelt-DNA aufstöbern und untersuchen.

Zum ersten Mal könne nun DNA eines vergangenen Ökosystems so weit in der Vergangenheit zurück betrachtet werden, sagt Studienleiter Eske Willerslev von der Universität Cambridge. „DNA kann sich schnell zersetzen, aber wir haben gezeigt, dass wir unter den richtigen Umständen weiter in die Vergangenheit zurückgehen können als man es sich je hätte vorstellen können“, erläutert Mitautor Kurt Kjær von der Universität Kopenhagen. Die Umwelt-DNA sei tief in Sedimenten vergraben gefunden worden, die sich im Laufe von 20 000 Jahren gebildet hätten. „Das Sediment wurde schließlich im Eis oder im Permafrostboden konserviert und – was entscheidend ist – zwei Millionen Jahre lang nicht von Menschen gestört.“

Möglich wurde der Erfolg durch eine neue Generation von Geräten zur DNA-Zertifizierung, wie das Team um Willerslev und Kjær im Fachjournal „Nature“ berichtet. Die mikroskopisch kleinen, nur wenige Millionstel Millimeter messenden DNA-Fragmente wurden in eiszeitlichen Sedimenten im Norden Grönlands gefunden. Sie stammen aus der Kap-Köbenhavn-Formation, einer fast 100 Meter dicken Sedimentablagerung in der Mündung eines Fjords an Grönlands nördlichem Punkt. Das Klima in Grönland habe damals zwischen arktisch und gemäßigt geschwankt und sei 10 bis 17 Grad wärmer als heute gewesen. Das Ökosystem sei ein offener, borealer Wald aus Pappeln, Birken und Thujabäumen sowie einer Vielzahl an Sträuchern und Kräutern gewesen.

Einige der DNA-Fragmente ließen sich leicht Vorläufer heutiger Arten zuweisen, andere konnten nur einer größeren Artengruppe zugeordnet werden – und für einige ließ sich in den heutigen DNA-Bibliotheken gar kein Treffer finden. Zudem fanden die Wissenschaftler heraus, dass das Mastodon, ein eiszeitliches Säugtier, einst bis nach Grönland gewandert war, bevor es ausstarb. Bisher sei man davon ausgegangen, das Verbreitungsgebiet der elefantenähnlichen Tiere erstreckte sich von ihren Ursprungsgebieten in Nord- und Mittelamerika nicht bis nach Grönland. In den Epochen des späten Pliozäns und frühen Pleistozäns vor 3,6 bis 0,8 Millionen Jahren herrschte ein Klima ähnlich dem für die künftige Erwärmung prognostizierten. Die Forscher hoffen, dass ihre Ergebnisse dazu beitragen könnten, die langfristigen Umweltfolgen der fortschreitenden globalen Erwärmung vorherzusagen.

Die aktuellen Daten legten nahe, dass sich mehr Arten entwickeln und an stark schwankende Temperaturen anpassen können als bisher angenommen, sagt Mitautor Mikkel Pedersen von der Universität Kopenhagen. Entscheidend sei jedoch, dass die Ergebnisse auch zeigten, dass sie dafür Zeit brauchen. „Die Geschwindigkeit der heutigen globalen Erwärmung bedeutet, dass Organismen und Arten diese Zeit nicht haben, so dass der Klimanotstand eine enorme Bedrohung für die biologische Vielfalt und die Welt bleibt. Das Aussterben einiger Arten steht bevor.“

Künftig wollen die Forschenden aus dem Erbgut-Daten auch auf das Zusammenspiel mit Bakterien und anderen Mikroorganismen in den einstigen Landschaften schließen. Zudem haben sie die Hoffnung, dass auch Analysen in wärmeren Regionen möglich sind. DNA überlebe zwar im Allgemeinen am besten unter kalten, trockenen Bedingungen, wie



Statt Polarwüste herrschten vor zwei Millionen Jahren im Norden Grönlands blühende Landschaften mit Mammuts, Hasen und Birken (Illustration)

DIE DNA WURDE IN ZWEI MILLIONEN JAHREN ALTE DNA

Forscher haben in Grönland das älteste bekannte Erbgut gefunden. Das zeigt, Tiere und Pflanzen können sich an schwankende Temperaturen anpassen – bis zu einem bestimmtem Maß



Die Forscher fanden die Erbgut-Fragmente in eiszeitlichen Sedimenten in der Mündung eines Fjords an Grönlands nördlichem Punkt

sie während des größten Teils des Zeitraums herrschten, in dem das Material am Kap Köbenhavn abgelagert wurde, erklärte Willerslev. Möglicherweise habe sich aber in Ton auch in warmen, feuchten Umgebungen etwa an Fundorten in Afrika uralte DNA erhalten. „Wenn wir damit beginnen können, alte DNA in Tonkörnern aus Afrika zu erforschen, können wir vielleicht bahnbrechende Informationen über den Ursprung vieler verschiedener Arten sammeln, vielleicht sogar neue Erkenntnisse über die ersten Menschen.“

Auch Henrik Krehenwinkel von der Universität Trier, der selbst nicht an der Analyse beteiligt war, hält weitere „revolutionäre neue Erkenntnisse“ für sehr gut möglich. Die bislang erzielten Erfolge beruhten vor allem auf den großen Fortschritten der Sequenzierungstechnologie, mit der sich Erbgut immer rascher und kostengünstiger entziffern lässt. Ein Ende der technischen Weiterentwicklung sei nicht absehbar. Auch eine zeitliche Grenze sieht Krehenwinkel nicht. „Vor etwa zehn Jahren dachten Experten noch, viel mehr als 100 000 Jahre zurück seien nicht möglich. Nun sind wir bei zwei Millionen.“ Wenn die Bedingungen stimmten, könne DNA sehr stabil sein, erklärt der Trierer Umweltwissenschaftler. Dauerfrost sei ideal, weil das Molekül dann kaum noch chemisch degradiere und weil keine Mikroben aktiv seien, die die DNA sehr schnell zersetzen würden. Wäre es, wie von Willerslev angedeutet, tatsächlich möglich, auch in den Tropen uralte DNA zu finden und zu entziffern, böte das immenses Potenzial für evolutionäre Erkenntnisse. „Die Biodiversität war in den tropischen Gebieten schon immer riesig und viele Arten, auch der Mensch, sind in solchen Regionen entstanden“, sagt Krehenwinkel.

Umwelt-DNA wird von Wissenschaftlern schon seit längerem für Analysen genutzt, bisher aber überwiegend für solche zum Ist-Stand. So ließ sich mit einer eDNA-Studie schon vor Jahren die Ankunft zahlreicher mariner Wanderfische in New Yorker Gewässern beobachten – allein über die Analyse regelmäßig genommener Wasserproben. Solche Umwelt-DNA-Untersuchungen beschleunigten das Monitoring von Tierarten erheblich, schrieben die Forscher damals im Fachmagazin „Plos One“. Walhaie in Weltmeeren lassen sich so ebenso nachweisen wie invasive Arten oder bestimmte Erreger in Seen und Flüssen, ohne dass Tiere gefangen oder getötet werden müssen. Forscher um Henrik Krehenwinkel entwickelten ein Verfahren, mit dem sich Erbgut-Spuren von Insekten aus getrockneten Pflanzen auswerten lassen. In einem einzigen handelsüblichen Teebeutel lässt sich demnach DNA von bis zu 400 verschiedenen Insektenarten finden.

Fliegt eine Biene eine Blüte an, um sie zu bestäuben, hinterlässt sie etwas Speichel. Eine Wanze sticht in ein Blatt, eine Spinne hinterlässt seidene Fäden. Das reicht Krehenwinkel zufolge aus, um die DNA der Insekten nachzuweisen. Die im Juni im Fachmagazin „Biological Letters“ vorgestellte Methode eröffnet demnach die Möglichkeit, alte Pflanzenbestände etwa aus Museen zu analysieren und ihre Besiedlung mit der heutigen zu vergleichen. „Daraus lässt sich dann auf Veränderungen der Artenzusammensetzung schließen“, erklärt der Trierer Wissenschaftler. Wichtig ist das etwa für Analysen zum Insektenrückgang, bei dem es an anderen Datengrundlagen mangelt. Ein Team um Krehenwinkel nutzte Umwelt-DNA über Jahrzehnte archiviertem Blattmaterial zum Beispiel dafür, die Veränderung der Gemeinschaft darauf lebender Insektenarten und anderer Gliederfüßer – insgesamt mehrere Tausend Spezies – zu untersuchen. Die Lebensgemeinschaften seien zeitlich und räumlich immer homogener geworden.

Größte Herausforderung bei der Analyse von Umwelt-DNA ist das Vermeiden von Kontamination, so Krehenwinkel. Extrem leicht gelangten Erbgut-schnipsel aus der Umgebung in die analysierte Probe und verfälschten das Ergebnis. Gerade bei den über lange Zeiträume abgelagerten Spuren ist ein weiteres Problem, unter den Schnipseln häufig vorkommender Arten, etwa denen von Mikroorganismen, die vergleichsweise seltenen wie die eines Mastodons zu finden. „Um solche seltenen Spuren unter den vielen anderen zu identifizieren, muss man Unmengen an DNA-Schnipseln sequenzieren.“ Mit genug Durchsatz lasse sich im Idealfall aus den unzähligen entzifferten Schnipseln sogar das Gesamtgenom einer Art zusammensetzen. Noch ganz andere Potenzial biete die Analyse der noch wesentlich empfindlicheren Umwelt-RNA, ergänzt Krehenwinkel. Sie zeigt an, welche Abschnitte im Erbgut gerade aktiv sind. So lasse zum Beispiel womöglich Präfen, ob eine Fischpopulation gerade unter Stress stehe.

Früherkennung von Krebs bald per Bluttest

Verfahren registrieren sehr schnell spezielle Zucker

Fast 240.000 Menschen sind laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2021 an Krebs gestorben – häufig auch, weil die Untersuchungen, um die Tumore zu entdecken, zu spät eingeleitet worden. Weltweit arbeiten daher Wissenschaftler an einem simplen Bluttest, der innerhalb weniger Stunden bis Tage feststellt, ob sich ein Tumor entwickelt. Sie messen, wie viel DNA aus Tumorzellen im Blut zirkuliert. Bislang werden solche Verfahren erst eingesetzt, wenn der Krebs bereits diagnostiziert wurde – etwa um nach charakteristischen Veränderungen zu suchen oder den Erfolg einer Therapie zu messen.

Wissenschaftler der Universität Göteborg, Schweden, haben jetzt einen Blut- und Urintest entwickelt, der bis zu 14 Krebsformen bereits im Frühstadium identifiziert. Dabei wiesen sie nicht Tumor-DNA, sondern bestimmte Zuckerverbindungen, sogenannte Glykosaminoglykane (GAG), nach. Die übernehmen wichtige Funktionen in der Matrix, die die Zellen umgibt. In der Umgebung von Tumoren hingegen scheinen sie umprogrammiert zu werden. Die veränderten GAGs findet man sowohl im Blut als auch im Urin von Krebspatienten – und zwar in sehr frühen Stadien. Ihren Test prüften sie an 1260 gesunden und an Krebs erkrankten Menschen. Dabei achteten sie darauf, dass ihr Nachweis so genau ist, dass höchstens fünf von 100 Gesunden fälschlicherweise eine Krebsdiagnose erhalten. Schließlich konnten sie durch eine Blutprobe zunächst vier von zehn Krebskranken richtig identifizieren. Nach einem anschließenden Urintest stieg der Anteil auf sechs von zehn Personen.

„Ziemlich beeindruckend“ findet die Arbeit Almut Schulze, Leiterin der Abteilung Tumor-Metabolismus und Microenvironment am Deutschen Krebsforschungszentrum. Ein Nachteil der bereits eingesetzten DNA-Bluttests ist, dass man Krebsgeschwüre in frühen Stadien kaum nachweisen kann, Hirn- oder Hornwegtumore sogar gar nicht. Der Europe's Beating Cancer Plan geht davon aus, 40 Prozent aller Krebstodesfälle in Europa ließen sich durch Früherkennung und Vorsorge vermeiden. Allerdings muss auch der GAG-Test an Genauigkeit nachlegen. Auch bei chronischen Entzündungen oder Diabetes verändern sich die Zuckerverbindungen. Große Studien stehen noch aus. Besteht der Test diese Hürden, könnte er laut Schulze „früher oder später in die Screening-Routine einfließen.“ (gro)

Unbekannte Haiart in Australien

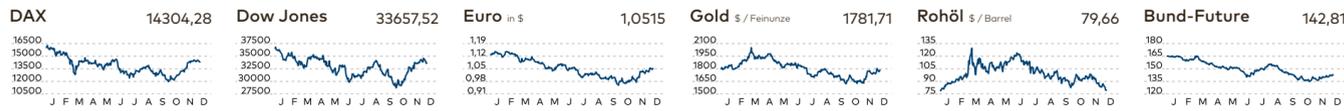
Der gestreifte Hornhai lebt in 150 Meter Tiefe

Vor der Westküste Australiens haben Forscher eine bisher unbekannt Art kleiner Haie entdeckt. Bei dem Tier handele es sich um einen gestreiften Hornhai, der von der Wissenschaft noch nicht beschrieben worden sei, teilte die australische Wissenschaftsbehörde CSIRO mit. Das Exemplar sei bereits am 23. November vom Forschungsschiff „Investigator“ im Gascoyne Marine Park westlich der Halbinsel Cape Range gesichtet und an Bord geholt worden.

CSIRO-Haiexperte Will White sprach von „einer der aufregendsten Funde“ der Forschungsreise. „Das von uns gesammelte Exemplar wird für die Wissenschaft unglaublich wichtig sein“, erklärte White. Normalerweise seien die Fische, die zur Familie der Stierkopfhäie gehören, in flachen Gewässern zu finden. Die neue Art aber lebe in mehr als 150 Metern Tiefe, „und wir wissen nichts über ihr Verhalten“, so White.

Die bisher bekannten Hornhaie werden maximal 120 Zentimeter lang. Sie verbringen den größten Teil des Tages getarnt zwischen Felsen und Algen auf dem Meeresboden und kommen nachts heraus, um zu fressen. „Australien hat ein wirklich riesiges Meeresgebiet, das mit die größte Artenvielfalt des Planeten beherbergt“, sagte White. „Aber wir wissen immer noch sehr wenig darüber, was unter den Wellen lebt.“ Bei der Weltartenkonferenz Cites wurden im November 60 Haiarten erstmals unter internationalen Schutz gestellt.

BÖRSEN-WELT:

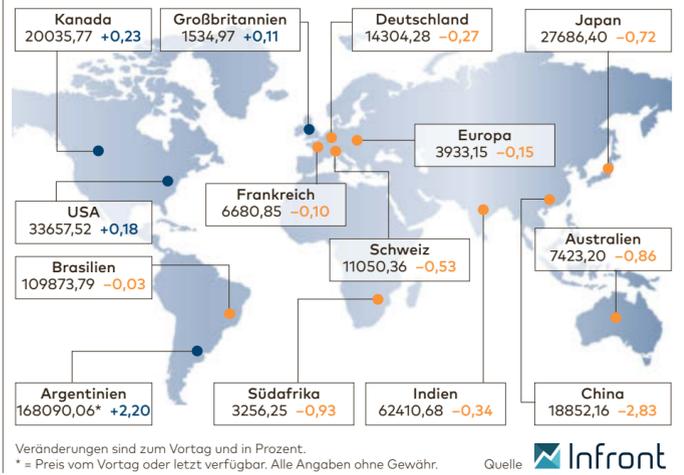


DAX

07.12. (16:25 Uhr)	Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktk. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2022
Adidas NA	117,76	-1,1	93,40		263,8	21,20	3,30	2,80	12,33
Airbus	108,46	-2,1	86,53		121,1	85,49	1,50	1,38	21,48
Allianz vNA	204,60	+0,6	156,2		232,5	82,52	10,80	5,28	9,30
BASF NA	47,65	-0,6	37,90		69,15	43,76	3,40	7,14	8,66
Bayer NA	52,90	0,0	44,60		67,99	51,97	2,00	3,78	11,02
Beiersdorf	105,25	-0,2	79,00		106,2	26,52	0,70	0,67	32,38
BMW St.	84,92	-0,3	67,58		100,4	51,12	5,80	6,83	5,78
Brenntag NA	60,46	0,0	53,58		81,76	9,34	1,45	2,40	12,47
Continental	55,40	-0,7	44,31		99,80	11,08	2,20	3,97	6,44
Covestro	36,44	-1,3	27,69		58,00	7,04	3,40	9,33	5,17
Daimler Truck	30,72	-0,2	20,29		35,76	25,28	-	-	10,41
Dt. Bank NA	10,00	-0,7	7,25		14,64	20,68	0,20	2,00	6,67
Dt. Börse NA	173,85	+0,3	135,5		180,0	33,03	3,20	1,84	23,98
Dt. Post NA	38,46	-0,2	29,68		57,79	47,65	1,80	4,48	9,27
Dt. Telekom	19,44	+0,2	14,47		19,86	96,92	0,64	3,29	18,51
E.ON NA	9,27	+0,8	7,28		12,54	24,47	0,49	5,29	10,30
Fres. M.C.St.	30,29	+1,5	25,95		63,66	8,88	1,35	4,46	8,65
Fresenius	26,50	+1,1	19,69		38,11	12,14	0,92	3,47	7,75
Hann. Rück NA	185,55	+0,1	131,4		186,9	22,38	5,75	3,10	14,27
Heidelb.Cem.	51,18	-0,6	38,73		68,08	9,88	2,40	4,69	6,13

Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktk. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2022	
Henkel Vz.	67,36	-0,6	56,56		83,40	12,00	1,85	2,75	16,23
Infineon NA	30,86	-1,4	20,68		41,42	40,29	0,27	0,88	20,57
Linde PLC	316,50	+0,2	244,0		334,7	156,47	4,44	1,40	31,49
Mercedes-Benz	63,52	-0,4	50,19		77,90	67,96	5,00	7,87	5,45
Merck	174,35	+0,4	153,1		231,5	22,53	1,85	1,06	22,64
MTU Aero	201,80	-0,1	149,2		221,1	10,78	2,10	1,04	25,73
Münch. R. vNA	306,60	0,0	205,2		308,7	42,95	11,00	3,59	12,39
Porsche Vz.	57,56	-1,4	54,92		97,66	8,81	2,56	4,45	3,84
Puma	50,42	+2,1	41,31		109,3	7,60	0,72	1,43	17,69
Qiagen	46,65	+1,3	37,95		49,84	10,59	-	-	27,44
RWE St.	42,33	+0,1	32,52		43,97	28,62	0,90	2,13	20,16
SAP	102,32	-0,9	79,58		125,4	125,70	2,45	2,39	27,29
Sartorius Vz.	358,00	+0,5	293,3		605,2	13,40	1,26	0,35	41,87
Siem. Energy	16,36	-1,3	10,25		23,99	11,88	0,10	0,61	-
Siem. Health.	49,54	+0,6	40,32		67,66	55,88	0,85	1,72	27,52
Siemens NA	133,18	-0,4	93,67		158,0	113,20	4,00	3,00	15,58
Symrise	105,65	+0,2	91,94		132,3	14,77	1,02	0,97	35,81
Vonovia NA	23,28	-0,4	18,59		51,30	18,58	1,66	7,13	8,78
VW Vz.	138,36	-1,0	120,6		195,1	28,53	7,56	5,46	4,39
Zalando	31,66	+1,8	19,18		78,22	8,33	-	-	31,66

INDIZES



Neues Modell soll VW-Stammwerk besser auslasten

Volkswagen setzt auf weiteres Elektrofahrzeug

Am zuletzt chronisch unterausgelasteten Stammsitz von Volkswagen soll ein weiteres Elektromodell die Beschäftigung absichern. Damit will der Konzern auch die teuren Verzögerungen in der Entwicklung eigener Software sowie beim künftigen Kernprodukt Trinity überbrücken. Angedacht sei ein vollelektrisches SUV für Wolfsburg, das die bestehende ID-Reihe „hervorragend ergänzen“ könne, sagte VW-Markenchef Thomas Schäfer bei einer Betriebsversammlung am Mittwoch. Das Hauptwerk wird schon für einen Überlauf der Produktion des ID.3 aus Zwickau vorbereitet. Bis Anfang 2025 will Deutschlands größtes Unternehmen dafür nun etwa 460 Millionen Euro investieren.

Der jetzt ins Spiel gebrachte, zusätzliche Wagen soll auf einer Weiterentwicklung des E-Baukastensystems MEB basieren („MEB plus“). „Unser Ziel ist es, die Plattform auf das nächste Level zu heben“, erklärte Schäfer, der von der Tochter Skoda kam und Ralf Brandstätter als Kernmarkenchef im Sommer abgelöst hatte. Die ganz neu konzipierte und digitalisierte Plattform SSP für den Trinity bleibe gleichzeitig ein zentrales Vorhaben. „Der Start erfolgt entsprechend der zeitlich entzerrten Software-Entwicklung“, hieß es. „Eine Entscheidung, wo das Fahrzeug in Wolfsburg gefertigt wird, ist noch nicht getroffen.“

Die geplante Extra-Fabrik für den Trinity könnte nach Informationen aus Konzernkreisen auf der Kippe stehen. Alternativ ließe sich die Verzögerung nutzen, um Teile des Stammwerks umzurüsten. VW betonte aber, man halte sich auch die Neubau-Option bis auf Weiteres offen.

„Zusammen mit dem Betriebsrat arbeiten wir gerade intensiv daran“, sagte Schäfer zu dem Elektro-SUV für die Zentrale. VW hatte vor allem wegen extremer Lieferengpässe bei Mikrochips und weiterer Elektronik deutlich weniger Fahrzeuge an vielen Standorten fertigen können – insbesondere Wolfsburg lag weit unter den einmal vereinbarten Zielen.

Schäfer ist außerdem für die Koordination des Massengeschäfts im Konzern mit den Marken Skoda, Seat/Cupra und VW-Nutzfahrzeuge zuständig. Er will die Komplexität der Modellvarianten und Arbeitsabläufe verringern, auch um bessere Renditen zu erreichen.

Die kommenden Monate dürften nach seiner Erwartung schwierig werden. „Der Start ins Jahr 2023 wird uns alles abverlangen“, sagte Schäfer vor der Belegschaft. „Wir haben nach wie vor zu wenig Halbleiter und Teile, der Wettbewerb bleibt knallhart, Energie- und Rohstoffkosten belasten uns zusätzlich.“ Überdies bestehe die Gefahr, dass die Rekordinflation die Autonachfrage spürbar drückt. Schon das laufende vierte Quartal sei „wirklich schwierig“, so der Manager. „Wir kämpfen darum, ein ordentliches Jahresergebnis für die Marke einzufahren.“

Am achten und neunten Dezember veranstaltet die Bundesregierung ihren „Digitalgipfel 2022“ unter dem Titel „Daten – Gemeinsam digitale Werte schöpfen“. Das Programm klingt irgendwie bekannt: „Daten nutzbar machen – Kompetenzen für KI und Datenökonomie“ steht da am 09.12. auf dem Programm, danach „Zukunftsforschung digitale Infrastrukturen: Was jetzt besonders wichtig wird“ oder auch „Toolbox Datenkompetenz – Deutschlands Lernplattform für Data Literacy“.

VON BENEDIKT FUEST

Ein Vergleich mit den Programmen der Vorjahre zeigt: Die Punkte hätten exakt so auch vor drei Jahren beim Gipfel 2019 stehen können, umgekehrt würde der Programmpunkt „Eine souveräne Dateninfrastruktur als Wiege eines europäischen KI-Ökosystems“ von 2019 auch heute gut ins Programm passen, denn die damals angepriesene „souveräne Dateninfrastruktur“ gibt es bis heute nicht. So geht es vielen Digital-Projekten der aktuellen Bundesregierung wie auch der Vorgänger-Regierung, die erst auf Gipfeln aufwendig angekündigt und diskutiert werden, dann aber im Kleinklein der Bürokratie stecken bleiben. Fast schon kann man den Digitalgipfel als Chancentod-Veranstaltung bezeichnen: Was hier angepriesen wird, kommt später fast sicher entweder nicht oder nur verspätet.

Die Liste der gescheiterten Digital-Projekte des Bundes liest sich wie ein Panoptikum des Grauens, vorgegebene Ziele wurden in der Vergangenheit meist mit Ankündigung und absehbar verfehlt.

2019: GAIA X

Das Vorzeigeprojekt des damaligen Wirtschaftsministers Peter Altmaier beim Digitalgipfel 2019 ist das Projekt Gaia X. Die Idee dahinter: Gemeinsam mit Frankreich und weiteren europäischen Partnern wollte die damalige Bundesregierung einen europäischen Standard für die sichere Verarbeitung von Daten in der Cloud entwickeln lassen. Die Daten sollen abseits der Server von US-Anbieter gespeichert werden, Datenschutz und Datenteilbarkeit sind oberste Priorität. Das Projekt startete mit viel Tamtam, verspätete sich dann ein ums



Deutschlands digitales Unvermögen

Die Ankündigungen für den jetzt beginnenden Digitalgipfel der Bundesregierung erinnern an die gescheiterten Projekte der Vorjahre

andere Mal, erst hängt es an der Bürokratie, dann an der Pandemie.

Schließlich erlarmte das Interesse des Bundes mit dem Antritt der Ampelkoalition merklich. Gleichzeitig mischten inzwischen mit Google, Amazon und Co genau die Unternehmen bei dem Projekt mit, die man ursprünglich draußen halten wollte. Über das Prototypenstadium ist Gaia X immer noch nicht hinaus. Auf dem Digitalgipfel 2022 steht eine Art Neustart auf dem Programm: Unter dem Titel „Manufacturing-X“ soll die nächste Datenplattform für die deutsche Industrie geschaffen werden. Die Ziele des neuen Programms sind: „Ini-

tiales Förderprogramm schaffen, Manufacturing-X starten! Anschubfinanzierung durch die Bundesregierung“. Das Papier des Wirtschaftsministeriums zu dem Thema klingt frappierend gleich den Thesen zum Start von Gaia X 2019.

2017: E-HEALTH

2017 stand beim Digitalgipfel der Bundesregierung in Ludwigshafen das Thema E-Health im Mittelpunkt. Der damalige Gesundheitsminister Herrman Gröhe kündigte zum Auftakt an, es müsse „jetzt darum gehen, große Datenmengen zum Wohle der Patienten zu nutzen“. Dafür solle nun zeitnah die elek-

tronische Patientenakte, das E-Rezept, der Datenaustausch per digitalem Patientenfach kommen. Fünf Jahre später funktioniert davon exakt gar nichts wie geplant. Das E-Rezept sollte Mitte 2022 starten. Dann trat der Bundesdatenschutzbeauftragte Ulrich Kelber heftig auf die Bremse und legte sein Veto ein.

Daraufhin stiegen die ersten kassenärztlichen Vereinigungen in die Pilotregionen Westfalen-Lippe und Schleswig-Holstein aus, das E-Rezept muss noch einmal neu geplant werden. Die elektronische Patientenakte ist ebenfalls weit entfernt davon, nützlich zu sein: Bislang nutzen die Arztpraxen sie nicht wie ge-

Einstündiger Engpass mit Ansage

Von 14 bis 15 Uhr sollten die Baden-Württemberger gestern den Stromverbrauch reduzieren. Schuld sind mangelnde Netzkapazitäten

Die Botschaft war klar. Sie stand in roten Buchstaben ganz oben in der App, daneben ein Warnsymbol: „Bitte hilf mit!“, forderte das Handysymbol „StromGedacht“ des Netzbetreibers TransnetBW. Die App soll Verbraucher informieren, wie es um die Stabilität des Stromnetzes in Baden-Württemberg bestellt ist. Und die war am gestrigen Mittwoch nicht gut.

VON PHILIPP VETTER

Es gibt die App erst seit wenigen Wochen, und bis gestern war der Status immer grün und lautete „Stromversorgung gesichert“. Am Mittwoch war der Balken ab 0 Uhr gelb, und er wechselte um 14 Uhr für eine Stunde in den roten Alarm-Modus. Ab Mitternacht rief der Netzbetreiber über die App dazu auf, Stromverbrauch vorzuverlegen. Man solle elektrische Haushaltsgeräte direkt nutzen und Akkus aufladen, damit sie zwischen 14

und 15 Uhr nicht benötigt wurden. Denn ab dann galt die rote Phase: „Verbrauch reduzieren“. Haushaltsgeräte sollten ausgeschaltet, andere Geräte möglichst im Akku-Modus betrieben werden. Denn es wurde eng im Netz. Der Betreiber selbst sprach in der App von einer „angespannten Situation im Stromnetz“.

Die entstand laut TransnetBW, weil das Netz zum Stromtransport von Norden nach Süden noch nicht ausreichend ausgebaut ist. Zwar entsteht im Norden relativ viel Windstrom, nachdem in den vergangenen Tagen eine Dunkelflaute für geringe Strommengen aus erneuerbaren Quellen gesorgt hatte. Doch im Süden der Republik kommt der nicht an. „Auslöser sind unzureichende Transportkapazitäten im Stromübertragungsnetz“, teilte eine TransnetBW-Sprecherin mit.

Um trotzdem für ein stabiles Netz zu sorgen, wurde der sogenannte Redispatch notwendig. „Beim Redispatch wird normalerweise im Norden Erzeugung ab-

geregelt und durch zusätzliche Erzeugung im Süden ausgeglichen“, erklärte die Sprecherin. „Im Norden handelt es sich für gewöhnlich um Windparks und im Süden in der Regel um Kohlekraftwerke.“ Doch die Kraftwerkskapazitäten in Süddeutschland reichten zum Ausgleich nicht aus. Zwischen 14 und 15 Uhr kam es in Baden-Württemberg deshalb zu einer Situation, in der große Strommengen aus der Schweiz importiert werden mussten. Der Bedarf wurde auf 700 Megawatt geschätzt. „Die Order an die Schweiz war notwendig geworden, weil einige Reserve-Kraftwerke in der TransnetBW-Regelzone nicht verfügbar waren“, hieß es bei dem deutschen Netzbetreiber.

TransnetBW betont, dass man die Situation rechtzeitig erkannt und gehandelt habe, es bestehe daher keine Gefahr, dass es zu einem Stromausfall in Baden-Württemberg kommt. Doch der Import aus der Schweiz ist teuer. „Je stärker der Verbrauch reduziert wird, desto weniger



Die TransnetBW-App mahnt die Bürger, den Stromverbrauch vorzuverlegen

ausländisches Redispatch-Potenzial muss eingesetzt werden“, so die Sprecherin. „Das spart in der Regel nicht nur Geld, sondern auch CO₂.“ Zahlen müssen am Ende alle Stromverbraucher die Ausgleichsmenge aus der Schweiz, denn die Kosten für den Redispatch werden über die Netzentgelte umgelegt. Mit der Warnstufe in der App wollte das Unternehmen daher vor allem die Kosten sen-

plant, um Daten über Patienten auszutauschen, die Akte ist wenig mehr als ein winziger Speicherplatz für den Versicherten, auf den nicht einmal MRT-Bilder oder moderne CT-Scans draufpassen, da die Akte auf völlig unzeitgemäße 25 Megabyte Dateigröße beschränkt ist.

Kassenärzte-Chef Andreas Gassen forderte im Herbst 2022 einen kompletten Neustart der Patientenakte, denn bislang bringe sie keinerlei Nutzen, nur wenige hunderttausend Versicherte hätten überhaupt eine beantragt.

2018: E-ID

Aus der Debatte auf dem Digitalgipfel 2018 zum Thema „Sichere Identitäten und Künstliche Intelligenz“ resultierte eine Initiative der Bundesregierung „zum Aufbau eines Ökosystems digitaler Identitäten“. Die Idee: Die Bürger sollen Dokumente wie ihren Führerschein oder ihren Personalausweis in einer digitalen Briefbörse, einer Wallet-App ablegen können. Das zuständige Verkehrsministerium unter Andreas Scheuer bemühte sich sehr, das Vorzeigeprojekt vor der Bundestagswahl 2021 fertig zu bekommen, doch darüber wurde augenscheinlich vergessen, dass eine Wallet-App vor allem sicher sein sollte.

Direkt nach der Veröffentlichung kurz vor der Wahl machte die Hackerin und Digital-Verwaltungs-Expertin Lilith Wittmann derart viele grundlegende konzeptionelle Schwachstellen der ID-Wallet-App öffentlich, dass die Bundesregierung die App kurz nach der Bundestagswahl wieder zurückzog und aus den App Stores entfernte. Seitdem ist die App nicht mehr neu gestartet. Auf der Website des Projekts bittet die Bundesregierung „bis zum Relaunch der App mit umfangreichen Verbesserungen an der Nutzerinnen- und Nutzerführung sowie am Design (...) um etwas Geduld“.

Die Digitalbilanz der Regierungskoalitionen der vergangenen fünf Jahre ist noch um einige Projekte reicher, die allesamt gescheitert sind oder gerade scheitern: Sei es die Notruf-App Nora, die geplante Vereinheitlichung der Bundes-IT, die Reform der digitalen Verwaltung auf Kommunalebene: Die digitalen Großprojekte in Deutschland verfehlen regelmäßig die Ziel- und Zeitvorgaben um Längen. Angesichts dessen wirkt der fröhlich-optimistische Tonfall des kommenden Digitalgipfels geradezu irritierend. Ein digitaler Krisengipfel wäre angemessener.

Die durch die Umstellung auf die erneuerbaren Energien ohne den dafür notwendigen Netzausbau entstehen. Die Verbraucher sollen diese Fehler beim Umbau der deutschen Stromversorgung nun durch Verbrauchsanpassungen ausgleichen.

In der App heißt es unter dem Punkt „Warum gibt es diese App?“. „Der zunehmende Anteil wetterabhängiger Energien bei der Stromerzeugung, wie Wind- und Solarenergie, sowie aktuelle geopolitische Entwicklungen stellen die Sicherung der Stromversorgung vor große Herausforderungen.“ Weil die privaten Haushalte rund ein Viertel des Verbrauchs verursachen, seien nun „wir alle gefragt“, um das Stromnetz zu stabilisieren. Die „StromGedacht“-App informiere daher rechtzeitig, wenn angespannte Situationen absehbar sind. „So kannst auch du mithelfen, das Netz stabil zu halten, indem du deinen Stromverbrauch an die Netzsituation anpasst.“



So umgehen Sie die teure Erbschaftsfalle

Die geplante Erhöhung der Erbschaftsteuer versetzt Immobilienbesitzer in Alarmstimmung

Im Eiltempo binnen Tagen ein wertvolles Haus oder die Eigentumswohnung aus der Hand geben und den Nachkommen schenken – das ist eine Horrorvorstellung für Immobilienbesitzer. So kurz vor Weihnachten fühlen sich aber tausende Bürger gezwungen, genau das bis Silvester über die Bühne zu bringen. Die Furcht vor einer drastisch höheren Erbschaftsteuer ab 2023 und drohendem Notverkauf treibt momentan viele zum Notar, zu Erbrechtsanwälten und Steuerberatern. In Großstädten bekommt man schon kaum noch Termine. „Wir werden überrannt, arbeiten auch zwischen den Jahren“, sagt Anton Steiner, Präsident des Deutschen Forums für Erbrecht in München.

VON BERRIT GRÄBER

Wer ein selbst genutztes Haus noch fürs Alter braucht, sollte nicht unter Druck handeln. Dass Erben den Fiskus fürchten müssen, ist längst nicht immer ausgemachte Sache. Notfalls lässt sich ein Haus auch in Hälften und Scheibchen übertragen.

SO IST DIE RECHTLICHE LAGE

Was Immobilienbesitzer und ihre Familien bundesweit quasi über Nacht in Alarmstimmung versetzt hat, ist das geplante Jahressteuergesetz, das erstmals Mitte Oktober im Bundestag beraten wurde, aber schon zum Jahreswechsel in Kraft treten soll. Bleibt es bei der Neuerung wie im Gesetzesentwurf vorgesehen, dann wird die steuerliche Bewertung von Immobilien ab nächstem Jahr deutlich verändert – und somit die Erbschafts- und Schenkungssteuer durch die Hintertür spürbar erhöht.

FREI MACHEN VON ZEITDRUCK

Jan Bittler, Fachanwalt für Erbrecht und Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung für Erbrecht und Vermögensnachfolge (DVEV), mahnt zur Vorsicht: „Es gibt keinen Grund zu Schnellschüssen bei der Immobilienübertragung“. Aber: Forums-Präsident Steiner rät, in hochpreisigen Regionen sollten sich Betroffene sehr wohl schlau machen, wie eine vorweggenommene Erbschaft noch bis zum Jahresende in trockene Tücher gebracht werden kann.

Sind die Fälle komplex, sollte unbedingt auch der Steuerberater zurate gezogen werden. Wer ohnehin schon zur Schenkung an Familienmitglieder entschlossen war, könnte von einer Übertragung noch in diesem Jahr in häufigen Fällen steuerlich profitieren, betont auch Martin Thelen, Sprecher der Bundesnotarkammer in Berlin.

ALTERSVERSORGUNG SCHÜTZEN

„Sind die Kinder oder Enkel die treibende Kraft hinter einer Schenkung, sollten sich die Eltern den Schritt gut überlegen“, mahnt Michael Henn, Fachanwalt für Erbrecht in Stuttgart. Sein Tipp: Wer nur ein Haus oder eine Wohnung hat und die selbst genutzte Immobilie später zur Altersversorgung brauchen könnte, sollte das Objekt lieber nicht schon zu Lebzeiten aus der Hand geben, nur damit die Nachkommen Steuern sparen. „Die ältere Generation sollte keine Sicherheit aufgeben“, betont auch Bittler. Ganz anders kann es aussehen, wenn der Schenker zusätzlich viel Er-

spartes, viel Vermögen oder noch Immobilien zur Kapitalanlage hat. Wer zur Schenkung seiner selbst genutzten Wohnung entschlossen ist, kann zur eigenen Absicherung ein Wohnungsrecht oder einen Nießbrauch im Grundbuch eintragen lassen.

SCHEIBCHENWEISE SCHENKEN

Möglich ist auch, eine Immobilie „in Scheiben“ zu übertragen oder beispielsweise zur Hälfte statt komplett in einem Stück, wie Fachanwalt Steiner erläutert. In zehn Jahren ist dann eine weitere steuerfreie Schenkung möglich. „Wir stehen gerade vor der Herausforderung herauszufinden, wie viel Haus Mandanten eigentlich übertragen können, damit der Freibetrag ausreicht und keine Erbschaftsteuer anfällt“, so Steiner.

Den Wert genau zu ermitteln sei jedoch selbst nach den jetzigen Bewertungsmethoden eine knifflige Sache. Für Steiner sieht die Lösung so aus: Im Übertragungsvertrag kurzerhand eine elastische Steuerklausel als Notbremse einbauen, die es möglich macht, auch rückwirkend noch die Steuerlast zu justieren.

Wer es in diesem Jahr nicht mehr schafft, die Immobilie zu übertragen oder mehr Zeit braucht für die Weichenstellung, kann auch im Jahr 2023 noch eine Hälfte des wertvollen Hauses oder der teuren Wohnung schenken, um die Erbschaftsteuer für Kinder oder Enkel so gering wie zu diesem Zeitpunkt eben möglich zu halten.

HOHE PREISE, HOHE STEUER

Wer in einer Region mit hohen Immobilienpreisen wie München, Hamburg oder Stuttgart ein Haus oder eine Wohnung übertragen bekommt, der muss damit rechnen, dass ihm der Staat 2023 tief in die Taschen greift. Für Erben und Beschenkte kann das eine Mehrbelastung bei der Steuer in fünf- bis sechsstelliger Höhe ausmachen, wenn sie eine Immobilie erst nächstes Jahr erhalten statt noch in diesem Jahr.

KNIFFLIG FÜR EINZELKINDER

Grundsätzlich gilt: Je wertvoller die Immobilie, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass Erben oder Beschenkte nächstes Jahr von höheren Steuern betroffen sind. Vor allem für Einzelkinder steigt das Risiko, dass ihr Steuerfreibetrag von aktuell 400.000 Euro nicht mehr ausreicht, um den höheren Wert des Objekts abzudecken.

Gibt es mehrere Erben, kann jeder seinen Freibetrag nutzen. Eheleute und eingetragene Lebenspartner dürfen bis zu 500.000 Euro steuerfrei erhalten, Kinder 400.000 Euro je Elternteil. Großeltern können ihren Enkelkindern 200.000 Euro überlassen, ohne dass der Fiskus etwas bekommt.

Sind die Kinder der Großeltern bereits tot, gilt für die Enkel auch ein Freibetrag von 400.000 Euro. Bewohnt der Ehe- oder Lebenspartner Haus oder Wohnung selbst für mindestens zehn Jahre nach Schenkung respektive Erbschaft, fällt gar keine Steuer an. Bei ererbenden Kindern ist die Steuerbefreiung auf eine Wohnfläche von 200 Quadratmetern begrenzt. Ein Schenkungsfreibetrag kann alle zehn Jahre von Neuem ausgeschöpft werden.

Paschal Donohoe ist grundsätzlich ein freundlicher Mensch, aber als er zum Gespräch mit WELT kommt, scheint er besonders gut gelaunt. Er hat dazu allen Grund: Am Vortag haben die Finanzminister der Euro-Länder ihn erneut zum Vorsitzenden ihrer Runde, der Euro-Gruppe, gewählt.

VON TOBIAS KAISER
AUS BRÜSSEL

Das ist ungewöhnlich: Eigentlich ist der Vorsitzende einer der 19 Finanzminister in der Runde. Donohoe wird sein Amt aber voraussichtlich Mitte Dezember abgeben. Seine Amtskollegen schätzen seine Arbeit in der Runde aber so

tenbank Rücksicht. Die Inflation im Euro-Raum wird vor allem von dem Energiepreisschock getrieben und nicht so sehr durch eine hohe Nachfrage, die Preise treibt. Die EZB hat die richtigen Entscheidungen getroffen und wird die richtigen Entscheidungen treffen.

Die Geldpolitik tut ihren Teil, aber Erfahrungen aus vergangenen Perioden hoher Inflation zeigen, dass die Notenbanker die Hilfe der Finanzminister brauchen.

Das stimmt. Ich unterstütze die Arbeit der EZB sehr, aber ich glaube, es ist nicht ihre Aufgabe allein, die Inflation zu bekämpfen. Die Regierungen in der Euro-Zone müssen jetzt ihren Teil dazu beitragen, bei den Haushaltsentschei-

„Die Bekämpfung der INFLATION ist im Moment besonders anspruchsvoll“

Irlands Finanzminister Paschal Donohoe wurde erneut zum Vorsitzenden der Euro-Gruppe gewählt. Die Währungsunion stehe vor schweren Entscheidungen, sagte er WELT. Die Einigung auf neue Schuldenregeln erfordere jetzt zügiges Handeln

sehr, dass sie eine Ausnahme gemacht haben: Künftig sitzen also zwei Iren in der Gruppe: Donohoe und der künftige irische Finanzminister. Nach dem Gespräch verabschiedet sich der Politiker und eilt aus dem Konferenzraum in die Flure des Ratsgebäudes in Brüssel. Die nächste Gesprächsrunde mit seinen Amtskollegen steht an; es geht um die Reform der Schuldenregeln für die Euro-Zone.

WELT: Herzlichen Glückwunsch zu ihrer Wiederwahl. Ihre zweite Amtszeit beginnt in stürmischen Zeiten. Die Euro-Zone steckt vermutlich bereits in einer Rezession und Firmen und Haushalte ächzen unter schnell steigenden Preisen. Tut die Europäische Zentralbank genug, um die hohe Inflation zu bekämpfen? Andere Zentralbanken haben früher begonnen, sind der Zinsschraube zu drehen und sind dabei deutlich aggressiver.

PASCHAL DONOHOE: Ja das sind sie. Und ich habe volles Vertrauen in die Europäische Zentralbank, dass sie zu gegebener Zeit die geeigneten Maßnahmen ergreifen wird. Die Höhe der Inflation und ihre Zusammensetzung sind nicht überall gleich und darauf nimmt die No-

tionen, die sie im kommenden Jahr treffen werden. Gäbe es den Energiepreisschock nicht, würden wir nur über die Koordinierung von Finanz- und Geldpolitik sprechen. Aber die Bekämpfung der Inflation ist im Moment besonders anspruchsvoll, weil wir Geldpolitik, Haushaltspolitik und zusätzlich noch Energiepolitik koordinieren müssen. Die Koordination ist also komplexer als in vergangenen Perioden hoher Inflation. Aber ich glaube, wir werden diese Aufgabe bewältigen.

Schön, dass Sie die Notwendigkeit erkannt haben, in den europäischen Hauptstädten fehlt die Einsicht bisher offenbar. Die nationalen Regierungen überbieten sich bei Hilfsprogrammen und verteilen Hunderte von Milliarden mit der Gießkanne, um Haushalten und Firmen mit den hohen Energiepreisen zu helfen. Das konterkariert die straffere Geldpolitik. Es scheint, als ob die Politik nicht zugeben will, dass im Kampf gegen die Inflation auch Härten nötig sind und dass einige Gruppen im Kampf um die Inflation verlieren werden.

Wir erkennen die Notwendigkeit an, die Inflation zu senken, und sind dazu be-

reit. Aber der Energieschock ist so gewaltig, dass er nicht nur Einkommen gefährdet, sondern auch Beschäftigung. Natürlich ist es verständlich, dass die Regierungen gehandelt haben, um Arbeitsplätze zu schützen und auszugleichen, dass Russland Energie als Waffe einsetzt. Die Haushaltspolitik in der Euro-Zone hat in diesem Jahr die Konjunktur und die Inflation zusätzlich angetrieben. Da sind wir uns unter den Finanzministern der Euro-Zone einig. Und wir haben uns verpflichtet, im nächsten Jahr einen neutralen finanzpolitischen Kurs zu fahren, also die Konjunktur nicht zusätzlich zu stimulieren. Denn eines ist klar. Wenn die Energiehilfen, die nationale Regierungen 2022 entwickelt haben, im kommenden Jahr und darüber hinaus fortgesetzt wer-

den und wenn sie von der Gestaltung und dem Umfang her unverändert bleiben, besteht die Gefahr, dass sie die Konjunktur und die Inflation weiter anheizen. Das zu verhindern, wird unsere Aufgabe für den Anfang des nächsten Jahres. Vor allem in der ersten Hälfte des nächsten Jahres wird es darum gehen, dieses Gleichgewicht zu halten.

Das wird schwierig genug werden. Einige Mitgliedstaaten fordern jetzt sogar, neue gemeinsame EU-Schulden zu machen, um finanziell weniger starken Staaten bei den Energiehilfen zu unterstützen.

Die vorhandenen Mittel reichen aus, um auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren. Einige Regierungen plädieren öffentlich für neue Finanzierungsmodelle und neue Finanzierungen. Aber der einzige Konsens, den es derzeit auf der Ebene der Finanzminister gibt und die einzige Vereinbarung, die besteht, deckt bestehende Haushaltsinstrumente und das Corona-Wiederaufbauprogramm NextGeneration EU. Über alles, was über NextGeneration EU hinausgeht, gibt es im Moment keinen politischen Konsens. Die EU hat außerdem mit dem REPowerEU-Programm bereits Mittel aus dem Corona-Wiederaufbaufonds für die Bewältigung des Energieschocks umgewidmet.

Es gibt inzwischen auch die Überlegung, auf den Inflation Reduction Act in den USA mit neuen EU-Subventionen zu reagieren. Es gibt sogar Forderungen, solche Subventionen mit neuen gemeinsamen Schulden auf EU-Ebene zu finanzieren.

Wir haben bereits ein sehr umfassendes und umfangreiches System von Zuschüssen im Rahmen des Wiederaufbauprogramms NextGeneration EU. Es wäre für uns alle ein Verlust, wenn wir einen Subventionswettbewerb mit den USA beginnen würden. Das Geld der Steuerzahler ist kostbar und wir haben in Europa bereits hocheffiziente Industrien. Deshalb ist es wichtig erst einmal auf Handelsdiplomatie zu setzen. Die Finanzminister der Euro-Zone und ich werden die Ergebnisse der Gespräche mit den USA abwarten, bevor wir uns eine Meinung bilden und überlegen, ob weitere Maßnahmen erforderlich sind.

Eine letzte Frage: In dieser heiklen Situation dürfte es für die EU-Mitgliedstaaten schwierig werden, sich auf neue Schuldenregeln für die Euro-Zone zu einigen. Bundesfinanzminister Christian Lindner hat bereits gesagt, dass er die gegenwärtigen Vorstellungen der Kommission nicht teilt.

Ja, der Zeitraum für die Reform der Fiskalregeln ist anspruchsvoll. Aber bis zum nächsten März müssen wir erhebliche Fortschritte erzielt haben, wenn es darum geht, wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt künftig angewandt werden soll. Der einfache Grund dafür ist, dass die Regierungen im zweiten Quartal 2023 wichtige Entscheidungen für ihre Haushaltspläne für das Jahr 2024 treffen werden. Der Zeitraum ist zwar hart und anspruchsvoll, aber wir haben eigentlich kaum eine andere Wahl. Im Januar, Februar und März liegt viel Arbeit vor uns.



PATRICK BOLGER/VOLVOBOERIG

Zur Person

Paschal Donohoe ist irischer Finanzminister und seit Juli 2020 Vorsitzender der Euro-Gruppe, einer Runde der Finanzminister der Euro-Zone. Am Montag wurde der 48-Jährige für eine zweite Amtszeit von zwei Jahren und sechs Monaten wiedergewählt. Der Politiker ist Mitglied der bürgerlich-liberalen irischen Partei Fine Gael. Er war vor seiner politischen Karriere Marketingmanager bei Procter&Gamble. Er sitzt im Dáil Éireann, dem Unterhaus des irischen Parlaments, und ist seit Juni 2017 Finanzminister seines Landes.

Degeneriert der deutsche Pass zur wertlosen Billigware, wenn er für Ausländer ohne lange Wartezeiten zu haben ist? Oder ist er für Personen mit einem Migrationshintergrund wichtige Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland? Die Ampel-Koalition streitet mit den Unionsparteien und der AfD darüber, ob eine Einbürgerung am Anfang oder am Ende eines gelingenden Integrationsprozesses erfolgen soll.

Bei der Suche nach vernünftigen Antworten wird gerne auf wissenschaftliche Einsichten verwiesen. Und da zeigt sich ein relativ eindeutiges und einhelliges empirisches Ergebnis: Je früher die Staatsangehörigkeit verliehen wird, umso besser stehen für Personen mit einem Migrationshintergrund die Chancen, sich erfolgreich zu integrieren. Diese Erkenntnis gilt nicht nur andernorts.

Sie trifft auch hierzulande zu, schreiben Christina Gathmann und Ole Monscheuer in einem in der letzten Woche von der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichten Überblicksartikel. Die beiden erkennen eine „überzeugende Evidenz dafür, dass Einbürge-

KOLUMNE

Migranten lieber früher einbürgern

THOMAS STRAUBHAAR



rung die ökonomische und soziale Integration deutlich erhöht. Insbesondere Frauen profitieren von schnellerem Zugang zur Staatsbürgerschaft und können dadurch ihre wirtschaftliche und soziale Stellung in der deutschen Gesellschaft verbessern.“ Der aktuelle Da-

tenreport 2021 des Statistischen Bundesamts in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl renommierter Forschungsinstitute liefert weitere überzeugende empirische Belege dafür, Personen mit Migrationshintergrund lieber früher als später einzubürgern. Er offenbart nämlich, dass sich (Spät-)Aussiedler aus Rumänien, Polen und den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, die nach der Wiedervereinigung zuwanderten, weit erfolgreicher in Deutschland integriert haben als türkischstämmige Personen mit einem Migrationshintergrund.

Der Vergleich von Personen mit türkischen und osteuropäischen – insbesondere russischen – Wurzeln ist deshalb besonders interessant, weil für beide Gruppen ähnlichen Voraussetzungen zutrafen. Für beide Bevölkerungsgruppen war Deutschland, zumindest zunächst, in nahezu allen Belangen ein fremdes Land. Gesellschaftliche Verhaltensweisen, politische Spielregeln und Standards einer industrialisierten Wissensökonomie hatten mit den agrarisch geprägten Herkunftsregionen, also der Türkei oder der Sowjetunion, wenig bis nichts gemein.

In einem Punkt jedoch unterschieden sich (Spät-)Aussiedler und Türken fundamental. (Spät-)Aussiedler erhielten sofort die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie waren vom ersten Tag an vollständig gleichgestellt. In einem gewissen Sinne, der Integrationshilfen wegen, waren sie sogar privilegiert. Ganz etwas anderes galt im Falle der Gastarbeiterwanderung aus der Türkei. Sie wurde als temporär verstanden. Türken sollten in Deutschland Geld verdienen, sparen und nach ein paar Jahren wieder nach Hause zurückkehren.

Wer aber wie ein Gast behandelt wird, wird sich in dieser Tendenz auch wie ein Gast verhalten. Als Gast fühlt man gegenüber dem Gastgeber keine unkündbare Loyalitätsverpflichtung. Man ist nicht wirklich bereit, alles auf die Karte des Gastlandes zu setzen und alles für eine gelungene Integration auf sich zu nehmen. Man rechnet ja damit, dass man früher oder später wieder in die Heimat zurückkehren muss. Bei allem, was man tut, wird man deshalb stets seinen Gaststatus bedenken und nur mit halbem Herzen und begrenztem Einsatz für den Gastgeber enga-

giert sein. Das gilt für Investitionen in Sprache, Kultur, Freundschaft, soziale Kontakte und Karriere. Und nicht zuletzt bleibt man als Gast auch gefährdet, gegenüber Einheimischen diskriminiert und benachteiligt zu werden.

Die Folgen des Gastzustands führten mit dazu, dass die türkischstämmige Bevölkerung hierzulande bis heute einen hohen Bildungsrückstand aufweist – gerade auch im Vergleich zur russischstämmigen Bevölkerung. Beispielsweise erreichten im Jahr 2018 elf Prozent der türkischstämmigen Personen lediglich einen Grundschulabschluss und nur gerade sieben Prozent verfügten über einen Bachelor- oder Masterabschluss. Demgegenüber gab sich einzig ein Prozent der (Spät-)Aussiedler mit einem Grundschulabschluss zufrieden, schafften aber zwanzig Prozent einen Bachelor- oder Masterabschluss.

Die Bildungsrückstände finden ihr Echo bei der Beschäftigung. Bei den türkischstämmigen lag die Arbeitslosenquote 2018 bei vierzehn Prozent, bei den (Spät-)Aussiedlern bei sechs Prozent. Nur 39 Prozent der türkischstämmigen arbeiteten Vollzeit, bei den

(Spät-)Aussiedlern hingegen waren es 58 Prozent. Das monatliche Nettoerwerbseinkommen betrug für türkischstämmige 1400 Euro, für (Spät-)Aussiedler 1800 Euro. Nahezu alle ökonomischen Kriterien bestätigen eine Beobachtung: während (Spät-)Aussiedler sich bei Erwerbsbeteiligung, Beschäftigung, beruflicher Stellung und Einkommen kaum (mehr) von Personen ohne Migrationshintergrund unterscheiden (und oft sogar besser dastehen), sind und bleiben türkischstämmige besonders stark vom Armutsrisiko betroffen.

Der Vergleich der relativ erfolgreichen (Spät-)Aussiedler mit den relativ armutsgefährdeten Türkeistämmigen vermittelt eine klare Botschaft: Anstatt immer mehr Menschen aus immer weiter entfernten Regionen anwerben zu wollen, sollten jene besser und schneller integriert werden, die hier geboren oder lange schon eingewandert, aber immer noch Fremde geblieben sind.

Thomas Straubhaar ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere internationale Wirtschaftsbeziehungen, an der Universität Hamburg.



Das Dialyse-Geschäft ist Fresenius' Achillesferse

Wenn die Niere versagt, kommen Verfahren der Fresenius-Tochter FMC zum Einsatz. Doch das Unternehmen ist selbst ein Problemfall

Die Botschaft war unmissverständlich: „Wir müssen die Resettaste drücken“, so hat Fresenius-Chef Michael Sen jüngst seinen Plan für den angeschlagenen Konzern skizziert. Bei der Fresenius-Tochter FMC ist mit dem überraschenden Weggang von Konzernchefin Carla Kriwet die Resettaste nun sogar noch schneller gedrückt worden als erwartet.

VON ANJA ETTTEL

Kriwet, die im Oktober früher als geplant auf den Chefposten der Dialyse-Tochter gerückt war, tritt nach gerade einmal zwei Monaten wieder ab. Ihre Nachfolgerin ist die bisherige FMC-Finanzchefin Helen Giza. Als Grund für den Wechsel werden diplomatisch „strategische Differenzen“ angeführt. Tatsächlich lässt der mittlerweile vierte Wechsel im Vorstand von Fresenius und Fresenius Medical Care binnen vier Monaten tief blicken. Das Mutter-Tochter-Konstrukt, das seit dem Ausbruch der Pandemie vom gefeierten Erfolgsduo zur Krisenfamilie wurde, ist noch immer auf der Suche nach dem richtigen Konzept

Eine Zerschlagung des kriselnden Gesundheitskonzerns wird jetzt immer wahrscheinlicher. Die Tochter FMC ist das größte Sorgenkind

für die Zukunft. Die von einigen Börsianern geforderte Zerschlagung des verschachtelten Konglomerats aus Fresenius und den vier Töchtern Kabi, Helios, Vamed und eben FMC wird mangels überzeugender Alternative mittlerweile immer wahrscheinlicher.

„FMC hat aus Investorensicht längst nicht mehr dieselbe Attraktivität wie noch vor der Pandemie. Ich würde mir daher zeitnah mehr Klarheit bezüglich einer Dekonsolidierung wünschen“, urteilt Florian Oberhofer, Portfoliomana-

ger bei Union Investment. „Michael Sen hat das Mandat, etwas zu bewegen.“

Das Urteil der Börse jedenfalls fällt eindeutig aus: Allein in den vergangenen drei Jahren hat die Fresenius-Aktie rund 47 Prozent eingebüßt, bei FMC sind es sogar 54 Prozent. Immer wieder weisen Analysten darauf hin, dass die Summe der Einzelteile bei Fresenius an der Börse deutlich mehr wert wäre als das Gesamtkonstrukt. Einer Studie von Barclays zufolge beträgt der Konglomeratsabschlag für die Fresenius-Aktie rund 40 Prozent. Die Marktbewertung des einstigen Börsenstars liegt derzeit bei nur noch 14,8 Milliarden Euro.

Im Kern dreht sich daher alles um die Frage, welche Zukunft das eigenwillige Gebilde noch hat. Während sich Kabi und Helios zuletzt vergleichsweise solide präsentierten und die Wachstumsträger im Konzern sind, vermeldete die ebenfalls im Dax notierte FMC Ende Oktober erneut einen drastischen Ergebniseinbruch. Während der Pandemie machte dem Konzern zunächst die hohe Übersterblichkeit von Dialysepatienten zu schaffen, zuletzt verhagelten vor allem massiv steigende Personalkosten wegen hoher Fluktuation und Personaleng-

pässen im Dialysesektor das Geschäft des Anbieters. FMC und in der Folge auch Fresenius mussten die eigenen Gewinnziele zum zweiten Mal in diesem Jahr deutlich senken. FMC erwartet jetzt wie schon im Vorjahr einen drastischen Gewinnrückgang um rund 25 Prozent, bei Fresenius wird mit einem Minus von zehn Prozent gerechnet.

Zwar ist Fresenius nur mit rund 32 Prozent der Anteile an der Tochter beteiligt, kontrolliert FMC aber vollständig über die Konstruktion einer Kommanditgesellschaft auf Aktien. Entsprechend wird FMC in der Bilanz vollständig konsolidiert. Um das zu ändern, müsste Fresenius den Anteil auf 25 Prozent oder darunter senken. Möglich wäre das über einen Teilverkauf oder über ein Spinoff. Auf diese Weise könnte Fresenius auch die eigene Berichterstattung deutlich vereinfachen, allerdings stellt sich die Frage, was in diesem Szenario mit den hohen Schulden von FMC passieren soll. Üblicherweise werden Konzerntüchter einerseits nicht unbedingt hochverschuldet in die Eigenständigkeit entlassen, andererseits liefe der Mutterkonzern Gefahr, dass der ohnehin hohe Verschuldungsgrad dann sogar noch weiter steigt.

Konzernchef Sen hat bereits angekündigt, dass alle Geschäfte „von oben nach unten“ geprüft werden und der Fokus in allen Bereichen auf mehr Rentabilität stehen muss. „In einer fundamental gesunden Branche muss sich Fresenius Medical Care noch stärker auf den operativen Turnaround fokussieren und sich auf seinen Kern konzentrieren“, wird Sen in der Konzernmitteilung zum Chefwechsel bei FMC zitiert. Hingegen soll Kriwet eine umfassende und zeitintensive Restrukturierung des Geschäfts mit den Dialysekliniken in den USA geplant haben.

Diese Zeit hat FMC an der Börse nicht unbedingt. Denn für zusätzlichen Druck sorgt auch, dass im Oktober der aktivistische US-Investor Paul Singer mit seinem Hedgefonds Elliott bei Fresenius eingestiegen ist. Laut der Agentur Bloomberg hat Elliott kürzlich zudem eine Leerverkaufsposition von 0,64 Prozent an FMC offengelegt. Mit dieser Wette auf fallende Kurse bei der Tochter sichert Elliott nicht nur sein Investment bei Fresenius ab. Es gilt zugleich als klares Votum dafür, was aus Sicht des mächtigen Investors Singer perspektivisch bei Fresenius und FMC zu geschehen hat.

Zwar werden noch andere Varianten durchgespielt – etwa ein Verkauf von Vamed, ein Teilverkauf oder Börsengang der Klinikette Helios und die Konzentration auf eine Art erweitertes Kerngeschäft von Fresenius als „Kabi Plus“. Doch bisher gelten diese Optionen im Vergleich zur Zukunftsfrage bei FMC als weit weniger wahrscheinlich. „Eine Reduzierung des Anteils wäre eine Möglichkeit, damit Fresenius FMC nicht mehr voll bilanzieren muss. Allerdings darf es auch nicht so weit kommen, dass am Ende eine hochverschuldete Mutter Fresenius übrig bleibt“, urteilt Portfoliomanager Oberhofer. „Einen Verkauf der Klinikette Helios zum Beispiel würde ich daher deutlich kritischer sehen. Das Geschäftsfeld ist dank der starken spanischen Kliniktochter Quironsalud für Fresenius weiterhin interessant.“ Der Experte hofft, dass Sen „zeitnah mehr Klarheit“ in das Gesamtkonstrukt Fresenius und FMC bringt: „Bis zur Hauptversammlung im nächsten Frühjahr sollte endlich klar sein, wo die Reise hingeht.“

Soforthilfe: Dienst berechnet Entlastung

Verbraucherschützer bieten Gaskunden Onlinetool an

Gaskunden können ihre Entlastung durch die Dezember-Soforthilfe ab sofort mit einem Online-Rechner der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen berechnen. „Mit unserem Online-Rechner sehen Verbraucher schon jetzt, wie hoch ihre tatsächliche Entlastung sein wird“, hieß es in einer Mitteilung der Verbraucherzentrale vom Mittwoch.

Die Abschlagszahlungen von Gaskunden werden im Dezember in einem zweistufigen Verfahren vom Bund übernommen. „Zunächst wird der Dezemberabschlag erlassen, mit der Jahresrechnung wird aber noch einmal genau nachgerechnet“, sagte die Energiemarktexpertin der Verbraucherzentrale NRW, Christina Wallraf.

Für die Berechnung brauchen Verbraucher ihre letzte Jahresabrechnung und müssen ihren Bruttopreis je Kilowattstunde für Dezember 2022 kennen. Mieter können den Preis beim Vermieter erfragen. Die Entlastung berechnet sich aus den Dezemberpreisen multipliziert mit einem Zwölftel des Jahresverbrauchs, den der Versorger im September 2022 für den Haushalt prognostiziert hatte. Zusätzlich wird der anteilige Grundpreis für Dezember erstattet. Bei Mieterinnen und Mietern kommt die Entlastung allerdings zumeist erst mit der nächsten Betriebskostenabrechnung, also im neuen Jahr, an.

Die Entlastungen sollen automatisch beim Kunden landen. Wenn Verbraucher ihrem Gaslieferanten eine Einzugsermächtigung erteilt haben, müssen sie nichts weiter tun. „Sie sollten jetzt kontrollieren, ob die Abbuchung für Dezember ausgesetzt wurde oder ob sie eine Gutschrift erhalten haben“, so die Verbraucherzentrale. dpa

ANZEIGE

Volks-Weihnachtsbaum

EINER FÜR ALLE!

Weihnachten für Groß und Klein mit dem Volks-Weihnachtsbaum von OBI

Edle Nordmantanne

-  ausgesuchte Qualitätstanne
-  gerader Wuchs, dichte Nadeln
-  nicht stechend, lange haltbar
-  in verschiedenen Größen erhältlich



Größe L
29,99*

Größe M
22,99*

Größe S
17,99*



Eine gemeinsame Volks-Aktion von

OBI
ALLES MACHBAR

Bild.de

Tägliche Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

07.12.22 Währung | ISIN | Ausgabe | Rücknahme | +/- % | 3 J. Perf.

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)



Table listing various ESG funds such as DBA ausgewogen*, DBA dynamisch*, DBA konservativ*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



ETH Global Impact* € DE000A2QCXY8 94,90 94,90 -1,29

Metzler Asset Management GmbH RWS-AktiefondNachst* € DE0009763300 92,90 88,48 -0,55 +10,52

ODDO BHF Asset Management Exk-PolarisBd Drw € LU0319574272 82,94 80,52 -0,30 +5,21



Table listing Ökoverse Classic, Ökoverse 2025, Water For Life C, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing Union Investment funds such as PrivatFonds Nachst*, UnionAktie A*, UnionAktie A*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing Alte Leipziger Trust funds such as Euro Short Term*, Aktien Deutschland*, AL Trust Euro Relax*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing BNP Paribas Real Estate funds such as BNP Pp MacStone P, INTER ImmoProfil, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing DAVIS FUNDS SICAV funds such as Global A*, Value Fund A*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing C&P Funds (Creutz & Partners) funds such as C&P Funds Classic*, C&P Funds Quantix*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing Commerz Real hausswert fund with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing DAVIS FUNDS SICAV funds such as Global A*, Value Fund A*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing various Deka funds such as AriDeka CF*, BasisStrat Flex CF*, BasisStrat ReTF A*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Deka International (Lux)

Table listing Deka International (Lux) funds such as 1822 Str.Champ.Pl.*, 1822 Str.Chance*, 1822 Str.Wachstum*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Deka Immobilien Investment

Table listing Deka Immobilien Investment funds such as Deka Immo Europa*, Deka Immo Global*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Deka-Vermögensmanagement GmbH

Table listing Deka-Vermögensmanagement GmbH funds such as Deka-BaZstZoff 25*, Deka-PfSel ausgw*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

DWS Offene Immobilienfonds

Table listing DWS Offene Immobilienfonds funds such as grundb. europa IC, grundb. europa RC, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing ETHENEA funds such as Ethna-AKTIV A, Ethna-AKTIV T, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing Ethna-DEFENSIV T, Ethna-DYNAMISCH A, Ethna-DYNAMISCH T funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing Flossbach von Storch funds such as Bond Opport R*, Curr Diversif Bd R*, Der erste Schritt R*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing Gutmann Kapitalanlage funds such as PRIME Val Growth T, Prime Values Inc T, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing HAUCK AUFHAUSER FUND SERVICES funds such as ERBA Invest OP, HAL Eurov SmCap Eq, HAL MultiAsset Con, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing HEEMANN funds such as FU Bonds Monthly*, FU Dachfonds*, FU Multi Asset P*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing hwb funds such as HWB Alex.Str.Pf R*, HWB Alex.Str.Pf V*, HWB DfbsVvVici R*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing IPConcept (Luxemburg) S.A. funds such as ME Fonds PERGAMONF, ME Fonds Special V, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing LB&W Asset Management funds such as RentaMax R*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing LRI Invest S.A. funds such as ALTIS Bal Value*, ALTIS Global Res*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing LVM VERSICHERUNG funds such as Euro-Kurzläufer*, Europa-Aktien*, Euro-Renten*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing MEAG funds such as Dividende A*, EM Rent Nachst., ERGO Vermög Ausgew*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

ANZEIGENSONDERVERÖFFENTLICHUNG

Table listing Metzler Asset Management GmbH funds such as RWS-DYNAMIK A*, RWS-ERTRAG A*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing NOBIS funds such as LiLux Convert*, LiLux-Rent*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing Nomura Asset Management Europe funds such as Asia Pacific*, Asian Bonds*, Real Protect*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing ODDO BHF Asset Management funds such as Basis-Fonds I Nach*, DC Value One (T)*, DC Value One P(t)*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing ODDO BHF Luxembourg funds such as Grand Cru, Grand Cru (CHF), SMS Ars selecta, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.



Table listing Union Investment funds such as PrivFd.Kontr*, PrivFd.Kontr.pro*, Uni2.Jahrh.net*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing Union Investment Luxembourg funds such as PrivFd.Konseq.pro*, UniAsia Pacific A*, UniAsia Pacific A*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing Union Invest Real Estate funds such as Unilmmo.Dt*, Unilmmo.Europa*, Unilmmo.Global*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing Universal Lux funds such as CondarBalance-UI*, CondarChance-UI*, CondarTrends-UI*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing W&W Int. Asset Mgmt. Dublin funds such as SouthEast Asian Eq*, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing Warburg Invest funds such as DMüller Prem Akt E, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing Sonstige funds such as Leading Cities, etc., with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

* Fondspreise etc. vom Vortag oder letzter verfügbar; Währung: € = Euro, \$ = US-Dollar, ¥ = Yen, £ = Brit. Pfund, CH = Schweizer Franken, PL = Polnische Zloty. Alle Angaben ohne Gewähr, keine Anlageberatung und -empfehlung.

Alle Fonds mit weiteren Informationen auf moneyspecial.de/fonds



Funds Service+49 69 26095760 | fundservice@infrontfinance.com
Infront publiziert die Fondsdaten im Auftrag der Fondsgesellschaften als besonderen Service für deren Anleger.

Advertisement for DER FEINSCHMECKER Premium Club. Includes text: 'Ein Jahr lang ganz besondere Genuss-Erlebnisse mit dem FEINSCHMECKER Premium Club', 'Werden Sie Mitglied im DER FEINSCHMECKER Premium Club...', 'Auch zum Verschenken!', 'SCAN ME!', 'www.feinschmecker.de/premium-club'. Features images of people dining and a QR code.

WAS WICHTIG WAR

HAZARD TRITT ZURÜCK

Belgiens Kapitän Eden Hazard hat seine Nationalmannschaftskarriere nach dem WM-Vorrundenaus beendet. Der Mittelfeldspieler von Real Madrid verkündete den Rücktritt via Instagram. „Danke für das ganze Glück seit 2008. Ich habe mich entschieden, meine internationale Karriere zu beenden. Die Nachfolger stehen bereit. Ich werde euch vermissen“, schrieb der 31-Jährige. Roberto Martínez hatte direkt nach dem letzten Gruppenspiel sein Ende als Coach der Rode Duivels verkündet. Zudem war das Team überaltert und zerstritten. Es werden weitere Rücktritte erwartet.

JAPANS TEAM BEJUBELT

Japans Nationalmannschaft und Trainer Hajime Moriyasu sind in der Heimat trotz des Achtelfinal-Ausscheidens begeistert empfangen worden. Zahlreiche Menschen begrüßten das Team Mittwoch am Flughafen Tokio-Narita.

FUSSBALL-WM

Achtelfinale	Ergebnis
Niederlande – USA	3:1
Argentinien – Australien	2:1
Frankreich – Polen	3:1
England – Senegal	3:0
Japan – Kroatien	1:1 i.E.
Brasilien – Südkorea	4:1
Marokko – Spanien	3:0 i.E.
Portugal – Schweiz	6:1

Viertelfinale	Ergebnis
Kroatien – Brasilien	Fr., 9.12., 16.00 Uhr
Niederlande – Argentinien	Fr., 9.12., 20.00 Uhr
Marokko – Portugal	Sa., 10.12., 16.00 Uhr
England – Frankreich	Sa., 10.12., 20.00 Uhr

Halbfinale	Ergebnis
Sieger VF 2 – Sieger VF 1	Di., 13.12., 20.00 Uhr
Sieger VF 4 – Sieger VF 3	Mi., 14.12., 20.00 Uhr

Spiel um Platz 3	Ergebnis
Verlierer HF 1 – Verlierer HF 2	Sa., 17.12., 16.00 Uhr

Finale	Ergebnis
Sieger HF 1 – Sieger HF 2	So., 18.12., 16.00 Uhr

ALLE DATEN UND ZEITEN IN MESZ, STAND: 7.12., 17.30 UHR

WAS WICHTIG WIRD

WIRD RICE RECHTZEITIG FIT?

Englands Mannschaft bangt vor dem Duell mit Frankreich um einen Einsatz des zentralen Mittelfeldspielers Declan Rice. Der 23-Jährige, der bislang in allen vier WM-Partien von Beginn an spielte, fehlte im Training am Mittwoch, weil er sich unwohl fühlte. Auch der angeschlagene Callum Wilson war nicht dabei. Der am Sonntag aus familiären Gründen abgereiste Stürmer Raheem Sterling ist noch nicht wieder zurückgekommen.

DREI SPIELE IM FREE TV

Drei Viertelfinal-Partien werden im frei empfangbaren Fernsehen gezeigt. Der kostenpflichtige Sender MagentaTV der Telekom präsentiert alle Begegnungen in der Runde der besten Acht, davon eines exklusiv: Brasilien gegen Kroatien am Freitag. Das Spiel der Niederlande gegen Argentinien zeigt auch die ARD. Am Samstag ist das ZDF dran.



Brasilien um Superstar Neymar (l.) ist der Titelfeldkandidat schlechthin, Marokko mit Abdelhamid Sabiri die größte Überraschung der WM

AP/MANU FERNANDEZ/PA / AN/ SERIAT CAGDAS

Zwischen Spektakel und Abwehrschlacht

Die Viertelfinal-Spiele der WM in Katar vereinigen das Who's who des Weltfußballs auf sich – mit einer großen Ausnahme

In Deutschland ist Abdelhamid Sabiri immer etwas unter dem Radar dahergeflogen. Für den 1. FC Nürnberg und den SC Paderborn hat er insgesamt 33 Spiele in der Ersten oder Zweiten Liga bestritten, aber der große Durchbruch ist ihm verwehrt geblieben. Vor zwei Jahren hat er sich dann Ascoli Calcio angeschlossen, seit dem Januar ist er für Sampdoria Genua aktiv. Man darf also getrost behaupten, dass der Mann die ganz große Fußballbühne noch nicht vollständig betreten hat. Und dann positioniert sich dieser Abdelhamid Sabiri, 26 Jahre alt, als erster Schütze für sein Team im Elfmeterschießen gegen Spanien. Ein kleines Wagnis für ihn und sein Heimatland, das er mit drei Jahren zusammen mit seiner Familie verlassen hat. Der Mittelfeldspieler bleibt cool, trifft unten rechts und legt so den Grundstein für einen der größten Coups bei dieser Weltmeisterschaft: den 3:0-Sieg über den Titelträger von 2010 und Mitfavoriten auf den Titelgewinn, den erstmaligen Viertelfinaleinzug der Marokkaner bei einer WM überhaupt – und die Aussicht, dass dieser Traum noch weitergehen könnte. „Für uns Spieler ist das der glücklichste Tag in unserem Leben. Denn es ist nicht einfach, dorthin zu kommen, wo wir jetzt hingekommen sind. Deshalb haben wir das auch verdient“, sagt Sabiri später.

VON JENS BIRSCHWALE

Sabiri, der vor seinem Debüt am 23. September 2022 für sein Geburtsland auch fünf Spiele für die deutsche U21-Auswahl absolviert hat, ist wichtiger Bestandteil einer Auswahl, die überraschend im Viertelfinale steht. Mit den Grundtugenden einer stark und clever verteidigenden Mannschaft hat Marokko schon in der Gruppenphase die Goldene Generation der Belgier auf die Heimreise geschickt und nun mit Spanien den nächsten sehr viel höher ein-

geschätzten Gegner bezwungen. Verglichen mit den anderen sieben Teilnehmern, die ab Freitag ihre Viertelfinalspiele bestreiten, erzeugt Marokko zwar längst nicht soviel Glanz und Spektakel, aber gegen die Mannschaft von Trainer Walid Regragui ist es unfassbar schwer, ein Tor zu erzielen oder auch nur klare Möglichkeiten herauszuspielen. Einzig Kanada ist in den bisherigen vier Spielen des nordafrikanischen Teams bei der Winter-WM in Katar ein Treffer gelungen. Und dabei hat auch noch Innenverteidiger Nayef Aguerd ins eigene Netz getroffen.

Getreu dem Motto „Die Offensive gewinnt Spiele, die Defensive Meisterschaften“ setzt Marokko seinen Siegeszug fort und trifft nun am Samstag (16 Uhr) auf Portugal um den zuletzt degradierten Cristiano Ronaldo (siehe Text unten). Die anderen K.o.-Duelle vereinigen derweil das Who's who des Weltfußballs auf sich: Zum Auftakt trifft Brasilien am Freitag (16 Uhr) auf Kroatien, danach müssen sich Lionel Messi Argentiner gegen die Niederlande behaupten (20 Uhr), tags darauf messen sich neben Marokko und Portugal auch England und Frankreich im direkten

Duell (20 Uhr). Selten zuvor in der seit 1930 währenden WM-Geschichte hat es eine derart kompakte Ansammlung an Spitzenklassenspielen innerhalb von zwei Tagen gegeben.

Dass die deutsche Auswahl zum Zeitpunkt des Turniers längst schon den Rückflug angetreten hat, dokumentiert, wie weit das Team inzwischen von der Weltklasse entfernt ist. Und bei realistischer Betrachtungsweise ist auch zu konstatieren, dass die Mannschaft von Bundestrainer Hansi Flick bei der mäßigen Leistungsschau im Emirats nichts verloren hätte in den K.o.-Runden. Turniermentalität hin oder her.

Das beste Zwischenzeugnis nach den Achtelfinalspielen geht mit deutlichem Abstand an eine Mannschaft: Brasilien. Die Auswahl um den nach einer Verletzung in der Vorrunde rechtzeitig zurückgekehrten Superstar Neymar hat den bislang stärksten Eindruck hinterlassen. Es ist nicht nur die Angriffswucht, die das Team erzeugt, sondern die Tatsache, dass es keine bislang erkennbaren Schwächen in irgendeinem Mannschaftsteil gegeben hat. Hinten steht vor dem formidablen Alisson im Tor eine Viererabwehrkette um den 38-

jährigen Altstar Thiago da Silva, die wenig Chancen für den Gegner zulässt. Im Mittelfeld fungiert in Casemiro einer der besten Sechser der Welt als Schwungrad. Und die Offensivwucht sucht ihresgleichen: Der Dreier-Angriff mit Raphinha, Richarlison und Vinicius Junior ist wegen seiner Rasanaz und Schnelligkeit kaum für den Gegner zu kontrollieren, und wenn dahinter auch noch Neymar als kreativer Freigeist wirken darf, ist das schon ein Ensemble, das Maßstäbe in Katar gesetzt hat. Sollte die Seleção jene Machtdemonstration fortsetzen können, ist ihr der sechste Titelgewinn gewiss.

Mit etwas Abstand kommt der Titelverteidiger daher. Frankreich spielt nach wie vor den von Disziplin geprägten Stil des Trainers Didier Deschamps, hat aber in Kylian Mbappé den vielleicht besten Individualisten dieser WM in seinen Reihen. Das macht das Team unberechenbar, auch wenn die Auftritte bislang nicht mit denen der Brasilianer zu vergleichen sind. Ähnliches gilt für einen anderen Superstar der K.o.-Runde: Lionel Messi. Bei seiner letzten WM-Teilnahme überzeugte der 35-jährige Ex-Weltfußballer als Wandler zwischen Spielmacher- und Mittelstürmerposition. Aber weil viele seiner Mitspieler nicht zur gehobenen Weltklasse zählen, dürfte es für Messi schwer werden, den einzigen Triumph, der ihm in seiner Titelammlung noch fehlt, zu erringen. Ein Urteil, das auch für England und Kroatien gilt. Die Teams um die Kapitäne Harry Kane und Luka Modric können an guten Tagen die ganz Großen ärgern, mehr aber auch nicht.

Und was sagt der oberste Boss dazu? Selbstredend hat Gianni Infantino „die beste Gruppenphase einer WM, die es je gab“, gesehen. „Wir hoffen“, so der Präsident des Fußballweltverbandes Fifa, „dass die Weltmeisterschaft so weiter geht und so endet, wie sie begonnen hat, nämlich als fantastischer Erfolg.“

Spaniens Team: „Acht Jahre zum Weinen“

Presse kritisiert Spieler, Trainer und Verband

Die spanischen Medien haben nach dem erneut frühen WM-Aus ihres Nationalteams nicht nur Trainer Luis Enrique, sondern ähnlich wie in Deutschland auch den Verband kritisiert. „Nur drei Siege (gegen Australien, Iran und Costa Rica) bei den beiden letzten Weltmeisterschaften. Für ein Land, das eine der besten sportlichen Strukturen der Welt hat, ist das unterm Strich schrecklich“, schrieb „Marca“ nach dem Achtelfinal-Aus im Elfmeterschießen gegen Marokko und bilanzierte: „Acht Jahre zum Weinen.“

Der Weltmeister von Südafrika 2010 hatte sich 2014 in Brasilien ein peinliches Vorrunden-Aus geleistet, scheiterte dann vier Jahre später in Russland gegen das Gastgeber-Team bereits wie jetzt in der ersten K.o.-Runde im Elfmeterschießen. Das Portal „As“ meldete „ernsthafte Zweifel“ an Luis Enrique an, dessen Vertrag zum Jahresende ausläuft und der seine Zukunft nach dem Aus am Dienstagabend in Al-Rajjan offen ließ. „Der Nationaltrainer hat es nicht besser gemacht als (sein Vorgänger) Fernando Hierro, das spricht gegen ihn. Es gibt Argumente für ihn, aber auch welche dagegen, und einige von denen wiegen schwer.“

Nach Ansicht der Experten von „Sport“ fehlen dem Team Fußballer wie sie der FC Barcelona jahrelang hatte mit Lionel Messi, Neymar und Luis Suárez. „Drei Persönlichkeiten, die alleine den Unterschied ausmachen können. Spanien kann auf so etwas im Moment nicht zählen“, hieß es. Kapitän Sergio Busquets, der einzig verbliebene WM-Held von 2010 im Kader, hatte seinen Elfmeter wie Pablo Sarabia und Carlos Soler verschossen. „Ein trauriger und brutaler Epilog“ so das WM-Fazit der Tageszeitung „La Vanguardia“. DW



Frustriert und traurig: Trainer Luis Enrique und Sergio Busquets

Fan-Protest bei St. Pauli nach Trainer-Aus

Kritik an der Freistellung von Timo Schultz

Zweitligist FC St. Pauli will sich bei der Suche nach einem Nachfolger für den am Dienstag freigestellten Trainer Timo Schultz Zeit lassen. „Wir werden überhaupt nicht aktionistisch und hektisch“, sagte Klub-Präsident Oke Göttlich. Eine Entscheidung soll spätestens gefallen sein, wenn das Team am 2. Januar ins Trainingslager nach Spanien fährt.

Dem Vernehmen nach soll sich Sportchef Andreas Bornemann bereits mit Florian Kohfeldt getroffen haben. Kohfeldt war bis Mai 2022 Trainer beim VfL Wolfsburg. Nach der schlechten Rückserie der Saison 2021/22 und der noch schlechteren ersten Hälfte der Spielzeit 2022/23 hatte der FC St. Pauli am Dienstag reagiert und sich von Schultz sowie Co-Trainer Loic Favé getrennt. Die Hamburger stehen mit 17 Punkten auf dem 15. Platz – punktgleich mit Arminia Bielefeld auf dem Relegationsrang und dem 1. FC Magdeburg auf dem 17. Platz.

Unter den Fans des Klubs wird deutliche Kritik an der Trennung von Schultz geübt. Die meisten sehen Sportchef Bornemann gleichsam in der Verantwortung für die sportliche Lage. In Social-Media-Kanälen und auf der Internetplattform change.org forderten Fans am Mittwoch, „die Kündigung von Timo Schultz und seinem Team“ zurückzunehmen. „Der überwiegende Teil der Fans des FC St. Pauli sieht das als Fehler an! Wer den FC St. Pauli liebt, würde niemals, zu diesem Zeitpunkt, eine Identitätsfigur, wie Timo Schulz (Schulle), vor die Tür setzen“, heißt es in der Petition „Schulle muss bleiben“. Bis Mittwochmittag hatten mehr als 2000 User den Antrag unterstützt. DW

Bei der Frage nach Ronaldos Zukunft weicht sein Trainer aus

Der Superstar ist gegen die Schweiz nur Edelreservist. Portugals Coach Santos gibt ihm auch keine Garantie für das Duell gegen Marokko

Was blieb ihm anderes übrig, Cristiano Ronaldo musste Lob verteilen. Ein 6:1 ohne sonderlich großes eigenes Zutun, er lediglich eingewechselt in der 74. Minute gegen die Schweiz, da gebot es der Anstand, das vermutlich gekränkte Ego hinten anzustellen. Der 37 Jahre alte Edelreservist befand also am frühen Mittwochmorgen via Instagram, dass diese Torgala ja nun wirklich ein „historisches Ergebnis im größten Wettbewerb des Weltfußballs“ sei, der Traum lebe („Bis zum Ende! Komm schon, Portugal“) und das Team ja nun mal eine „Luxusansammlung voller Talent und Jugend“ auf den Platz bringe. Und ihn eben auf die Bank.

Denn die Jugend hat überzeugt, im Vorfeld und auf dem Platz. Ronaldo musste Goncalo Ramos weichen, einem 21 Jahre alten Talent von Benfica Lissabon. Das war überraschend, zeigte aber Wirkung. „Mit einem 6:1-Sieg ist Trainer Fernando Santos in allen Entscheidungen bestätigt worden“, schrieb etwa

Jürgen Klinsmann in einem Beitrag für die BBC und dass es „für Ronaldo keine einfache Situation“ sei.

Tatsächlich durfte sich Portugals Trainer komplett bestätigt fühlen. Ramos schoss von den sechs Toren drei. Er trug also maßgeblich dazu bei, dass Portugal ins erste WM-Viertelfinale seit dem Turnier 2006 in Deutschland vorstoßen konnte. Nur bei den Weltmeisterschaften 1934 und 1938 hatte es überhaupt höhere Achtelfinal-Siege gegeben. Ramos ist auch der erste Spieler seit Miroslav Klose im Jahr 2002, dem bei seinem WM-Startelfdebüt drei Treffer gelangen. Zudem ist er nun mit 21 Jahren und 169 Tagen der zweitjüngste portugiesische Spieler mit einem WM-Tor. Nur einer war jünger: Ronaldo im Jahr 2006, als er mit 21 Jahren und 132 Tagen gegen den Iran traf. „Beeindruckend“, titelte die portugiesische Zeitung „A Bola“. Dabei hatte der Angreifer bei seiner Nominierung in den WM-Kader noch nicht einmal ein Länderspiel bestritten, das Debüt folgte kurz vor dem Turnier.

Und der Altstar selbst? Es war laut dem Datendienstleister Opta das erste Mal seit 2008, also seit 31 Spielen, dass der bei einem großen Turnier zu Beginn auf der Bank saß. Bei einer WM hatte er gar zuvor in jedem Spiel, in dem er eingesetzt wurde, in der Startelf gestanden. Nur beim dritten Gruppenspiel bei der WM 2006 gegen Mexiko kam er überhaupt nicht zum Einsatz. Gegen die Schweiz erzielte er ein Abseitstor und verschwand nach Schlusspfiff als erster Portugiese wieder vom Rasen.

Sein Trainer musste sich nach dem Spiel natürlich erklären, Ronaldo ist immer auch ein Politikum in Portugal, wenn etwas nicht nach so läuft, wie er sich das selbst vorstellt. Das war schon nach dem letzten Gruppenspiel gegen Südkorea so, als er ausgewechselt wurde

und noch auf dem Spielfeld wütend darauf reagierte hatte. Portugiesische Medien wollen die Tirade ausgemacht haben, die da auf Santos abgefeuert wurde. „Du hast ganz schön Eier, mich runterzunehmen“, soll Ronaldo demnach gesagt haben – und dann wohl noch etwas Unflätiges hinterhergeschoben. „Habe ich die Bilder gesehen, als Ronaldo ausgewechselt wurde? Ja“, hatte Santos gesagt: „Hat mir gefallen, was ich gesehen habe? Nein, es hat mir überhaupt nicht gefallen.“ Das ließ Rückschlüsse zu, warum Ronaldo nun eventuell überraschend auf der Bank gelandet sein könnte.

Doch Santos wiggelte solche Gedankenspiele ab. „Cristiano und Ramos sind unterschiedliche Spieler“, versuchte Portugals Trainer zu erklären und betonte, es gebe

„kein Problem mit dem Kapitän der Nationalmannschaft“. Seine Entscheidung für Ramos habe „nichts damit zu tun, diese Angelegenheit ist abgeschlossen“. Ronaldo sei „ein vorbildlicher Profi“. Er lobte aber Ramos auch gleichzeitig für dessen Dynamik, Zweikampfstärke und seinen Zug zum Tor: „Ich wähle die Spieler aus, die am besten zu meiner Strategie passen.“

Ronaldos zukünftige Rolle ließ er dagegen offen. „Das ist etwas, was erst noch definiert werden muss“, sagte der 68-Jährige auf die Frage, ob für seinen Weltstar nun ein neuer Abschnitt im Nationalteam beginne. „Ich habe eine sehr enge Beziehung zu ihm. Wir sind seit vielen Jahren Freunde. Aber wir sind auch Trainer und Spieler. Ich habe ihm gesagt, dass er ein sehr wichtiger Spieler ist, das weiß er“, sagte Santos. Aus seinen Äußerungen ließ sich aber auch heraus hören, dass Ronaldo wohl erst in der Kabine kurz vor dem Spiel erfahren habe, dass er nicht mit von der Partie ist. PK



DAS IST ETWAS, WAS ERST NOCH DEFINIERT WERDEN MUSS

FERNANDO SANTOS, Portugals Trainer

Das Länderspiel tendiert zur Hohen Messe des Nationalismus, besonders bei medial weltweit verbreiteten Turnieren. Die Elf verkörpert das Wir-Gefühl, mehr im Triumph als in der Niederlage. Spieler und Spielweisen können eine Projektionsfläche für Stereotypen bieten. Obwohl sich das Kicken nicht nach einem vorgeblichen Nationalcharakter richtet, ist ein Länderspiel ein Kick für Länderklichs.

VON KLAUS ZEYRINGER

„Danish Dynamite“ oder die „Roten Teufel“ sind Selbststilisierungen zur Gemeinschaftsbildung. Der müde Auftritt der Dänen und Belgier bei dieser Weltmeisterschaft bedeutet jedoch nicht, dass es in ihrer Heimat so müde zugeht wie kürzlich beim Ballgeschiebe vor der gegnerischen Abwehr. Der Misserfolg von Courtois, De Bruyne & Co. sagt nichts über den Konflikt zwischen Flamen und Wallonen. Dass die Löwen der Taranga ins Achtelfinale aufstiegen, gibt keine Aufschlüsse über die Gesellschaft im Senegal: Kein Einziger im Kader spielt dort. Und die Umschalgeschwindigkeit der Franzosen vermag eher zu verdeutlichen, dass derlei unter Macron im Land eben nicht passiert. Auch wenn man das Ausscheiden der Deutschen mit dem Zustand der Ampelkoalition in Verbindung bringen wollte: Es sind Gedankenspiele über Spielzüge.

Nur in seltenen Fällen lassen sich plausible Rückschlüsse vom Team auf gesellschaftliche Verhältnisse ziehen. Die iranische Elf betonte ihre Distanz zum Regime, indem sie die symbolische Zugehörigkeitsgeste verweigerte und die Hymne demonstrativ nicht mitsang. Auf ihre Spielweise indes zeitigte das keine Auswirkungen.

Zwar behauptet man in manchen Ländern eine eigene Art des Fußballs – „la nuesta“ in Argentinien, „jogo bonito“ in Brasilien. Bei der heutigen Globalisierung auch auf diesem Feld sind es jedoch schwerlich belegbare Zuweisungen. Inwiefern könnten afrikanische, asiatische, amerikanische Teams Zustände in ihrem Land verkörpern? Die meisten ihrer Spieler sind schon in recht jungen Jahren und die längste Zeit ihrer Karriere in europäischen Clubs engagiert. Was der Fußball tatsächlich vor Augen führt, ist eine Diversität in Gesellschaften und innerhalb der Teams, wie man sie früher, zu Zeiten des „Schweizer Riegel“ oder

des „totaalvoetbal“ der Niederländer, weniger kannte. Immerhin lassen sich aus historischer Distanz ein paar Zusammenhänge zwischen Fußball und Nation erkennen.

Im Mai 1938 empfing Getúlio Vargas die Nationalelf im Catete-Palast von Rio, bevor sie zur WM nach Frankreich abreiste. Der Diktator hatte im Vorjahr seinen „Estado Novo“ errichtet, der „Neue Staat“ sollte ein starkes Identitätsgefühl aufbauen. Für diese „Brasilidade“ war drei Tage lang im Stadion eine passende Hymne getestet worden. Mit Fußball, wusste Vargas, ließ sich das ganze Volk erreichen, um es in einer Gemeinschaft zu binden. Die Weltmeisterschaft gab die Möglichkeit, das Bild des aufstrebenden Landes mit seiner angeblichen „Rassendemokratie“ in Europa zu präsentieren. Die Patenschaft übernahm die Tochter des Präsidenten, die Delegationsleitung der Propagandaminister, und Vargas selbst unterhielt sich beim Empfang ostentativ lang mit den beiden schwarzen Stars der Seleção.

Fußball zeigte sich in diesem Fall als Staatsaktion der Imagepflege, die sich auf eine besondere Spielweise stützte. Sie beruhte mehr auf Gewandtheit als auf hartem Körperinsatz, mehr auf Intuition als auf Organisation. Erheblich zu ihrer Ausprägung hatten dunkelhäutige Kicker wie der frühe Star Arthur Friedenreich beigetragen: Da im rassistischen Ambiente Fouls gegen sie selten geahndet wurden, mussten sie sich technisch versiert und flink bewegen. In Frankreich scheiterte die Elf knapp im Semifinale an den Italienern, die ihrerseits so hart einstiegen, als wollten sie Mussolinis Faschismus auf dem Spielfeld umsetzen.

Bei Brasiliens Heim-WM 1950 ging dann das Entscheidungsspiel gegen den kleinen Nachbarn Uruguay verloren – man hatte sich zuvor bereits als sicherer Weltmeister gewöhnt. Das „Maracanã“ brachte das ganze Land zum Weinen. Aber die derart starke Emotion, wenn auch in der Niederlage, bestätigte das Selbstbild, denn das schöne eigene Spiel war erneut nüchterner Effizienz unterlegen.

Schließlich erfolgte mit den Weltmeistertiteln 1958, 1962 und 1970, mit dem geradezu künstlerischen „jogo bonito“ von Pelé, Didi, Jairzinho die positive Aufwertung. Deren gefinkeltes, lustvolles Spiel – den unglaublichen Dribbler Garrincha nannte man „die Freude des Volkes“ – wirkt bis heute auf die internationale Vorstellung von Brasilien ein, auf

das Image eines Landes der schönen Geste und der freudvollen Fantasie.

Ebenfalls 1938 ging der Versuch, das Deutsche und das Österreichische (eigentlich das Wienerische) zu einer Erfolgsmischung zusammenzuspannen, schief. Im „Wunderteam“ hatten Wiener Kicker als Nationalelf mit Spielwitz geblänzt und den sprichwörtlichen Lebenswitz, den „Schmäh“, aufs Feld gebracht. Nach dem „Anschluss“ ans Nazi-Reich sollten sie mit den kompromisslos organisierten Deutschen eine unschlagbare Mannschaft bilden. Doch diese schied in der Vorrunde gegen die Schweiz aus.

Der damalige Trainer Sepp Herberger war auch 1954 Teamchef, als die Elf der Bundesrepublik die hochfavorisierten Ballkünstler aus Ungarn im WM-Finale von Bern besiegte. Ob es das Ende der Poesie im Fußball sei, fragte ein Wiener Reporter und ein Schriftsteller antwortete: „Nein, nur das Ende des Hexameters.“ Die Vorstellung von den elf Kameraden, die ihren Erfolg quasi „erschufen“, passte zum beginnenden ökonomischen Boom und zur politischen Konsolidierung: Dem „Wirtschaftswunder“ folgte das „Wunder von Bern“.

In beiden Fällen, Brasilien und Deutschland, trug das emotionsstarke Gemeinschaftserlebnis zur Verfestigung des Nationalgefühls und des Images bei. Jeweils übertragen von Medien mit ihren neuen technischen Möglichkeiten, die viel mehr Publikum einzubinden vermochten: in Brasilien 1950 mittels Radio und 1970 erstmals mittels Fernsehen, in der Bundesrepublik 1954 bei der frühesten Art des Public Viewing vor Vitriolen von Elektrogeschäften, in denen TV-Geräte das Match zeigten.

Der Wettkampf, der ja auf Gegnerschaft beruht, ist für Identitätszuweisungen ein gutes Feld. Ein noch besseres, seit ein Karneval der Nationalsymbole die Zusammengehörigkeit sichtbar ins Stadion trägt. Wo das Bosman-Urteil 1995 eine Internationalisierung der Clubteams ermöglichte, bewirkten die demoskopischen Folgen von Migration ihrerseits eine Diversifizierung in Nationalmannschaften.

Den Versuch, ein nationales Image diesen sozialen Entwicklungen anzupassen, unternahm die Medien 1998. Die „Équipe Tricolore“ errang mit einer Elf, die „black-blanc-beur“ repräsentierte (Schwarze, Weiße, Söhne nordafrikanischer Migranten) den WM-Titel. Als die rechtsextreme Partei dieses Bild des Landes nicht als Identitätsabbild sehen woll-



Maradona und Messi-Verkleidung beim Achtelfinale gegen Australien



PICTURE ALLIANCE / EMPICS/MIKE EGERTON

Gute Tage fürs KLISCHEE

Dürfen Deutsche „ineffizient“ spielen? Und können Brasilianer es nur „lustvoll“? Warum man nicht vom Fußball- auf den Nationalcharakter schließen sollte – und es manchmal trotzdem muss



Das „Wunder von Bern“ passte zum Wirtschaftswunder. Doch wofür steht die Elf von Katar?

te, erntete sie Missbilligung, auch aus den eigenen Reihen. Frankreich hatte mehrfarbig gesiegt, sei folglich mehrfarbig zu verstehen. Allerdings gab es eine Gleichheit weder im Team, noch in der Gesellschaft. Und als die Elf beim nächsten Weltturnier in der Vorrunde ausschied, ebte diese Gemeinschaftsvorstellung zwischenzeitlich schnell wieder ab.

Das Stereotypen wandelbar sein können, zeigte sich auch anhand der deut-

chen Elf. Wiedervereinigung und WM-Titel 1990 versprochen Wucht und Selbstbewusstsein. Der Kraftfußball war jedoch schon bei den folgenden Turnieren – mit Ausnahme des Zwischenhochs 2002 – ausgewepert. Das „Sommermärchen“ 2006 nahm das Publikum dann umso lieber an, als ein halbes Jahr zuvor eine schwierige Koalitionsbildung keine besondere Freude am „Deutschen Wesen“ gefördert hatte. Viele Spieler, die da-

DONNERSTAG ARD

- 9.00 HD Tagesschau 9.05 HD Live nach Neun Magazin 9.55 HD Verrückt nach Meer 10.45 HD Meister des Alltags 11.15 HD Wer weiß denn sowas? 12.00 HD Tagesschau 12.15 HD ARD-Buffer Magazin 13.00 HD ZDF-MiMa 14.00 HD Tagesschau 14.10 HD Rote Rosen 15.00 HD Tagesschau 15.10 Sturm der Liebe 16.00 HD Tagesschau 16.10 HD Verrückt nach Meer 17.00 HD Tagesschau 17.15 HD Brisant Magazin 18.00 HD Wer weiß denn sowas? 18.50 HD In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte Arzt-Serie 19.45 HD Wissen vor acht 19.55 HD Wetter/Wirtschaft 19.55 HD Wirtschaft vor acht 20.00 HD Tagesschau 20.15 HD Steirergeld Kriminalfilm (A/D 2022) Mit Hary Prinz 21.45 HD Monitor Magazin 22.15 HD Tagesthemen 22.50 HD extra 3 Magazin. Das Satiremagazin mit Christian Ehring 23.35 HD Die Florian Schroeder Satireshow Gäste: Paul Ronzheimer, Sabine Heinrich 0.20 HD Tagesschau 0.30 HD Salon Simonetti Show Mit. Gäste: Tara-Louise Wittler, Lie Ningsi 1.00 HD Steirergeld Kriminalfilm (A/D 2022) (Wh.)

ZDF

- 5.30 HD ARD-MoMa 9.00 HD heute Xpress 9.05 HD Volle Kanne – Service täglich 10.30 HD Notruf Hafenkante 11.15 HD SOKO Stuttgart Späte Rache 12.00 HD heute 12.10 HD drehscheibe 13.00 HD ZDF-Mittagsmagazin 14.00 HD Biatlon: Weltcup 7,5 km Sprint Damen Aus Hochfilzen (A) 15.30 HD Bares für Rares – Lieblingsstücke Magazin 16.00 HD heute – in Europa 16.10 HD Die Rosenheim-Cops 17.00 HD heute 17.10 HD hallo deutschland 17.45 HD Leute heute 18.00 HD SOKO Stuttgart 19.00 HD heute 19.25 HD Notruf Hafenkante Krimi-Serie. Recht und Unrecht 20.15 HD Die schönsten Weihnacht-Hits Show Spendengala. Mit Jonas Kaufmann, Roland Kaiser, Andreas Gabalier, David Garrett, Annett Louisan, Ella Endlich, Antje Pieper, Hannes Jaenicke, Ross Antony, Dr. Georg Kofler, Norbert Lehmann, Janin Ullmann u.a. 22.00 HD heute journal 22.30 HD maybrit illner Diskussion 23.30 HD Markus Lanz Talkshow 0.45 HD heute journal update 1.00 HD Filmgorilla mit Steven Gätjen, Anne Wernicke, Daniel Schróckert, Silke Schróckert 1.10 HD Die Bestie von Bayonne

SAT.1

- 5.30 HD Sat.1-Frühstücksfernsehen Magazin. Gast: Sascha Zöller. Moderation: Karen Heinrichs, Alina Merkau. Das Frühprogramm begleitet mit aktuellen Informationen und prominenten Gästen den Start in den Tag. 10.00 HD Britt – Der Talk 11.00 HD Auf Streife – Die Spezialisten Doku-Soap 12.00 HD Auf Streife – Berlin Doku-Soap 14.00 HD Auf Streife Doku-Soap 15.00 HD Klinik am Südring 16.00 HD Klinik am Südring 16.30 HD Britt – Der Talk Talkshow 17.30 HD Britt – Der Talk 18.00 Lenßen übermüht Soap 18.30 Lenßen übermüht Soap 19.00 HD Mein Mann kann Show Staff, Melanie und Dennis 19.55 HD Sat.1 Nachrichten 20.15 HD Geh aufs Ganze! Show. Vor 17 Jahren zockte der Vater von Philip Biermann erfolgreich gegen Jörg Draeger und ging mit dem Hauptgewinn nach Hause. Nun versucht Philip selbst sein Glück und hofft, es seinem Vater gleichzutun zu können. 22.30 HD Die Comedy Märchenstunde Show 0.20 HD HD Genial daneben Show Gast: Hella von Simmen, Wigald Boning, Torsten Sträter, Michael Kessler, Lars Lichter. Moderation: Hugo Egon Balder 1.20 HD Genial daneben Show

RTL

- 5.15 HD CSI: Den Tätern auf der Spur 6.00 HD Punkt 6 7.00 HD Punkt 7 8.00 HD Punkt 8 9.00 Gute Zeiten, schlechte Zeiten 9.30 Unter uns 10.00 HD Ulrich Wetzel – Das Strafgericht Doku-Soap 11.00 HD Barbara Salesch – Das Strafgericht Doku-Soap 12.00 HD Barbara Salesch – Das Strafgericht Doku-Soap 16.00 HD Ulrich Wetzel – Das Strafgericht Doku-Soap 17.00 HD RTL Aktuell 17.07 HD Explosiv Stories Magazin 17.30 Unter uns Soap 18.00 HD Explosiv – Das Magazin 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin 18.45 HD RTL Aktuell 19.00 Alles was zählt Soap 19.40 Zeiten Mit Wolfgang Bahro 20.15 HD LEGO Masters – Winterchampion Show Experte: Rene Hoffmeister 22.15 HD RTL Direkt 22.35 HD Top, Toy, Toy – Unsere beliebtesten Spielzeuge Dokumentationsreihe. Bauspielzeuge. Wie sind unsere Lieblingsspielzeuge entstanden und wie haben sie sich über Jahrzehnte entwickelt? 0.00 HD RTL Nachtjournal 0.35 HD Schmugglerparadies Deutschland Dokumentation. Vor allem in den Grenzregionen Deutschlands haben sich Hotspots der Kriminalität gebildet.

3SAT

- 12.10 HD Servicezeit Magazin 12.40 HD Querbeet 13.10 HD Spektakuläre Bergbahnen der Schweiz Dokumentationsreihe. Brienzler Rothorn – die Charmante / Pilatus – Die mythische 14.25 HD Wunderwelt Schweiz Dokumentationsreihe 15.25 HD St. Moritz – ein Wintermärchen Reportagerihe 17.40 HD Traumhafte Bahnstrecken der Schweiz Dokumentationsreihe 18.30 HD nano Magazin 19.00 HD heute 19.20 HD Kulturzeit Magazin Moderation: Lillian Moschen 20.00 HD Tagesschau 20.15 Wer bezahlt die Zukunft? Dokufilm (D 2022) 21.45 Ausverkauf der Bergdörfer Die Pandemie hat in vielen Bergdörfern für eine Flut von Immobilienverkäufen gesorgt. 22.35 HD auslandsjournal extra 23.05 HD Munitionslager Mitholz – Ein Schweizer Dorf wird evakuiert Dokumentation 0.25 HD 10vor10 0.55 HD Maischberger Diskussion

ARTE

- 12.10 HD Re: 12.40 Mit offenen Karten – Im Fokus (Wh.) 12.45 HD Stadt Land Kunst 14.15 HD Das unsichtbare Mädchen Kriminalfilm (D 2011) Mit Elmar Wepper. Regie: Dominik Graf 16.05 HD Ein Kind wird gesucht Drama (D 2017) Mit Heino Ferch 17.50 HD Kielings wilde Welt 18.30 HD Kielings wilde Welt Dokumentationsreihe 19.20 Arte Journal 19.40 Re: Reportagerihe Ein Leben für Buddha – Shaolin-Mönche in Deutschland 20.15 HD Wirecard – Die Milliarden-Lüge Dokumentarfilm (D 2020) Mit Pav Gill, Evelyn Sokhbir, Melanie Bergmann, Regie: Benji Bergmann, Jono Bergmann 21.55 HD Life Drama-Serie Mit Alison Steadman 23.55 HD Life Drama-Serie 0.55 HD Stromboli Melodram (USA 1950) (Wh.) 2.30 HD Naturparadiese mit Zukunft 3.45 28 Minuten Magazin

PRO SIEBEN

- 5.15 HD taff 6.00 HD Galileo 7.05 HD The Big Bang Theory 8.15 HD The Neighborhood 9.10 HD How I Met Your Mother Die letzte Zigarette / Anzug aus / Jenkins / Die perfekte Woche / Ente oder Kaninchen 11.30 HD Last Man Standing 13.50 HD Two and a Half Men 14.45 HD Young Sheldon (Wh.) 15.40 HD The Big Bang Theory Sitcom. Der Stelzen-Traum / Das Princeton-Problem / Die Nowitzki-Provokation 17.00 HD taff Magazin. Prominente Unterstärkerinnen Moderation: Viviane Geppert 18.00 HD Newstime 18.10 HD Die Simpsons 19.05 HD Galileo Magazin Deconstructed Tchibo Moderation: Aiman Abdallah 20.15 HD Schlag den Besten (1/2) Show. Björn Beinhorn aus Hannover hat den Besten geschlagen – und wurde um 50.000 Euro reicher. Heute tritt der Friedhofsgärtner erneut an. 22.55 HD 10 Jahre Duell um die Welt – Joko und Klaus blicken zurück Moderation: Klaus Heufer-Ulmlauf, Joko Winterscheidt 2.55 HD Spätnachrichten 3.00 HD Unglaublich! Spektakuläre Momente vor laufender Kamera Doku-Soap. Kuriose Ereignisse sind zu bestaunen, die die Kamera fixiert hat.

KABEL 1

- 5.50 HD The Mentalist Der Angler und der Fisch 6.40 HD Scorpion 11.05 HD Castle Bigfoot ist der Mörder / Stillstand / Wachtel oder Täubchen / Der menschliche Faktor / Für Höheres bestimmt 15.00 HD News 16.00 HD The Mentalist Krimi-Serie. Rote Glasperlen 16.55 HD Abenteuer Leben täglich Kerntemperatur Fleisch 17.55 HD Mein Lokal. Dein Lokal – Der Profi kommt Reportagerihe „Onocubes“, Frankfurt am Main 18.55 HD Achtung Kontrolle! Wir kümmern uns drum Reportagerihe. Hundewelpen droht zu ertrinken – Tierrettung Rhein-Neckar 20.15 HD Rosins Restaurants – Ein Sternekokoch räumt auf! Show „Gasthaus Rheinebene“, Rheinstetten. Der Sternekokoch Frank Rosin bietet Restaurants, die ihren Service verbessern wollen. Hilfe zur Selbsthilfe an. 22.25 HD K1 Magazin Zurück in der „Rheinebene“: Ist das Ausflugslokal fit für den Winter? 23.25 HD Achtung Abzocke – Betrüger auf der Spur 1.25 HD Kabel Eins Late News 1.30 HD Aufpoliert und abkassiert: Panagiotas Auto-Schätze Doku-Soap

PHOENIX

- 17.30 phoenix der tag 18.00 Zum Schutz der Regenwälder – Wie Palmöl eine Zukunft hat 18.30 Die Eistrucker von Jakutin Reportage. Alban Modun ist mit einem überladenen Lkw in der kältesten dauerhaft bewohnten Region der Welt unterwegs: Jakutin. 19.15 Bedrohte Schönheit: Islands eisige Pracht 20.00 HD Tagesschau 20.15 Lüge und Wahrheit – Die Macht der Information Dokumentationsreihe 21.45 Digital Empire 22.15 phoenix runde Diskussion 23.00 der tag 0.00 phoenix runde (Wh.)

EUROSPORT 1 / SPORT 1

- Eurosport: 18.00 Ski Freestyle: Weltcup (Wh.) 19.15 Eurosport News 19.20 Eiskunstlauf: Grand Prix Serie 20.35 Eiskunstlauf: Grand Prix Serie 21.20 Eurosport News 21.25 Biathlon: Weltcup (Wh.) 22.15 Ski Freestyle: Weltcup 23.30 Discovery Golf (Wh.) Sport: 18.30 Ski & Berge – Das DSV-Magazin 19.25 Hockey: Hallen-Europameisterschaften Gruppenspiele: Europa: Deutschland – Niederlande. Aus Hamburg 20.30 Die Drei vom Pfandhaus Doku-Soap (Wh.) 23.30 Inside eSports

MDR

- 17.00 HD MDR um vier 17.45 HD MDR aktuell 18.05 HD Wetter für 3 18.10 HD Brisant 18.54 HD Sandmännchen 19.00 HD Regional 19.30 HD MDR aktuell 19.50 HD Die Weihnachtswunderstadt Doku-Soap 20.15 HD Angela Merkel – Im Lauf der Zeit Porträt 21.45 HD MDR aktuell 22.10 HD artour 22.40 HD Von Puppen und Eisenbahnen Dokumentation 23.10 HD Toni Krahl – Für immer jung 23.40 HD Fröhlich lesen Magazin 0.25 HD Belle & Sebastian Abenteuerfilm (F 2013)

RBB

- 16.10 HD In aller Fr. – Die jungen Ärzte 16.55 HD Zoobabies 17.20 HD Hallo Nachbarn! 17.53 HD Sandmännchen 18.00 HD rbb24 18.15 HD schön + gut 18.45 HD STUDIO 3 19.30 HD rbb24 Abendschau 20.00 HD Tagesschau 20.15 HD Kalender Girls Komödie (GB/USA 2003) Mit Helen Mirren. Regie: Nigel Cole 21.55 HD rbb24 22.25 HD Polizeiruf 110: Käfer und Prinzessin TV-Krimi (D 2014) 23.55 HD Gosford Park Gesellschaftsdrama (USA/GB/2001) 2.05 Kalender Girls Komödie (GB/USA 2003) (Wh.)

WELT

- 8.15 HD Die Welt am Morgen 9.00 HD WELT-Newsroom 10.10 HD WELT WM SPEZIAL 2022 10.15 HD WELT-Newsroom 12.00 HD Die Welt am Mittag 12.10 HD WELT WM SPEZIAL 2022 12.15 HD Die Welt am Mittag 12.45 HD Börse am Mittag Magazin 13.00 HD Die Welt am Mittag 14.00 HD WELT-Newsroom 15.15 HD WELT WM SPEZIAL 2022 15.30 HD WELT-Newsroom 17.00 HD Die Welt am Abend 18.15 HD Börse am Abend Magazin 18.30 HD Die Welt am Abend 19.15 HD WELT WM SPEZIAL 2022 19.30 HD Die Welt am Abend 20.05 HD PS-Riesen im Einsatz – Landmaschinen

BR

- 15.30 HD Schnitgut. Alles aus dem Garten 16.00 HD BR24 16.15 HD Wir in Bayern Magazin 17.30 Regional 18.00 HD Abendschau 18.30 HD BR24 19.00 HD mehr/wert Dahoam Soap. Eine bittere Enttäuschung. 20.00 HD Tagesschau 20.15 HD quer 21.00 Schlachthof 21.45 HD BR24 22.00 Ringlsetter Talkshow. Gäste: Sandra Rieß, Django 3000 22.45 HD Capriccio Magazin 23.15 HD Servus Baby Comedy-Serie. Indisch / Sombro. Mit Josephy Ehlerd 0.15 PULS Startrampe Magazin

SWR

- 17.00 HD Aktuell 17.05 HD Kaffee oder Tee 18.00 HD Aktuell 18.15 HD Die Reizsucherin 18.45 HD Landesschau BW 19.30 HD Aktuell 20.00 HD Tagesschau 20.15 HD Zur Sache Baden-Württemberg! Magazin 21.00 HD Familie mit Knackis – Chance für junge Straftäter Dokumentation 21.45 HD Aktuelles 22.00 HD odyssey – Wissen im SWR 22.45 HD Kunsch! 23.15 HD lesenswert 23.45 HD Nanga Parbat – Mein Schlüsselberg Dokufilm (PA) 2020) 1.05 HD Unterwegs auf Europas Pilgerwegen

STREAMING-TIPP

- Star Trek: Strange New Worlds (Sci-Fi-Serie) Zum Start des Streaming-Services in Österreich und Deutschland, wartet Paramount+ mit Highlights wie der zehnten „Star Trek“-Serie auf. Im Mittelpunkt des Prequels steht die Besatzung um Captain Pike (Anson Mount) und den jungen Mr. Spock (Ethan Peck). Auch der Blockbuster „Top Gun: Maverick“ und US-Hitserien wie „Halo“ sind bei Paramount+ zu sehen. Erste deutsche Produktion soll die Serie „Der Scheich“ von Dani Levy sein. Paramount+

NDR

- 17.00 HD NDR Info 17.10 HD Seelöwe & Co. – tierisch beliebt 18.00 Ländermagazin 18.15 HD Brennpunkt im Umbruch – Einsatz für die Hochhaussiedlung 18.45 HD DASI Magazin 19.30 Ländermagazin 20.00 HD Tagesschau 20.15 HD Wyoming – Im einsamen Herzen Amerikas 21.00 HD Die schönsten Zugreisen der Welt – Auf Schienen durch die Rocky Mountains 21.45 HD NDR Info 22.00 HD The Split – Beziehungsstatus ungeklärt 23.45 HD Großstadtrevier

WDR

- 16.15 HD Hier und heute 18.00 HD WDR aktuell / Lokalzeit 18.10 HD Lokalzeit 18.15 HD Servicezeit 18.45 HD Aktuelle Stunde 18.50 HD Lokalzeit 20.00 HD Tagesschau 20.15 HD 1Live Krone 2022 Show 21.45 HD WDR aktuell 22.15 HD Frau tv 22.45 HD Menschen hautnah Dokumentationsreihe. Marie will alles – Durchstarten mit Down-Syndrom: Mein Traumjob / Marie will alles – Durchstarten mit Down-Syndrom: Wohnung gesucht 23.40 HD Amour fou Drama (A/LUX/D 2014)

HR

- 18.45 HD Die Ratgeber Magazin 19.15 HD alle wetter 19.30 HD hessenschau 20.00 HD Tagesschau 20.15 HD Alles Wissen Magazin. U.a.: Artenschutz 21.00 HD Energiewende – einfach machen! Dokumentation 21.45 HD 7 Tage ... 22.15 hessenschau 22.30 HD Mitterdrin – Flughafen Frankfurt Dokumentationsreihe. Zeitdruck auf dem Rollfeld / Mit dem Zeppelin zum Flughafen – Premiere für Marko Hollerer 0.00 HD hr-BigBand im Konzert 0.30 HD Mein Sohn Helen Drama (D 2015) (Wh.)

BR

- 15.30 HD Schnitgut. Alles aus dem Garten 16.00 HD BR24 16.15 HD Wir in Bayern Magazin 17.30 Regional 18.00 HD Abendschau 18.30 HD BR24 19.00 HD mehr/wert Dahoam Soap. Eine bittere Enttäuschung. 20.00 HD Tagesschau 20.15 HD quer 21.00 Schlachthof 21.45 HD BR24 22.00 Ringlsetter Talkshow. Gäste: Sandra Rieß, Django 3000 22.45 HD Capriccio Magazin 23.15 HD Servus Baby Comedy-Serie. Indisch / Sombro. Mit Josephy Ehlerd 0.15 PULS Startrampe Magazin

SWR

- 17.00 HD Aktuell 17.05 HD Kaffee oder Tee 18.00 HD Aktuell 18.15 HD Die Reizsucherin 18.45 HD Landesschau BW 19.30 HD Aktuell 20.00 HD Tagesschau 20.15 HD Zur Sache Baden-Württemberg! Magazin 21.00 HD Familie mit Knackis – Chance für junge Straftäter Dokumentation 21.45 HD Aktuelles 22.00 HD odyssey – Wissen im SWR 22.45 HD Kunsch! 23.15 HD lesenswert 23.45 HD Nanga Parbat – Mein Schlüsselberg Dokufilm (PA) 2020) 1.05 HD Unterwegs auf Europas Pilgerwegen

BILD

- 9.00 HD Bild Live Nachrichten, Hintergrundberichte und Gespräche zu den wichtigsten Ereignissen der letzten Tage. Dabei geht es dem Sender vor allem darum, auch komplizierte Vorgänge verständlich zu machen und trotzdem zu unterhalten. 12.40 HD BILD LIVE – VIP Radar 12.45 HD Bild Live 13.45 Bild Live 14.45 HD Bild Live 15.00 HD Mayday – Alarm im Cockpit Dokumentationsreihe 15.45 HD Mayday – Alarm im Cockpit Dokumentationsreihe 16.40 HD Mayday – Alarm im Cockpit Dokumentationsreihe 17.20 HD Mayday – Alarm im Cockpit Dokumentationsreihe 18.05 HD Mayday – Alarm im Cockpit 18.55 HD Mayday – Alarm im Cockpit 20.15 HD Die geheimen Akten der NASA Dokumentationsreihe. Der erste Weltraumpaziergang / Mondflug Plan B / Tödlicher Fehler 22.15 HD Viertel nach Acht 23.10 HD Die geheimen Akten der NASA Dokumentationsreihe 0.50 HD Die geheimen Akten der NASA Dokumentationsreihe

ZU GUTER LETZT

It is a law in Germany

Ein Zugwaggon, das Volk tritt ein, setzt sich, klappt den Laptop auf, stößelt Kopfhörer und schaltet die Noise-Cancelling-Funktion ein. Es schweigt und rückt sich nur ab und an die FFP2-Maske zurecht. Ein grantelnder Bayer schiebt sich die Maske unter die Nase und schläft ein. Der Zug fährt los, ist pünktlich. Es wird still. An der nächsten Station steigt ein Mann ohne Maske ein. Die maskierte Schaffnerin brüllt durch den gesamten Waggon: „Maske an!“ Er reagiert nicht, sie brüllt wieder und wieder. Dann sagt er mit osteuropäischem Akzent: „I have a ticket, I payed 120 Euros.“ Ein junger Mann zeigt auf seinen Mund und sagt: „FFP2 is a law in Germany.“ Das Volk stimmt ein: „It is a law in Germany.“ Der Mann sagt, es gebe „medical reasons“. Die Schaffnerin sagt „Maske an!“ Das Volk deklariert „It is a law in Germany.“ Der Bayer wacht auf: „Mei, des war aber ned freundlich.“ Der Mann ohne Maske setzt sich auf seinen Platz, die Schaffnerin verschwindet. Schweigend erträgt das Volk die verrinnenden Minuten. Als drei Polizisten den Zug betreten, legt eine blonde Frau mit Brille vor Schreck die Hand an den Mund – und bemerkt, dass sie bereits seit zwei Stunden keine Maske trägt. Die Polizisten führen den Mann ohne Maske ab. Das Volk stößelt sich weg und liest die neueste Eilmeldung: „Bayern und Sachsen-Anhalt schaffen Maskenpflicht im Nahverkehr ab.“ Der Zug steht, der Bayer schläft. Der Mann kommt nicht wieder.

SWANTJE KARICH

An diesem Donnerstag startet Paramount+. Ein neuer Streamingdienst vom US-Medienkonzern Paramount Global, vormals ViacomCBS, zu dem Fernsehsender wie CBS, Nickelodeon, MTV, Comedy Central und Showtime gehören. Zu den bekannten Zugpferden zählen Marken wie „Star Trek“, „Transformers“ und „Halo“ sowie viele Serien für Kinder und Jugendliche wie „Paw Patrol“, „Spotlight“ und „Spongebob“. Mittelfristig sollen von Paramount produzierte Kinofilme nach Veröffentlichung direkt zum Streaming-Angebot wandern, um Exklusivität zu garantieren. Mehrere tausend Stunden Programm sind im Angebot.

VON CHRISTIAN MEIER

Soweit die Fakten. Doch, so ließe sich fragen: Wofür zum Teufel braucht es einen weiteren Streamingdienst – neben Angeboten wie Netflix, Amazon Prime, Apple, Wow (Sky), Magenta (Telekom), Discovery+ – und nicht zu vergessen die Streamer nationaler Anbieter wie Joyn (ProSiebenSat.1) und RTL+? Wer soll das abonnieren, damit auch bezahlen, und vor allem: Wer soll das alles wann schauen?

Diese naheliegenden Fragen zeigen, dass die für Streaming-Angebote offenen Konsumenten im Grunde bereits ein oder mehrere Abos haben und ein Neuling sich auf einen erheblichen Verdrängungswettbewerb einstellen muss. Im Sommer bezifferte der Verband Vautnet die Zahl der Menschen in Deutschland, die kostenpflichtige Streamer nutzen, auf mehr als zwanzig Millionen. Die Haushaltsabdeckung ist entsprechend hoch. So gesehen klingen die Ziele, die sich Paramount gesetzt hat, bei aller vorhandenen Ambition, schließlich nennt man sich ein „führendes globales Medien- und Entertainmentunternehmen“, halbwegs bescheiden.

„Dritter oder vierter Platz wäre gut, anders als beim olympischen Treppchen wäre der vierte Platz im deutschen Markt kein schlechter, egal für wen. Ganz im Gegenteil“, gibt Sabine Anger, Streaming-Chefin für Zentral- und Nordeuropa, die Richtung vor. Anger kennt den Markt sehr gut, bereits vor zehn Jahren war sie CEO von Watch-



Neue Paramount-Serie: die Simon-Beckett-Verfilmung „Die Chemie des Todes“

Zum Streamen verdammt

So viel Streaming, so viel zu schauen: Jetzt startet mit Paramount+ ein weiterer Unterhaltungsriese ein Angebot für Deutschland. Wie viele Serien braucht der Mensch?

ever, Deutschland, einem frühen Streamingportal des französischen Medienkonzerns Vivendi.

Die Top 3 machen in Deutschland Amazon Prime Video, Netflix und Disney unter sich aus, danach kommen die Angebote von Sky und Apple. Auch aufgrund des großen zeitlichen Vor-

sprungs, den die Konkurrenten haben, ist zunächst vermutlich mehr kaum drin. Die Ziele für Paramount+ sind daher wohl weniger bescheiden als vielmehr realistisch.

Weltweit nennt Paramount die Zielmarke von 100 Millionen zahlenden Abonnenten. Zum Vergleich: Netflix kommt inzwischen weltweit auf 223 Millionen, bei Amazon Prime Video laufen die Schätzungen auf mehr als 200 Millionen und Disney+ kommt auf 152 Millionen Nutzer. „Es hat auch einen Vorteil, wenn man spät kommt“ übt sich Medienmanagerin Anger in Zweckoptimismus. Denn: „Dann muss man nicht mehr erklären, was Streaming ist. Man kann sich auf die Inhalte fokussieren und auch mit Partnern kooperieren, wie beispielsweise in Deutschland, Österreich, Italien und UK mit Sky.“

Tatsächlich gibt es zum Start ein Kombi-Angebot mit Sky. Für Kunden eines Cinema-Pakets gibt es Paramount+ für derzeit 25 Euro im Monat, soll auch noch Netflix dazu, kostet das Paket derzeit 30 Euro im Monat. Solche Streamer-Bündel liefern den Nutzern, die ohnehin viel schauen, also den „heavy users“, ein zusätzliches Angebot zu einem guten Preis. Gewissermaßen als Huckepack – und in der Hoffnung, dass diese Nutzer dabei bleiben – und vielleicht weitererzählen, dass sich das Abo lohnt. Beworben wird

die Aktion mit Paramount-Inhalten wie „Top Gun: Maverick“ und der US-Serie „Yellowstone“. Ein Selbstgänger ist die Strategie vermutlich dennoch nicht – auch Sky Deutschland soll zum Verkauf stehen, was nicht unbedingt bedeutet, dass es dort wie am Schnürchen läuft.

Im Einzelabo gibt es Paramount+ natürlich auch, zunächst nur mit einem einzigen Preispunkt von 7,99 Euro (das Jahresabo ist etwas günstiger) statt mit unterschiedlichen Preisvarianten – auch gibt es anders als in den USA erst einmal kein Abo mit Werbung, das dann etwas günstiger zu haben wäre. Netflix bietet beispielsweise seit November ein Abo für 4,99 Euro, in dem dann Werbespots vor, hinter und zwischen die Videos geschaltet werden.

Paramount+ verzichtet darauf in Deutschland erst mal – es geht darum, das Angebot überhaupt bekannt zu machen, sagt Sabine Anger. Dazu kommt: Paramount/Viacom bietet mit „Pluto TV“ bereits seit vielen Jahren ein komplett werbefinanziertes und daher kostenloses Streaming an, hier gibt es so populäre wie gut abgehangene Ware aus dem Katalog, darunter auch „Star Trek“, „South Park“ und „Praxis Bülowbogen“ für Fans deutscher Retro-Serien.

Sabine Anger spricht von einem „fairen Preispunkt“. Zum Vergleich: Net-

flix bietet Abos zwischen 4,99 und 17,99 Euro, Amazon Prime Video kommt auf 8,99 Euro, Disney ebenfalls auf 8,99 Euro. Paramount+ liegt also leicht unter den Angeboten, an die man langfristig heranreichen will, ist weder sehr teuer noch ein Schnäppchen. Die Hauptaufgabe des Managements wird darin liegen, die inhaltliche Wundertüte als Marke zu positionieren, von der man weiß, was sie bietet. Diese Positionierung ist zumindest zum Start noch etwas unscharf.

Viel hängt darum auch von den „Originals“ ab, den Inhalten, die exklusiv und neu sind – so sehr deutsche Nutzer „immergrüne“ Inhalte lieben, also Serien und Filme, die sie immer wieder schauen. Vier Serien werden zum Start als Aushängeschilder eingesetzt, darunter eine Hochstapler-Story („Der Scheich“ von Dany Levy), ein „Cyber-Crime Thriller“ namens „A Thin Line“, die Simon Beckett-Verfilmung „Die Chemie des Todes“ und der bayerische Regionalkrimi „Kohlrabenschwarz“.

„Dass wir in einer Zeit der Krisen starten, beschäftigt mich natürlich – und hat auch Einfluss auf unsere Preisfindung gehabt“, sagt Paramount-Managerin Sabine Anger. „Definitiv haben die Leute im Moment damit zu kämpfen, weniger im Geldbeutel zu haben, angesichts von Inflation und steigenden und vor allem ungewissen Ausgaben.“ Aber, und das ist die positive Botschaft: „Wir erwarten, dass Streaming nicht zu den ersten Streichpunkten gehört, eher wird an Restaurantbesuchen, Ausflügen oder Urlauben gespart.“

In Italien und Großbritannien, wo Paramount+ bereits gestartet ist, soll das Angebot bisher gut laufen, heißt es; zum Start in Italien sei der Server wegen Überlastung zusammengebrochen. Was daher die eingangs gestellte Frage, warum es überhaupt noch einen braucht, vielleicht beantwortet: weil die Nachfrage weiter hoch ist. Tatsächlich sind die Medienkonzerne aber auch dazu verdammt, Streaming anzubieten und damit direkte Kundenkontakte aufzubauen. Der Erfolg von Netflix hat sie dazu gezwungen. Diese Strategie ist nicht umkehrbar.

„Man hat immer die Entscheidung zu sagen, Content tatsächlich nur zu lizenzieren“, gibt Sabine Anger zu bedenken: „Und es gibt ja im Markt das eine oder andere Unternehmen, das bis jetzt noch keinen eigenen Streamingdienst hat.“

Aber: „Die Paramount-Gruppe hat sich entschlossen, ganz stark auf Streaming zu setzen“, sagt Anger. „Wir sind dann zwar später, aber sehr entschlossen vorgegangen.“ Entschlossenheit wird es auch brauchen, angesichts des knallharten Marktes. Die Netflix-Aktie wurde in diesem Jahr hart dafür abgestraft, ihre hochgesteckten Ziele nicht erreicht zu haben. Disney hat trotz sehr erfolgreicher Abo-Abschlüsse seinen CEO Bob Chapek ausgetauscht und Managerlegende Bob Iger reaktiviert.

Paramount-CEO Bob Bakish rief seine Aktionäre gerade zur Geduld auf – mit der Profitabilität werde es noch eine Weile dauern, auch weil Paramount im kommenden Jahr noch einmal kräftig in Streaming investieren werde. Die Aktie gab daraufhin um einige Prozent nach, Branchenbeobachtern gilt Paramount gar als möglicher Übernahmekandidat. Geduld ist in Zeiten des Streaming eine rare Eigenschaft, scheint es.

ANZEIGE

Jeder Tag zählt: gleich 2 Gutscheine für Sie.

Lesen Sie 6 Monate DIE WELT, WELT AM SONNTAG und WELTplus Premium zum Paketpreis von nur 55,79€ im Monat und sichern Sie sich bis zum 12.12.2022 gleich zwei 100-€-Gutscheine.



200€ sichern

Ab 13.12.2022 erhalten Sie noch einen Gutschein zur Wahl.



Immer und überall aktuell informiert:
DIE WELT: Von Montag bis Freitag in moderner, schlanker Form.
WELT AM SONNTAG: Jetzt schon am Samstag beste Unterhaltung.
WELTplus Premium: Alle exklusiven digitalen Inhalte von WELT.

Gleich bestellen unter 0800/935 85 37 oder welt.de/2gutscheine
 In Ihrem Abo sind die gedruckten Zeitungen und WELTplus Premium enthalten. Weitere Informationen zum Produkt finden Sie unter welt.de/produkt. WELT AM SONNTAG und DIE WELT erscheinen im Verlag Axel Springer SE, Axel-Springer-Str. 65, 10888 Berlin, 0800/926 75 37. Vertreten durch den Vorstand, Amtsgericht Charlottenburg, HRB 154517 B. Aktion: 2 GS: 10172158 / 1 GS: 10172161

Zombies im Reich des Totenschädels

Barrie Kosky hatte eine These für seine Amsterdamer „Turandot“. Leider

Nach all den süßen Opern-Mädchen, die er hatte singen lassen, hatte Giacomo Puccini offenbar genug. Turandot, die Prinzessin in seinem letzten, 1926 nach seinem Tod uraufgeführtem Musiktheaterstück ist eine richtig fiese Frau. Alle Hochzeitsbewerber, die ihre Rätsel nicht lösen können, lässt sie einen Kopf kürzer machen. Ihr Peking in sagenhafter Zeit verwandelt sie in eine Diktatur, die ihr Volk brutal in Schach hält. Und das alles, um die Vergewaltigung einer Vorfahrin zu rächen. Schlimmer kann man #MeToo-Genugtuung nicht missverstehen.

VON MANUEL BRUG

Ist diese Oper deshalb aber auch frauenfeindlich? Eigentlich nicht, trotz der parabelhaft flachen Anlage der von Carlo Gozzi als Märchen erdachten Charaktere ist sie eher ein ziemlich genaues Zeitstück aus dem Italien unter Mussolini. Barrie Kosky ist das egal. Er befindet in der Amsterdamer Dutch National Opera, dass es Turandot gar nicht gibt. Hat nie existiert. Sie ist eine Chimäre. Ein körperloser Alptraum kollektiver Wünsche und Gefühle. Soso.

Deshalb gibt es in Amsterdam auch kein Peking. Nur einen vernebelten,

kalten Kasten aus halbbeschlagenen Spiegeln. Darin tummelt sich fast ununterbrochen der fabelhafte Chor, wirklich ingeniös ausgeleuchtet von Alessandro Carletti. Zunächst liegen alle wie tot da in graue Alltagsklamotten gehüllt. In einem ästhetischen Irgendwo, das praktischerweise keinerlei Vorwurf der kulturellen Aneignung aufkommen lässt. Zombies sind sie alle, die nun zwei pausenlose Stunden stampfend den Tanz der Puccini-Untoten ausführen. Das ist so virtuos, wenn es mit der Handlung korrespondiert, wie nervig, wenn Choreograf Otto Pichler Solisten, Choristen und Tänzer dauerzappeln lassen muss.

Zunächst aber funktioniert es gut, wir sehen eine weitere dieser reduzierten, schwarzen, energetischen Kosky-Inszenierungen, total auf den einen Deutungspunkt zugespielt. Nur einen Totenschädel gibt es als Requisit, aus der mal bedrohlich, mal ratlos wuselnden Masse schälen sich, kaum unterscheidbar, die Protagonisten heraus. Im zweiten Akt flacht das freilich ab. Türen klappen auf, dahinter sind Schädel wie in einem Riesenbeinhaus gestapelt. Statt der Prinzessin Turandot senkt sich nur ein Riesenschädel herab, aus dem Ballettwürmer kriechen. Ta-

mara Wilson aber steht auf einer Beleuchterbrücke und singt unsichtbar mit wabernd-scharfer Sopranamplitude. So fragt man sich schon, was oder wer eigentlich als *idée fixe* die Leidenschaften getriggert haben könnte? Sie ist ja nicht mal als Avatar, Popanz, Projektion zu fassen.

Und dann ist einfach Schluss: Barrie Kosky hört da auf, wo Puccini starb und einst Toscanini in der Uraufführung des Torsos den Stab sinken ließ. Szenisch ist das überhaupt nicht vorbereitet. Wieder sinken alle wie tot nieder, „Turandot gibt es nicht“, flüstert die Geisterstimme auf Italienisch; vom Opernwinde verweht. Kosky hat eine These, aber szenisch geht sie nur teilbefriedigend auf. Auch Lorenzo Viotti, der musikalische Partner am Pult des Nederlands Philharmonisch Orkest, lässt sich neuerlich auf diese düster zugespitzte Lesart ein. Entsprechend gehärtet hämmernd triaktiert er die Partitur, lässt es eisumgürtet funkeln, ist oft aber auch schwerfällig und nachdrücklich langsam. Als theatrale Unterstützung funktioniert das, der Fülle der ebenso kunstchinesisch schillernden wie raffiniert schwülstigen, ja sich wöhlig plustern Musik wird Viotti so nur teigerecht.